

Das Parlament

Berlin, Montag 02. Oktober 2017

www.das-parlament.de

67. Jahrgang | Nr. 40-41 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Königin der Stimmen

„Einfach nur DANKE!!!“ titelt Silvia Breher (CDU) auf ihrer Homepage neben einem Foto, das die 44-Jährige mit der weißblonden Kurzhaarfrisur freudestrahlend umrahmt von orangefarbenen Luftballons zeigt. Die Niedersächsin, Mutter dreier Kinder, hat allen Grund, sich zu freuen: Sie holte bei der Bundestagswahl in ihrem Wahlkreis Cloppenburg-Vechta 57,7 Prozent der Erststimmen und damit mehr als alle anderen Direktkandidaten in den insgesamt 299 Wahlkreisen. Das Oldenburger Münsterland ist seit jeher eine CDU-Hochburg, schon Brehers Vorgänger Franz-Josef Holzenkamp wurde hier 2013 Stimmenkönig. Breher war 2014/2015 Mitglied der CDU-Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“. Die Rechtsanwältin gilt als Expertin für Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum. *Joh 11*

ZAHL DER WOCHE

46.973.799

Bürger haben bei der Bundestagswahl am 24. September ihre Stimme abgegeben. Das waren 76,2 Prozent der Wahlberechtigten und damit 4,6 Prozent mehr als 2013. Das ist jetzt die zweite Bundestagswahl in Folge mit höherer Beteiligung; 2009 hatten nur 70,8 Prozent der Wahlberechtigten gewählt.

ZITAT DER WOCHE

»In der Ruhe liegt die Kraft.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, am Wahlsonntag in der „Berliner Runde“ von ARD und ZDF zur Erwartung schwieriger Koalitionsverhandlungen

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Interview Der jüngste Abgeordnete, Roman Müller-Böhm, im Gespräch **Seite 2**
- Analyse** Wie das Institut infratest dimap das Wahlergebnis bewertet **Seite 3**
- Koalition** Die großen Hürden für ein künftiges Regierungsbündnis **Seite 4**
- Rückblick** Wie die bisherigen Regierungsbildungen verliefen **Seite 5**
- Ausland** Reaktionen in Frankreich, Polen, den USA und der Türkei **Seite 7**

MIT DER BEILAGE



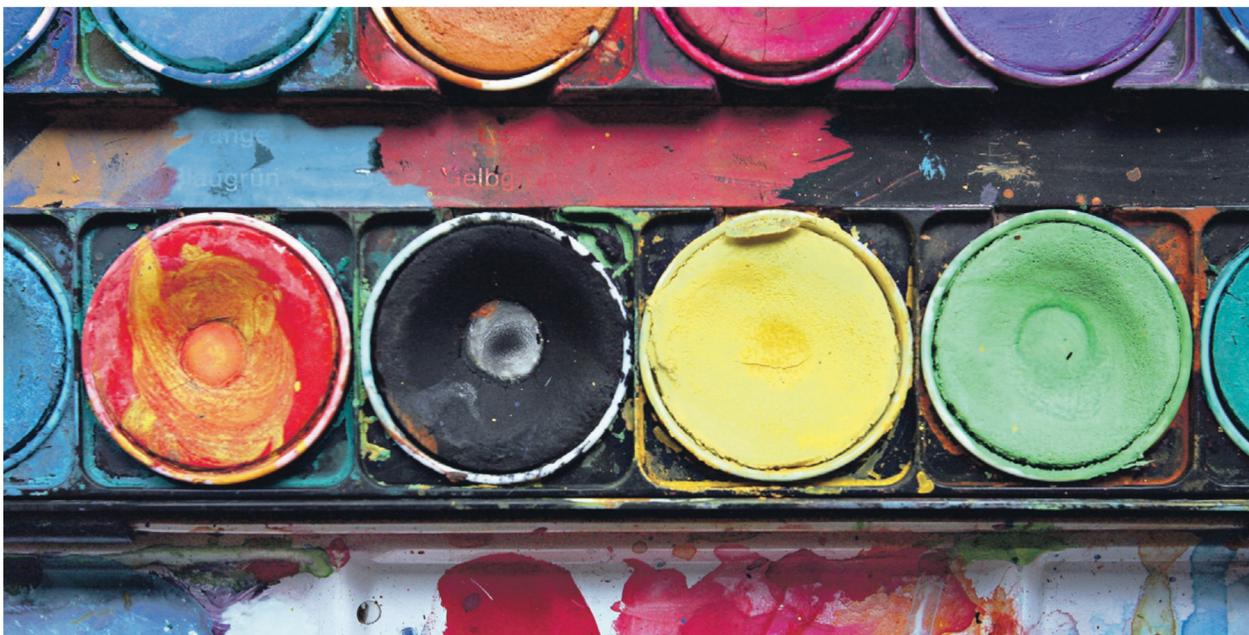
Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Neue Farbenspiele

BUNDESTAG Erstmals seit Jahrzehnten gehören wieder sechs Fraktionen dem Parlament an

Tektonische Verschiebungen im parlamentarischen System habe die Bundestagswahl am 24. September ausgelöst. So kommentierten nicht wenige Beobachter und betroffene Politiker am Wahlabend das Ergebnis. Wie immer nach Bundestagswahlen standen in der Woche danach einige politisch attraktive Posten zur Disposition oder wurden neu vergeben – vor allem innerhalb der Bundestagsfraktionen. Nur eine brachte das Wahlergebnis nicht aus der Ruhe: die bisherige und künftige Bundeskanzlerin. „In der Ruhe liegt die Kraft“, verkündete also Angela Merkel (CDU), während die Nervosität um sie herum spürbar war. Nicht nur innerhalb der Union, in der sich die Positionen mehrt, die Konsequenzen aus dem deutlichen Stimmenverlust von CDU/CSU forderten. Auch FDP und Grüne wirkten trotz ihres guten Abschneidens irgendwie angespannt, da ihnen die Aussicht auf ein Jamaika-Bündnis offenbar doch einige Kopfschmerzen bereitet. Enttäuscht und plötzlich angriffslustig präsentierten sich dagegen die Sozialdemokraten nach ihrem schnellen Entschluss, nun in die Opposition gehen zu wollen, während Die Linke über der Frage laborierte, ob ihre Positionen in der Flüchtlingspolitik die Wähler zur AfD getrieben habe. Die pure Freude zeigte sich dagegen bei der AfD, die nun erstmals in den Bundestag einzieht und schon mal angekündigt, die künftige Regierung „jagen“ zu wollen.



Schwarz-Rot war gestern, zumindest wenn es nach der SPD geht. Doch wie gut sind die Chancen für Schwarz-Gelb-Grün, also eine »Jamaika«-Koalition?

© picture-alliance/dpa

XXL-Bundestag Der Bundestag muss sich vier Wochen nach der Wahl, also spätestens am 24. Oktober, konstituiert haben. Und er wird der größte seit Bestehen der Bundesrepublik sein: Insgesamt 709 Abgeordnete werden die Belange der Bevölkerung im Bundestag vertreten. Eine Größe, die von vielen schon lange vor der Wahl befürchtet worden war. Für entsprechende Änderungen des Wahlrechts mit seinen Überhang- und Ausgleichsmandaten gab es jedoch bisher keine parlamentarische Mehrheit. Apropos Mehrheiten: Hier wird sich, egal welche Koalition letztlich zustande kommen wird, das Verhältnis von Regierung- und Oppositionsfraktionen deutlich verändern. Im aktuellen Bundestag verfügte die Große Koalition aus Union und SPD über eine Stimmenmehrheit von 80 Prozent, während die beiden Oppositionsfraktionen noch nicht einmal 25 Prozent erreichten – das nötige Quorum, um zum Beispiel einen Untersuchungsausschuss einzusetzen zu können. Dem neuen Bundestag werden nun erstmals seit Jahrzehnten wieder sechs Fraktionen angehören. Und selbst einem Jamaika-Bündnis aus Union, FDP und Grünen stünde dann immer noch eine zahlenmäßig starke Opposition aus SPD, AfD und Linken gegenüber. Kein Wunder also, dass sich die Fraktionen in der vergangenen Woche schon einmal personell in Stellung brachten. So wählte die SPD die bisherige Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles mit 90 Prozent zu ihrer Vorsitzenden. Zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer wurde der Finanzexperte Carsten Schneider gewählt. Einig war sich auch die nach vierjähriger Abstinenz wieder in den Bundestag zurückgekehrte FDP. Sie wählte Parteichef Christian Lindner auch zum Fraktionsvorsitzenden. Dies war so unstrittig, wie es ein 100-Prozent-Wahlergebnis nur sein kann. Zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer wählten die Liberalen Marco Buschmann. Nicht ganz so glänzend verlief die Abstimmung über den Fraktionsvorsitz bei der Union. Sie bestätigte zwar Volker Kauder

im Amt. Jedoch votierten diesmal nur 77 Prozent der Fraktionsmitglieder für ihn, und damit deutlich weniger als vor vier Jahren (90 Prozent). Zufrieden dürfte dagegen Michael Grosse-Brömer gewesen sein, der mit 93 Prozent als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer im Amt bestätigt wurde. Wenig überraschend kürte die AfD-Fraktion ihre Spitzenkandidaten der Bundestagswahl, Alice Weidel und Alexander Gauland, zu Fraktionschefs. Der Hamburger Abgeordnete Bernd Baumann wurde zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer ernannt. Für eine große Überraschung sorgte stattdessen die bisherige AfD-Vorsitzende Frauke Petry, die nach der Wahl plötzlich verkündete, der neuen Fraktion im Bundestag nicht angehören zu wollen. Sie wird nun stattdessen als fraktionslose Abgeordnete ein Einzelkämpferinnen-Dasein führen. Bei den Grünen und Linken gab es vorerst keine personellen Änderungen. Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch führen nach wie vor die Fraktion an, während an

der Spitze der Grünen-Fraktion Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter stehen.

Schäuble an der Spitze Drei von sechs Fraktionen werden somit zwar von einer Doppelspitze geführt. Dennoch ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten insgesamt mit 30,7 Prozent so niedrig wie seit 20 Jahren nicht. Die Grünen nannten dies ein „schlechtes Signal“ und auch Merkel bedauerte den niedrigen Frauenanteil in ihrer Fraktion von nur knapp 20 Prozent. Die Unionsfrauen machten schon mal klar, dass sie dennoch ein Drittel der Fraktions-Führungspositionen beanspruchen. Während dies aber erst in den kommenden Wochen geklärt werden dürfte, steht eine Personalie schon so gut wie fest: Der bisherige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) soll neuer Bundestagspräsident werden – ein parlamentarischer Spitzenposten also für den dienstältesten Abgeordneten.

Claudia Heine 11

Mit 709 Abgeordneten ist der Bundestag der größte seit Bestehen der Bundesrepublik.

EDITORIAL

Spannende Zeiten

VON HANS KRUMP

Der neugewählte Bundestag wird ein besonderer sein: Erstmals seit den 1950er Jahren wieder sechs Fraktionen samt einer Gruppierung rechts der Union, zwei deutlich geschrumpfte Volksparteien mit einem Stimmenergebnis von nur noch knapp über 50 Prozent, dazu ein Mammutparlament mit 709 Abgeordneten, so groß wie nie. Das zeigt schon einiges von den Aufgaben und Problemen, die in den nächsten Monaten und Jahren zu bewältigen sind. Zunächst: Der Einzug der AfD und FDP spiegelt auch im Bundestag die Stimmungslage in der Bevölkerung wider; vor vier Jahren scheiterten beide Parteien knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Im neuen Parlament dürfte über wichtige Fragen wie die Flüchtlings-, Energie- oder Euro-Rettungspolitik, wie sie das Volk bewegen, kontroverser debattiert werden. Dann die Koalitionsbildung, die diesmal schwierig wie lange nicht mehr werden dürfte. Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel ist nach dem schlechtesten Unions-Ergebnis seit 1949 angeschlagen. In der Union rumort es und niemand weiß, ob Merkel vier Jahre regieren kann. Die SPD will nicht wieder in eine Große Koalition – verständlich, nachdem sie nach zwei ohnehin schwachen nationalen Wahlen nun auf das schlechteste Bundestagswahlergebnis aller Zeiten gefallen ist. Die einzige Alternative „Jamaika“, also ein Bündnis von CDU/CSU, FDP und Grünen, dürfte einem Abenteuerflug nahekommen, denn die Standpunkte etwa zwischen CSU und Grünen in der Flüchtlings- oder Energiepolitik oder zwischen FDP und den anderen Parteien in der Europapolitik liegen teils erheblich auseinander. Schon geistert das Gespenst Neuwahlen herum, was aber aus demokratietheoretischen Überlegungen problematisch wäre. Wir gehen also spannenden Zeiten entgegen. Positiv für die Demokratie ist, dass zum zweiten Mal hintereinander die Wahlbeteiligung gestiegen ist. Was in der anstehenden Wahlperiode in jedem Fall bewältigt werden sollte, ist eine Wahlrechtsreform, denn mit über 700 Abgeordneten ist der Bundestag deutlich zu groß, zahlenmäßig nur noch vom Volkskongress in China übertroffen. Gegen alle vernünftigen Vorschläge des scheidenden Parlamentspräsidenten Norbert Lammer (CDU) haben sich die Fraktionen im vergangenen Bundestag einer Reform verweigert, die drohende übermäßige Aufblähung des Bundestags durch den Komplettausgleich der Überhangmandate zu verhindern. Nachdem diesmal durch 111 Überhang- und Ausgleichsmandate die schlimmsten Prophezeiungen eingetroffen sind, kann es im neuen Parlament keine Ausreden mehr geben gegen eine fällige Wahlrechtsreform.



GASTKOMMENTARE

IST EINE PARLAMENTSVERKLEINERUNG REALISTISCH?

Auf der Tagesordnung

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Unstrittig ist, dass es die Fraktionen der zurückliegenden Legislaturperiode aus parteitaktischen Gründen versäumt haben, sinnvolle Vorschläge zur Änderung des Wahlrechts umzusetzen. Sie lagen auf dem Tisch, nicht zum ersten Mal. Das Ergebnis dieser Unfähigkeit zum Kompromiss ist ein aufgeblähter Bundestag mit mehr als 700 Abgeordneten. Doch der Blick zurück ist müßig, er führt nicht weiter. In ein paar Monaten werden die neuen Parlamentarier und ihre Fraktionsführungen selber merken, dass der Fehler dringend korrigiert werden muss. Ein Mammutgremium wie der 19. Bundestag ist nur schwer arbeitsfähig und schlecht zu koordinieren. Die tägliche Arbeit in Ausschüssen, in Kommissionen und Gremien, im Plenum selbst wird dadurch erheblich beeinträchtigt. Das reicht von eher profanen Dingen wie den räumlichen Gegebenheiten über die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bis zur Partizipation an den Debatten. Kein Abgeordneter kann daran interessiert sein, mit seinen Anliegen und denen seiner Wähler in der Masse des Bundestages unterzugehen. Aus Erfahrung werden viele in den nächsten Monaten klug werden. Noch wichtiger aber ist: Mindestens so angreifbar wie ein viel zu großes und damit auch sehr teures Parlament wäre der Eindruck, dass die Parteien an einem neuen Wahlrecht gar nicht interessiert sind, sondern nur aus Eigeninteressen an möglichst vielen Sitzen. Die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, wozu Verdrossenheit und Wut im Land führen können. Das sollte jedem eine Lehre sein. Ist es auch, wenn man den Bekundungen nach der Wahl Glauben schenken will. Deswegen wird das Thema alsbald auf die Tagesordnung kommen – kommen müssen. Aber bitte schön dann auch grundlegend.

Äußerst kompliziert

CONTRA



Daniel Goffart, »Focus«

Es wäre ein Wunder, würde der neue Mammut-Bundestag mit 709 Abgeordneten gleich wieder seine Verkleinerung beschließen. Zum einen sagt niemand gerne an dem Ast, auf dem er sitzt. Zum anderen ist jede Regelung, die zu weniger Abgeordneten führen würde, äußerst kompliziert. Der 1996 gefasste Beschluss zur kontinuierlichen Verkleinerung ist an mehreren Wahlrechtsreformen und Verfassungsurteilen gescheitert. Hauptgrund ist das von den Fraktionen gewählte Modell, die in unserem Verhältniswahlrecht entstehenden Überhangmandate gleich wieder durch zusätzliche Ausgleichsmandate zu kompensieren. Natürlich achten die kleinen Parteien darauf, von den Großen nicht via Wahlrecht erdrückt zu werden. Aber auch Union und SPD nutzen jede Möglichkeit, die ein zusätzliches Mandat verspricht. Der bisherige Parlamentspräsident Norbert Lammer hatte in Kenntnis der Komplexität sinnvolle Vorschläge gemacht. Aber der Großen Koalition fehlte die Kraft, über den eigenen Schatten zu springen. Was aber Union und SPD mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit nicht schaffen, wird einem möglichen Jamaika-Bündnis erst recht nicht gelingen. Wahrscheinlich wird der gute Wille zum Konsens schon durch die zahlreichen Kompromisse verbraucht, die im Zuge der Koalitionsgespräche geschlossen werden müssen. Die einzige Chance, den Bundestag zu verschlanken, wäre eine Vergrößerung der Wahlkreise. Natürlich gibt es Länder, in denen viel weniger Menschen „ihren“ Abgeordneten wählen. Aber die Bürger können sich für ihre zumeist lokalen oder regionalen Probleme ja auch noch an die 1.800 Abgeordneten der 16 Länderparlamente wenden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 19. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Böhm, Sie sind absoluter Neuling im künftigen Bundestag. Wie haben Sie die ersten Tage in Berlin erlebt?

Die waren wahnsinnig stressig und sehr überwältigend. Ich habe gefühlt 10.000 Nachrichten bekommen – Glückwünsche, aber auch viele Presseanfragen. Es gibt so vieles zu klären und zu organisieren. Zum Glück wohnt meine Freundin schon in Berlin, sodass ich mich nicht noch um eine Wohnung kümmern muss.

Sie sind mit 24 Jahren gleichzeitig der jüngste Abgeordnete. Hilft Ihnen jemand, sich im Parlamentsalltag zurechtzufinden?

Ich gehe in den nächsten Tagen in ein „Bootcamp“ meiner Fraktion. Da werden wir Neulinge – und das sind ja fast zwei Drittel der Abgeordneten bei uns – auf die Fraktions- und Parlamentsarbeit vorbereitet. Da die FDP in den vergangenen vier Jahren nicht im Bundestag vertreten war, bedeutet der Wiedereinzug für uns einen kompletten Neustart. Wir brauchen Hilfe bei formalen und technischen Fragen, müssen die Räumlichkeiten kennenlernen – wir sind wie ein Start-up-Unternehmen, das jetzt erstmal aufgebaut werden muss.

Ihr Parteichef Christian Lindner fast selbst mit 21 Jahren als jüngster Abgeordneter der Geschichte im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Hat er Ihnen Tipps gegeben?

Nicht wirklich, aber natürlich guckt man sich manches Positive ab. Mir war aber immer sehr wichtig, meinen eigenen Weg zu gehen. Ich möchte keine Kopie von einem anderen Politiker sein.

Wie haben Sie es geschafft, sich so früh ein Bundestagsmandat zu erkämpfen? Gab es einen besonderen Auslöser für Ihr politisches Engagement?

Das begann bei mir alles mit der Bundestagswahl 2009. Da war ich 16 und durfte noch nicht wählen. Aber ich habe mich intensiv gefragt, wen ich wählen würde. Trotz meines eher konservativen Elternhauses war diese Frage für mich offen. Ich habe alle Parteiprogramme gelesen und den Wahl-O-Mat gemacht und dabei entdeckt, dass die FDP meinem Lebensgefühl am besten entspricht. Ich will eine freie und offene Gesellschaft und lehne eine zu starke staatliche Überwachung der Privatsphäre ab.

Wie ging es dann weiter?

Ich habe begonnen, mich bei den Jungen Liberalen zu engagieren und bin sehr schnell in den Jugendstadtrat meiner Heimatstadt Mülheim an der Ruhr gewählt worden. 2014 bin ich in die höheren Gremien der Jungen Liberalen eingestiegen und war in NRW Landesschatzmeister. Insgesamt war der Zeitpunkt günstig: Nachdem die FDP 2013 aus dem Bundestag ausgeschieden ist, wurde in der Partei viel Platz frei für neue, junge Leute. Und Engagement wird bei uns honoriert. Jetzt sind wir eine der jüngsten Fraktionen im neuen Bundestag.

Die meisten Teenager haben anderes im Sinn als Politik. Mal ehrlich, wurden Sie nicht öfter schräg angeguckt?

(Lacht) Natürlich waren am Anfang viele in meinem Umfeld skeptisch. Aber mein engster Freundeskreis ist sehr schnell mit mir mitgegangen. Viele sind bei den Jungen Liberalen oder den Freien Demokraten aktiv geworden. Wir haben den ganzen Prozess also zusammen durchlebt, was sehr schön war und ist.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten im neuen Bundestag liegt bei 49,7 Jahren. Finden Sie, dass die überwiegend älteren Politiker die Interessen Ihrer Generation ausreichend vertreten?

Ein höheres Lebensalter führt nicht per se

»Da passiert nichts«

ROMAN MÜLLER-BÖHM Der jüngste Abgeordnete des neuen Bundestages findet, zuletzt sei eher Politik für die Älteren gemacht worden. Er will sich besonders um Themen wie Digitalisierung und Mobilität kümmern



© Müller-Böhm

dazu, dass eher Politik für ältere Menschen gemacht wird. Aber wenn man sich die Entscheidungen der vergangenen Jahre ansieht, war es häufig so. Gerade bei Themen wie Mobilität und Digitalisierung hinken wir meilenweit hinterher. Ich komme aus dem Ruhrgebiet, da sollte es viel mehr Car-Sharing und einen guten öffentlichen Nahverkehr geben. Aber obwohl die Infrastruktur komplett überlastet ist und viele junge Leute sich kein eigenes Auto mehr leisten können, passiert nichts. Es kann doch außerdem nicht sein, dass ich mit meinem

Handy ein schnelleres Netz habe als zu Hause im eigenen WLAN, weil der Hausanschluss so langsam ist. Das erschwert Arbeitsmodelle, die in Zukunft immer wichtiger werden – Stichwort Home Office. Neben dem Umwelt- und Klimaschutz sind das Themen, die besonders die Jüngeren beschäftigen und betreffen. Und um die will ich mich im Bundestag gerne kümmern.

Möchten Sie als junger Abgeordneter auch stilistisch etwas anders machen?

Ja, ich möchte die Menschen direkter ansprechen anstatt zu warten, bis sie auf mich zukommen. Gerade durch die sozialen Medien kann man schnell mit Leuten in Kontakt treten und bekommt direkt negatives oder positives Feedback. Außerdem möchte ich meine Arbeit als Abgeordneter transparenter machen. Für viele Leute ist das politische Berlin weit weg. Deshalb möchte ich gut erklären, was ich hier eigentlich mache.

Sie studieren Jura und wollen im kommenden Jahr Ihr erstes Staatsexamen ablegen. Wie wollen Sie das weiter stemmen neben der Arbeit im Bundestag?

Das wird ganz sicher ein Gang auf dem Zahnfleisch, aber andere junge Abgeordnete vor mir haben das auch geschafft. Und es gibt genug Parlamentarier, die neben ihrem Mandat ihre Unternehmen weiterführen. Insofern bin ich zuversichtlich. Mir ist ja auch der Kontakt zu meinem Kommilitonen wichtig, um den Bezug zum Alltag zu behalten. Ich will eben nicht nur Berufspolitiker sein, sondern in Zukunft noch mitbekommen, was im Leben der Menschen passiert. Ohnehin kann ich mir nicht vorstellen, mein ganzes Leben im Bundestag zu sitzen.

Sie könnten im Falle einer Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen, bald einer Regierungsfraktion angehören. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es dazu kommt?

Die Koalitionsverhandlungen dürften schwierig werden, aber es wäre falsch zu sagen, dass ein solches Bündnis von Natur aus zum Scheitern verurteilt ist. Genauso wenig Sinn macht es, vorab schon rote Linien zu ziehen. Klar ist doch, dass wir als Liberale selbst in einer Koalition nur mit der Union nie zu hundert Prozent unsere Forderungen durchsetzen könnten – und umgekehrt. Alle müssen am Ende Kompromisse machen und ich bin zuversichtlich, dass es die auch geben wird. Außerdem zeigen die Erfahrungen in Schleswig-Holstein, dass Jamaika durchaus funktionieren kann.

Haben Sie sich als Fraktion schon überlegt, wie Sie mit der erstmals im Bundestag vertretenen AfD umgehen wollen?

Wir dürfen auf keinen Fall den Fehler machen, auf jede Provokation von AfD-Vertretern sofort persönlich zu reagieren. Zwar müssen wir mit aller Schärfe gegen bestimmte Äußerungen vorgehen, aber im Vordergrund sollte immer die Auseinandersetzung über Sachfragen stehen. Das halte ich für die beste Methode, die AfD zu stellen und deren Wähler zurückzugewinnen.

Hand aufs Herz: Sind Sie sehr aufgeregt vor Ihrer ersten Rede im Bundestag?

Es ist nicht so, dass ich das erste Mal vor Hunderten von Leuten rede. Trotzdem kommt an das Gefühl, vor dem Bundestag zu sprechen, wohl erst mal nichts ran. Zu behaupten, davor nicht nervös zu sein, wäre überheblich.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Roman Müller-Böhm, geboren am 12. Dezember 1992 in Essen, war seit 2014 Landesschatzmeister der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen. In den Bundestag gewählt wurde der Jura-Student über die NRW-Landesliste der FDP.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Erfahrene: Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble war schon vieles in seinem politischen Leben: Bundesminister, Kanzleramtschef, Unions-Fraktionschef, CDU-Bundesvorsitzender – jetzt kann der amtierende Finanzminister die lange Liste wohl durch das Amt des Bundestagspräsidenten bereichern, das zweithöchste Staatsamt. Eigentlich steht ihm auch das kurzzeitige Amt des Alterspräsidenten zu. Das dürfte jedoch an Hermann Otto Solms (FDP) gehen, damit Lammer bei der Bundestags-Eröffnung nicht in Doppelfunktion auftreten muss. Die Funktion des Alterspräsidenten geht auf die Anfänge des Parlamentarismus zurück. Der Amtsinhaber eröffnet den Bundestag nach der Wahl, hält eine Rede und leitet dann die Sitzung bis zur Wahl des Parlamentspräsidenten. Das dauert stets einige Stunden auf der konstituierenden Parlamentsitzung. Der gebürtige Freiburger Schäuble, der am 18. September 75 Jahre alt wurde, hatte das kurzzeitige Amt ohnehin nicht angestrebt: Es würde ihm eigentlich zufallen durch eine Geschäftsordnungsänderung der schwarz-roten Koalition, um einen AfD-Präsidenten zu verhindern. Künftig soll nicht mehr der nach Lebensjahren älteste Abgeordnete Alterspräsident sein, sondern derjenige mit den meisten Parlamentsjahren. Das wäre Schäuble. Er sitzt seit 1972, den Zeiten von Kanzler Willy Brandt (SPD) und eines CDU-Abgeordneten und Ex-Kanzlers Ludwig Erhard, ununterbrochen im Bundestag. Der Jurist aus einer Politikerfamilie, der stets im Wahlkreis Offenburg direkt gewählt wurde, tritt nun in seine 13. Legislaturperiode ein. Damit ist er parlamentarischer Rekordhalter und hat kürzlich sogar den dienstältesten Abgeordneten des ersten deutschen Reichstags nach 1871, den Zentrums-Politiker Albert Horn, übertroffen. Schäuble muss nichts mehr beweisen im politi-

schen Leben und kann die Rolle des künftigen Parlamentspräsidenten nach Spitzenposten in der Partei, Fraktion und Exekutive als Krönung eines langen politischen Lebens betrachten. Dem Vernehmen nach hätte er als erfahrener Kollege im Bundeskabinettt gerne das wichtige Finanzministerium weiter geleitet, aber wieder einmal ordnet er sich den Interessen seiner Partei unter, die nach dem Wahldesaster das Finanzministerium womöglich für einen Koalitionspartner freihalten muss. Kaum jemand im bundesdeutschen Politikbetrieb hat solche Brüche und



© DfP/Andreas Meyer

»In der globalisierten Welt lässt sich kaum mehr etwas planen. Man muss sehen, was geht.«

Abstürze erlebt wie Wolfgang Schäuble. Ein geistig Verwirrter schoss 1990 auf Schäuble; seitdem sitzt der Politiker im Rollstuhl. Die Disziplin, mit dem er dieses Schicksal meistert, hat Schäuble von allen Seiten Respekt eingebracht. Dann die CDU-Spendenaffäre, in erster Linie Helmut Kohls Verschulden, aufgrund derer er 2000 als Fraktions- und Parteichef zurücktrat. Sein Traum von der Kanzlermachfolge Kohls war geplatzt. Bundespräsident wurde er auch nicht. Gleichwohl gilt Schäuble als unver-

zichtbar für die Kanzlerin und CDU-Chefin, trotz gelegentlicher Differenzen mit ihr bei der Euro-Rettung und Migration. Als im Herbst 2015 einige Unions-Politiker Angela Merkel durch Schäuble ersetzen wollten, stand er für diesen „Putsch“ nicht zur Verfügung. Das hat Merkel ihm nicht vergessen. Nun belohnt sie den Repräsentanten der Bürgerlich-Konservativen in der CDU noch einmal. Zu den Höhepunkten seines politischen Wirkens zählt Schäubles Rolle bei der deutschen Einheit, deren wichtigster Architekt er neben Kohl als Unterhändler des Einigungsvertrages war. In einer spektakulären Rede trug der Badener bei der Hauptstadtdebatte 1991 viel zum „Sieg“ Berlins über Bonn bei. Europa ist die große Leidenschaft des an der Grenze zum früheren Erbfeind Frankreich geborenen Schäuble. Deshalb war er mit vollem Einsatz dabei, als seit 2010 die europäische Finanzkrise zu meistern war. Schäuble nahm an Verhandlungen in Brüssel teil, obwohl er sich nach einer Operation hätte erholen müssen. Er setzte sich zeitweise für das Ausscheiden Athens aus der Euro-Zone ein, wurde aber von Kanzlerin Merkel gebremst. In Deutschland steht er für die „Schwarze Null“ und für finanzpolitische Solidität. Schäuble hat sich stets als Fachmann für die großen politischen Entwürfe gesehen, so als er einmal für ein „Kerneuropa“ warb. Jetzt sagt er: „In der globalisierten Welt von heute lässt sich kaum mehr etwas planen. Man muss sehen, was geht.“ Das ähnelt dem Pragmatismus Angela Merkels. Auf dem Geburtstagsempfang der Südwest-CDU zu seinem 75. Geburtstag sagte Wolfgang Schäuble auf die Frage nach seiner Zukunft: „Ich bin direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Offenburg. Alles andere wird sich ergeben.“ Jetzt hat sich wieder etwas für ihn ergeben. Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-305 15
Telefax (030) 227-365 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
29. September 2017

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurtheaterstraße 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fs-medien-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Reichlich Denkkzettel verteilt

ANALYSE Bei der Bundestagswahl wurden die Volksparteien deutlich gestützt. Eine Wechselstimmung blieb aus – das ging vor allem zulasten der SPD. FDP und vor allem AfD profitierten vom Flüchtlingsthema

Die Bundestagswahl am 24. September endete mit massiven Verschiebungen in der politischen Landschaft. Die CDU/CSU stürzte mit 8,6 Punkten so deutlich ab wie nie zuvor und fiel mit 32,9 Prozent der Zweitstimmen auf ihr schlechtestes Ergebnis nach 1949. Die SPD büßte 5,2 Punkte ein und erreichte mit 20,5 Prozent ebenfalls einen neuen Tiefstand. Zusammen kamen CDU/CSU und SPD auf 53,4 Prozent der Zweitstimmen, der bisher niedrigste gemeinsame Wert. Von den Verlusten der Volksparteien profitierte die bisherige Bundestagsopposition aus Linkspartei und Grünen kaum. Die Linke legte um 0,6 Punkte auf 9,2 Prozent zu, die Grünen verbesserten sich um 0,5 Punkte auf 8,9 Prozent.

Beteiligung Die eigentlichen Gewinner des Wahlabends wurden FDP und AfD, die 2013 jeweils knapp an der Mandatsschwelle gescheitert waren. Die FDP kehrte nach einem Rekordsprung von 6,0 Punkten und einem Anteil von 10,7 Prozent wieder in den Bundestag zurück. Die AfD legte um 7,9 Punkte zu und zog als dritte Kraft mit 12,6 Prozent erstmals in den Bundestag ein. Die Bewegungen in den Kräfteverhältnissen wurden wie schon bei den acht vorangegangenen Landtagswahlen von einem deutlichen Mobilisierungsschub begleitet. Die Wahlbeteiligung stieg mit 4,6 Punkten so stark wie zuletzt zur Bundestagswahl 1972 (+4,4). Letztlich nahmen 76,2 Prozent der Wahlberechtigten am Urnengang teil.

Die Wahl am 24. September fand in einem Wirtschaftsklima statt, das selten zuvor bei Bundestagswahlen so positiv gewesen sein dürfte: In der Woche vor der Wahl bewerteten 84 Prozent der Wahlberechtigten die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik wohlwollend. Sieben von zehn Bürgern bekundeten zugleich, sich keine ernsthaften Sorgen über ihren künftigen Lebensstandard zu machen. In dieser Situation betonte der Unions-Wahlkampf berechtigterweise die konjunkturelle Stärke Deutschlands. Die Strategen im Konrad-Adenauer-Haus konnten darauf setzen, dass die Union in diesem Feld traditionell die größte Kompetenz bei den Bürgern genießt: Wie 2013 trauten sechs von zehn Deutschen die Lösung wirtschaftspolitischer Fragen der CDU/CSU zu.

Die gute Konjunktur festigte das wirtschaftliche Sachvertrauen in die Union und erschwerte der SPD die Ansprache von Wechselwählern in Mittelschichtmilieus. Hoffnungsvoll konnte die Sozialdemokraten stimmen, dass der lang anhaltende Wirtschaftsboom Erwartungen an eine höhere Qualität und Leistungsfähigkeit öffentlicher Strukturen und staatlicher Daseinsvorsorge wie auch an eine faire ökonomische Teilhabe weckte, wie die Analyse von Problemsichten vor der Wahl zeigte. Für die problematisierten Zustände sahen die Bürger allerdings die Sozialdemokraten aufgrund ihrer langjährigen Regierungsrolle im Bund vielfach mit in der Verantwortung bzw. ohne glaubwürdigen Lösungsansatz.

So dominierte die SPD nach vier Jahren großer Koalition das Urteil der Bürger beim Einsatz für soziale Gerechtigkeit und angemessene Löhne weniger als 2013. Zugleich setzte sie sich in der Bildungs- und Gesundheitspolitik wie auch bei der Altersvorsorge in den Kompetenzzuweisungen der Wahlberechtigten kaum von der CDU/CSU ab. Als Folge entwickelte der SPD-Mobilisierungsversuch über soziale Themen bis zum Wahltag kaum Schubkraft. Zugleich waren damit der Ansprache des unteren Bevölkerungsdrittels wie schon bei den vorangegangenen Bundestagswahlen Grenzen gesetzt.

Flüchtlingspolitik Dass die Union keine Wechselstimmung zugunsten der SPD ernsthaft fürchten musste, war erneut auch personell begründet. Angela Merkel erzielte spätestens seit dem Frühjahr einen durchgehend höheren Beliebungsanspruch als der zu Jahresbeginn überraschend aufgestellte SPD-Herausforderer. In der Frage der künftigen Besetzung des Kanzleramtes setzte vor dem Wahltag gut die Hälfte auf die Amtsinhaberin und nur jeder Dritte auf den SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz. Die CDU-Politikerin galt im Vergleich zum SPD-Kanzlerkandidaten zwar als weniger bürgerlich, zugleich aber als führungstärker und kompetenter, glaubwürdiger und sympathischer. Auch wurde ihr eher als dem früheren EU-Parlamentsvorsitzenden die Vertretung außenpolitischer Interessen Deutschlands zugetraut. Die schwache Wechselstimmung und die eindeutige Kanzlerpräferenz sicherten der Union am 24. September zum dritten Mal in Folge einen zweistelligen Vorsprung vor der SPD, verhinderten jedoch nicht den Rekord-Absturz der CDU/CSU. Die Achillesferse des Unions-Wahlkampfes bildete die Flüchtlings- und Migrationspolitik. Noch weit häufiger als Ungerechtigkeit, Altersabsicherung, Bildung oder auch innere Sicherheit problematisierten die Bürger vor der Wahl Migrations- und Zuwanderungsfragen als wichtigste Herausforderung der bundesdeutschen Gegenwart. Der CDU-Wahlkampf führte vor bewusst, dass es für den Flüchtlingskurs Unmittelbar nach der Entscheidung zur Grenzöffnung im Oktober 2015 äußerten sich sechs von zehn Bürgern kritisch zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin, vier von zehn positiv. Ein Urteil, das nachfolgend, bis in die Woche vor der Wahl weitgehend unverändert bestehen blieb. Ihr „Negativ-Thema“ musste die Union solange nicht fürchten, wie der Wahlkampf den Charakter eines Duells der Volksparteien besaß. Als sich in der heißen

Bei der Wahl gab es massive politische Verschiebungen in der politischen Landschaft Deutschlands.

der Kanzlerin keine gesellschaftliche Mehrheit gab. Unmittelbar nach der Entscheidung zur Grenzöffnung im Oktober 2015 äußerten sich sechs von zehn Bürgern kritisch zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin, vier von zehn positiv. Ein Urteil, das nachfolgend, bis in die Woche vor der Wahl weitgehend unverändert bestehen blieb. Ihr „Negativ-Thema“ musste die Union solange nicht fürchten, wie der Wahlkampf den Charakter eines Duells der Volksparteien besaß. Als sich in der heißen

Phase die Aufmerksamkeit jedoch verstärkt auf die um den dritten Platz konkurrierenden kleinen Parteien und deren Inhalte verlagerte, gewann auch die Flüchtlingsthematik wieder an Sichtbarkeit. Dieser öffentlichen Themenverschiebung hatte die Union wenig entgegen zu setzen. Zwar lieferte die CDU/CSU der Bundestagsopposition von Linken und Grünen kaum Angriffsflächen in der Flüchtlingsfrage, wohl aber FDP und AfD. Beide Parteien hatten bereits bei den Landtagswahlen bewiesen, dass sie Unmut, Sorgen und Kritik auf dem Feld der Flüchtlingspolitik erfolgreich an den Urnen mobilisieren können, die AfD darüber hinaus auch mit rechtsradikalen Positionen.

Lindners Kurs Das Wählerwanderungsmodell von infratest dimap für die Bundestagswahl vom 24. September zeigt, dass immerhin der zweitgrößte Wähler-Zustrom in Richtung AfD mit etwa 980.000 Stimmen von der Union ausging. Nur die Nichtwählermobilisierung brachte der AfD mit 1,2 Millionen Stimmen einen größeren Stimmenzufluss. Die Partei sprach im Ergebnis keineswegs nur tatsächliche oder potenzielle Modernisierungsverlierer wie Arbeiter, Arbeitslose, wirtschaftlich Unzufriedene oder Niedriggebildete an, sondern schnitt am Wahltag ebenso bei Angestellten, Beamten, Selbständigen und Rentnern jeweils zweistellig ab. Im Austausch mit der FDP verlor die CDU/CSU sogar zirka 1,4 Millionen Stimmen. Die Attraktivität der Liberalen für frühere Unions-Wähler war bei die-

ser Wahl sicherlich nicht allein dem Flüchtlingsthema geschuldet. FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner überzeugte mit seiner Person doppelt so viele Wahlberechtigte wie Rainer Brüderle 2013. Koalitionspräferenzen und der Wunsch nach einem Ende von Schwarz-Rot spielten beim FDP-Votum ebenso eine wichtige Rolle. So entschied sich mehr als die Hälfte der zur FDP gewechselten Unions-Wähler primär wegen koalitionsstaktischer Erwägungen für die Liberalen. Klar ist jedoch auch, dass die FDP-Position in der Flüchtlingspolitik bei alten wie neuen FDP-Wählern auf große Zustimmung stieß: In der Woche vor der Wahl signalisierten zwei Drittel von ihnen, den härteren FDP-Kurs in der Flüchtlingspolitik zu unterstützen.

Die Wahlanalyse stützt sich auf Repräsentativstudien von infratest dimap im ARD-Auftrag. Herangezogen wurden Telefonumfragen, zum Beispiel unter 1.510 Wahlberechtigten aus der Woche vor der Wahl sowie Abstimmungsdaten, die am Wahlsonntag von 91.088 Wählern in bundesweit 624 Wahllokal erhoben wurden. *Roberto Heinrich*

Der Autor ist Senior Projektleiter Meinungs- und Wahlforschung bei infratest dimap.



Die Bewährungsprobe nicht bestanden

WAHLRECHT Die klassischen Überhangmandate für die schrumpfenden Volksparteien haben 111 Zusatzmandate erzeugt. Eine aufgeschobene Reform ist jetzt dringend nötig

Der Einzug von sechs statt bisher vier Fraktionen, die Notwendigkeit, die AfD-Fraktion im Plenarsaal zu platzieren und die Vergrößerung des Bundestags um 111 Abgeordnete mit dem Beitritt der Linkspartei in den Innenarchitekten der Berliner Parlamentsgebäude in den nächsten Wochen einiges Kopfzerbrechen bereiten. Zumindest das letztgenannte Problem wäre vermeidbar gewesen, hätte es der Gesetzgeber nicht versäumt, das Wahlrecht in der abgelaufenen Legislaturperiode rechtzeitig zu reformieren. Denn mit den sich verändernden parteipolitischen Kräfteverhältnissen war spätestens seit der Flüchtlingskrise Ende 2015 absehbar, dass das seit 2013 geltende Wahlrecht eine starke Vergrößerung des Parlaments nach sich ziehen würde.

Lammerts Notwehr 2013 hatte sich die Vergrößerung mit 33 zusätzlichen Mandaten noch in Grenzen gehalten. Der öffentliche Druck auf die Parteien, die von Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) bereits in seiner Eröffnungsrede angemahnte Reform anzugehen, blieb deshalb gering. Als sich das Problem zu Beginn des Wahljahres immer deutlicher abzeichnete, tat Lammert einen ungewöhnlichen Schritt. Um die Fraktionen zum Handeln zu bewegen, legte er in einer Art Notwehr (und ohne sich mit seinen Stellvertretern im Präsidium abzustimmen) selber einen Gesetzentwurf vor, der den Ausgleich bei 630 Abgeordneten „deckeln“ sollte. Weil sein gut gemeinter Vor-

schlag hinter den 2013 gefundenen Konsens einer vollständigen Ausgleichslösung zurückfiel, war jedoch von vornherein klar, dass er bei den vom Ausgleich profitierenden Parteien (das heißt in der derzeitigen Konstellation des Parteiensystems: allen Parteien außer der Union) keine Zustimmung finden würde.

Ging die Vergrößerung 2013 vor allem auf die niedrige Wahlbeteiligung und den hohen Anteil nicht berücksichtigter Stimmen im Bundesland Bayern zurück, die in Verbindung mit dem bundesweit geringen Mandatsanteil der CSU für einen besonders großen Ausgleichsbedarf sorgten, war sie diesmal hauptsächlich den „klassischen“ Überhangmandaten geschuldet. Die Anzahl der von den Unionsparteien und der SPD gewonnenen Wahlkreise blieb im Vergleich zu 2013 nahezu konstant (231 für CDU und CSU zu 59 für die SPD gegenüber 236 zu 58). Ihnen standen durch die herben Verluste beider Parteien (8,6 Prozentpunkte bei der Union und 5,2 Prozentpunkte bei der SPD) diesmal aber deutlich geringere Zweitstimmenanteile gegenüber. Dies führte zu 36 Zusatzmandaten für die CDU auf der ersten Verrechnungsstufe, die über den Ausgleichsmechanismus am Ende die Gesamtzahl von

709 Mandaten bewirkten. Dass eine so starke Vergrößerung des Bundestages schwerlich legitimierbar ist, dürfte auf der Hand liegen. Dabei geht es nicht primär um die ärgerlichen Mehrkosten oder um mögliche Beeinträchtigungen seiner Funktionsfähigkeit. Vielmehr ist grundsätzlich fragwürdig, warum ein Parlament, dessen reguläre Größe vom Gesetzgeber auf 598 Abgeordnete festgelegt worden ist, je nach Zufall des Wahlergebnisses auf 631 oder 709 Abgeordnete „anschwellen“ sollte. International gibt es dafür kein vergleichbares Beispiel. Problematisch ist vor allem, dass die zusätzlichen Mandate den Sanktionscharakter einer Wahl unterminieren, wenn sich Stimmenverluste und -gewinne nicht in entsprechenden Mandatsverlusten und -gewinnen niederschlagen.

Der designierte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) wäre gut beraten, die Mahnung seines Vorgängers jetzt noch eindringlicher zu wiederholen und die Wahlrechtsreform auf die Agenda zu setzen. Je nach Reichweite kommen dabei drei Optionen in Frage. Eine große Reform könnte neben den Überhang- und Ausgleichsmandaten weitere Schwachstellen des Wahlsystems in den Blick nehmen wie etwa die Intransparenz des Zweitstimmensystems, dessen Funkti-

onslogik weiterhin von einem erheblichen Teil der Wähler nicht verstanden wird. Auch Fragen der Wahlberechtigung wären in diesem Zusammenhang zu behandeln (Ausschluss unter Betreuung stehender Menschen, Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16). Eine mittlere Reform müsste versuchen, das Problem an der Wurzel zu packen, also erreichen, dass Überhangmandate gar nicht erst entstehen. Als Lösungen kämen hier zum Beispiel eine Reduktion des Anteils der Direktmandate auf etwa ein Drittel oder die Umwandlung der heutigen Einerwahlkreise in eine halb so große Zahl von Zweierwahlkreisen in Betracht. Die letztgenannte Lösung hätte gegenüber der ersten Variante den Vorteil, dass sie die Zahl der direkt gewählten Abgeordneten nicht vermindern würde.

Nicht überhöhen Andererseits sollte man die Bedeutung der direkt gewählten Abgeordneten auch nicht zu sehr überhöhen, da die Listenkandidaten ebenfalls eine territoriale Basis haben und die Pflege ihrer Wahlkreise betreiben. Kann man sich auf eine grundlegende Neuordnung der Wahlkreise nicht verständigen, sollte zumindest eine kleine Lösung angestrebt werden, die den Vergrößerungseffekt durch ein anderes Ausgleichsverfahren begrenzt, ohne am Prinzip des vollständigen Ausgleichs selbst zu rütteln. Auch hier liegen gangbare Vorschläge schon seit langem auf dem Tisch. Dass das Wahlrechtsproblem in den öffentlichen Kommentierungen vom

Ausgang der Wahl überlagert wurde und praktisch keine Rolle gespielt hat, war nicht überraschend. Es wäre jedoch ein Fehler, wenn der Bundestag die ausgebliebene Erregung zum Anlass nehmen würde, das Thema

erneut schleifen zu lassen, statt die Reform jetzt beherzt anzugehen. *Frank Decker*

Der Autor ist Professor für Politik an der Universität Bonn.

Anzeige

Deutscher Bundestag

Ausschreibung Medienpreis Politik

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 30. September 2017 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 6. Oktober 2017.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind drei Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten sowie ein Lebenslauf der Autorin bzw. des Autors beizufügen.

Eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten entscheidet über die Vergabe des Preises.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:
Deutscher Bundestag, Fachbereich WD 1, Medienpreis Politik
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-38630, Fax: +49 30 227-36464
E-Mail: medienpreis-politik@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis

ABLAUF NACH DER WAHL

Wahlergebnis verkündet

In der Nacht vom 24. auf den 25. September verkündete um 5.25 Uhr Bundeswahlleiter Dieter Sarreither das vorläufige amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2017. Das amtliche Endergebnis wird voraussichtlich am 12. Oktober in einer öffentlichen Sitzung des Bundeswahlausschusses unter Vorsitz Sarreithers bekannt gegeben.

Neue Fraktionen tagen

Vergangene Woche sind die sechs im 19. Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erstmals zu Sitzungen zusammengekommen. Union, SPD, AfD und FDP wählten dort ihre Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer. Die Abgeordneten der Linken werden dies voraussichtlich am 17./18. Oktober tun, die der Grünen voraussichtlich am 10. Oktober. Rechtlich gesehen handelt es sich bei den neu gebildeten Fraktionen um sogenannte Vor-Fraktionen. Denn erst nach Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses und mit der Konstituierenden Sitzung des Parlaments beginnt die Mitgliedschaft der gewählten Kandidaten im Bundestag. So legt es das Bundeswahlgesetz in Paragraph 45 fest.

Vor-Ältestenrat trifft sich

In dieser Woche trifft sich erstmal der sogenannte Vor-Ältestenrat. Das informelle Gremium besteht aus dem amtierenden Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) sowie Vertretern der neu im Bundestag vertretenen Fraktionen. Der Vor-Ältestenrat bereitet die Konstituierende Sitzung vor, klärt die Sitzordnung im Plenarsaal und weitere organisatorische Fragen des Parlamentsbetriebes. Personell ist der Vor-Ältestenrat deutlich kleiner als der reguläre Ältestenrat, der sich nach der Konstituierenden Sitzung bildet. Dieser besteht nach der derzeit geltenden Geschäftsordnung (Paragraph 6) aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern sowie 23 weiteren Abgeordneten. Das Gremium unterstützt den Bundestagspräsidenten bei der Führung seiner Geschäfte und vermittelt zwischen den Fraktionen, etwa wenn es um den parlamentarischen Arbeitsplan geht.

Konstituierende Sitzung

Der 19. Deutsche Bundestag muss sich gemäß Grundgesetz (Artikel 39 Absatz 2) spätestens 30 Tage nach der Wahl konstituieren, also bis zum 24. Oktober. Eröffnet wird die Konstituierende Sitzung durch den Alterspräsidenten. Das Amt bekleidet nach geltender Geschäftsordnung der dienstälteste Abgeordnete, und nicht mehr wie zuvor der nach Lebensjahren älteste. In der neuen Legislaturperiode wäre das Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der dem Bundestag seit 45 Jahren angehört. Schäuble soll aber selbst neuer Präsident des Bundestages werden. Es gilt daher als wahrscheinlich, dass er dem FDP-Politiker Hermann Otto Solms, der knapp 33 Dienstjahre vorzuweisen hat, den Vorsitz zu Beginn der Sitzung überlässt. Der Alterspräsident leitet die Konstituierende Sitzung bis zur Wahl des Bundestagspräsidenten, der dann den Vorsitz übernimmt. Anschließend gibt sich das Parlament eine Geschäftsordnung und wählt die stellvertretenden Bundestagspräsidenten. Die aktuelle Geschäftsordnung sieht die Wahl von mindestens einem Vizepräsidenten pro Fraktion vor. *eb*



Auf diese Köpfe kommt es bei der geplanten »Jamaika«-Koalition an. Angela Merkel (CDU), Cem Özdemir (Grüne), Christian Lindner (FDP), Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Horst Seehofer (CSU) v.l.n.r.

© picture-alliance/blickwinkel/MCPHOTO/K. Steinkamp/Eventpress/Ulrich Baumgarten/Michael Kappeler/dpa/Collage: Stephan Roters

Zum Regieren gezwungen

KOALITION Das Wahlergebnis lässt nicht viele Optionen zu. Favorit ist nun eine »Jamaika«-Lösung

Wohl noch nie waren die Fliehkräfte vor der Bildung einer Koalition derart groß. Die SPD mit ihrem bei der Bundestagswahl abgestraften Kanzlerkandidaten Martin Schulz brauchte am Wahlsonntag nach der Prognose um 18.00 Uhr ganze sechs Minuten, um die neue Rolle der Partei in der Opposition zu verkünden. Opposition ist Mist? Der Spruch von Franz Müntefering (SPD) scheint nicht mehr zu ziehen, nachdem die Sozialdemokraten von vier Jahren Regierungsarbeit in der Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Wahl so gar nicht profitieren konnten. Nun lässt das Wahlergebnis nur noch eine realistische Variante zu: ein Bündnis aus CDU, CSU, der wiedererstarkten FDP und den Grünen.

Aber Zuversicht sieht anders aus. FDP-Chef Christian Lindner und Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt ließen zwar gleich ihre grundsätzliche Bereitschaft erkennen, ein sogenanntes Jamaika-Bündnis zu bilden, aber nur unter der Bedingung, bestimmte Inhalte politisch durchsetzen zu können. Es klang eher wie ein ja, vielleicht und bei der FDP wie ein: wenn es aus Gründen der Staatsräson denn sein muss. Denn vor allem die FDP will nicht wieder in jene Falle allzu großer Versprechungen treten, die ihr nach Ansicht von Politikforschern bei der

Wahl 2013 nach der Koalition mit der Union einen unrühmlichen Abgang aus dem Bundestag eingebracht hat. Auf die SPD war Lindner daher gar nicht gut zu sprechen. Er wollte nicht zulassen, »dass die SPD allein darüber entscheidet, wer jetzt in eine Regierung gezwungen wird oder nicht.«

CSU unter Druck Womöglich könnte sich die FDP in der Opposition ja besser profilieren. Und auch die Grünen wissen, dass einige ihrer Kernforderungen mit Union und FDP kaum umzusetzen sind, zumal

die CSU mit einem Ergebnis von nur 38,8 Prozent in Bayern eine historische Wahlschlappe erlitten hat und nun noch mehr darauf bedacht sein dürfte, in Berlin bestimmte konservative Positionen durchzusetzen, etwa in der Flüchtlingspolitik, die von der Basis und dem »rechten Wählerrand« energisch eingefordert werden. Für CSU-Chef Horst Seehofer geht es um nicht weniger als seine politische Zukunft, denn im Herbst 2018 steht in Bayern die Landtagswahl an. Seehofer will Parteichef und Ministerpräsident bleiben, seit dem Wahldesaster mehren sich aber Stimmen, die dies infrage stellen. Bunt ist die Koalitionsoption auf jeden Fall, aber ein klares Bild lässt sich noch nicht erkennen. Der regierungserfahrene Jürgen Trittin (Grüne), einst Umweltminister im Kabinett von Gerhard Schröder (SPD), merkte skeptisch an: »Hier kom-

»Diese Parteien vertreten in vielen Punkten das Gegenteil.«

Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen

men Parteien zusammen, die in vielen Punkten das Gegenteil vertreten.« Um ein solches Bündnis zum Erfolg zu führen, müsse aus Grünen-Sicht »die CDU ökologischer, die FDP sozialer und die CSU liberaler werden«. Der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) fügte hinzu, Grüne und CSU seien »wie Feuer und Wasser«. Vorerst wirken alle potenziellen Bündnispartner bemüht, die Atmosphäre nicht schon vor Sondierungsgesprächen zu belasten, aber mit einfachen Verhandlungen rechnet niemand.

Flüchtlinge Allein in der Flüchtlings- und Integrationspolitik tun sich große Gräben auf, zumal CDU und CSU wegen der aus Bayern geforderten Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen schon seit Monaten im Streit liegen. CDU, Grüne und die FDP lehnen eine solche Begrenzung des Grundrechts auf Asyl strikt ab. Seehofer machte klar, CDU und CSU müssten sich vor Sondierungen über die strittigen Themen Obergrenze und Familiennachzug verständigen. Die Union sollte in den Gesprächen schließlich »eine gemeinsame Linie« verfolgen. Grüne und FDP fordern ihrerseits ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln, wobei die FDP zwischen »individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern« unterscheiden will. Für Kriegsflüchtlinge sollte ein Sonderstatus gelten. Die FDP plädiert nur für eine Anwerbung von Fachkräften. Die Grünen verlangen außerdem, dass anerkannten Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten unbürokratisch der Familiennachzug ermöglicht wird. Die Uni-

on sieht das kritisch und befürchtet eine neue Welle von Flüchtlingen. Im März 2016 wurde der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte, also Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus, für zwei Jahre ausgesetzt. Merkel hatte angekündigt, Anfang 2018 über diese heikle Frage neu zu entscheiden. Da die Flüchtlingsfrage offenkundig der AfD viele Wähler eingebracht hat, wird dieses Thema voraussichtlich breiten Raum einnehmen.

Umwelt Weit auseinander sind die Jamaika-Parteien auch bei den Themen Umwelt, Klimaschutz, Energie, Verkehr und Agrar. So dringen die Bündnisgrünen nach dem Skandal um geschönte Abgaswerte für Dieselautos auf eine Abkehr von Verbrennungsmotoren. »Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden«, heißt es. Die Union will jedoch die Diesel-Technologie noch für viele Jahre einsetzen. Lindner sieht hier den Staat als Schlichter, der »Wettbewerbsneutralität« garantieren und »Technologieoffenheit« erhalten müsse. Die Grünen wollen ferner den CO2-Ausstoß rasch reduzieren und »unverzüglich die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke vom Netz nehmen«. Die FDP hält den baldigen Doppelausstieg aus Verbrennern und Kohle schlichtweg für nicht machbar. Die Forderung der Grünen nach einem Ausstieg aus der Massentierhaltung wird von der CSU scharf gekontert. Auch die

FDP setzt zur Verbesserung der Nutzerhaltung auf »eine gezielte Agrarinvestitionsförderung« statt Verbote.

Europa Erhebliches Streitpotenzial bietet auch die Europapolitik, zumal der französische Präsident Emmanuel Macron unlängst mit der Vision eines Eurozonen-Haushalts, eines gemeinsamen Militärs und vereinheitlichter Steuersätze in der EU weitreichende Vorschläge gemacht hat. Während Union und Grüne dem tendenziell zustimmen, lehnt die FDP die Schaffung eines »zentralisierten europäischen Superstaats« strikt ab. Die Partei hält insbesondere automatisierte Transferzahlungen auf Kosten Deutschlands für inakzeptabel.

Gemeinsamkeiten Immerhin gibt es auch Punkte, die von den Parteien ähnlich gesehen werden. So sollen Familien besser unterstützt und Bildungsangebote weiter ausgebaut werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist allen Parteien

wichtig ebenso wie eine steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Ferner wird eine Stärkung der Pflegeversicherung angestrebt. Für die Gespräche mag es hilfreich sein, dass die Parteichefs von Grünen und FDP, Cem Özdemir und Lindner, befreundet sind und sich Politiker von Grünen und CDU schon öfter zum politischen Pizzaeßen verabredet haben. Eine Garantie für das Gelingen des Projektes ist es nicht. *Claus Peter Kosfeld*

»Grüne und CSU sind wie Feuer und Wasser.«

Günther Beckstein, CSU

Abseits des parlamentarischen Rampenlichts

PARTEIEN Unter den Kleinparteien, die zur Bundestagswahl angetreten sind, gibt es einige Neugründungen, aber auch erfahrene Kräfte

Kleinparteien, die bei der Bundestagswahl antreten, finden selten eine breite Öffentlichkeit. In der Wahlstatistik der Fernsehsender werden sie unter »Sonstige« vermerkt, denn Chancen auf einen Einzug in das Parlament haben diese Splittergruppen ohnehin kaum, woraus jedoch keineswegs zu schließen wäre, es ginge politisch um gar nichts. Denn zum einen artikulieren auch diese Vertreter der außerparlamentarischen Opposition einen politischen Gestaltungsanspruch, zum anderen geht es um viel Geld aus der staatlichen Parteienfinanzierung und damit um die Kampagnenfähigkeit. Erreicht eine Partei mindestens 0,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen, stehen ihr Gelder aus der staatlichen Teilfinanzierung der politischen Parteien zu. Um kleine Gruppierungen gegenüber etablierten Parteien nicht zu benachteiligen, werden für die ersten vier Millionen Stimmen pro Jahr 1,00 Euro statt wie sonst 83 Cent gewährt. Der Bundeswahlleiter kümmert sich

daher akribisch um jede noch so kleine Partei und jede abgegebene Stimme, zumal nichts ist in einer Demokratie so wertvoll ist wie die Entscheidung des Souveräns, egal auf welchem Feld der Wähler nun sein Kreuz macht. Bei dieser Wahl sind auf die vielen Kleinparteien zusammen 2,3 Millionen Zweitstimmen (Fünf Prozent) entfallen, die bei rund 46,5 Millionen gültigen Zweitstimmen insgesamt letztlich aber nicht so sehr ins Gewicht fallen.

Alt und neu An der Bundestagswahl 2017 haben sich 42 Parteien beteiligt, darunter 34, die mit einer Landesliste um die für das Kräfteverhältnis im Bundestag entscheidende Zweitstimme warben. Einige Kleinparteien wie die 1982 gegründete Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die im selben Jahr entstandene Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) oder die 1993 ins Leben gerufene Tierschutzpartei sind schon viele Jahre im politischen Geschäft. Das gilt auch für die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die schon bei zahlreichen Wahlen angetreten ist. Die MLPD kam bei der Bundestagswahl nun auf 29.928 Zweitstimmen oder 0,1 Prozent. Auf die ÖDP entfielen 144.772 Zweitstimmen oder 0,3 Prozent,

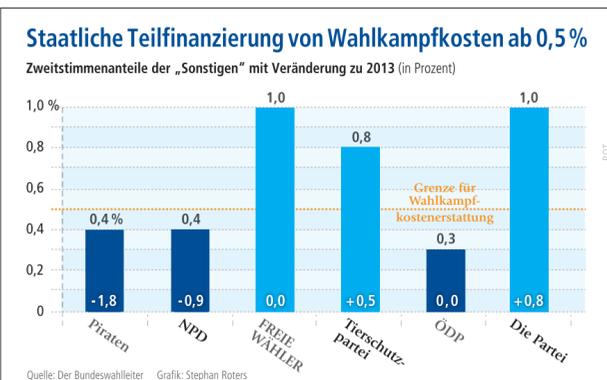
die DKP kam auf 11.713 Zweitstimmen (0,0 Prozent) und war damit nicht zufrieden. Das Ergebnis sei »sehr niedrig und kann uns nicht befriedigen«, hieß es. Deutlich besser schnitt die Tierschutzpartei ab, die 373.278 Zweitstimmen für sich verbuchte, die Marke von 0,5 Prozent klar toppte und damit zu den stärksten Kräften unter den Sonstigen avancierte. Andere Gruppierungen, die an der Bundes-

wahl teilnahmen, sind Neugründungen, so etwa Die Grauen, die es erst seit Mai 2017 gibt: Eine Organisation, die sich zumindest teilweise in der Tradition der 1989 von Trude Unruh etablierten Grauen Panther sieht, die sich bis zu ihrer Auflösung 2008 für die Rechte älterer Menschen einsetzten. Die Grauen erreichten 9.874 Zweitstimmen (0,0 Prozent), was der Vorstand als »großen Zuspruch« wertete, der

zeige, »dass unser Ziel einer Politik für alle Generationen der richtige Weg in die Zukunft unseres Landes ist.«

Dada und Satire Unter den neuen Gruppierungen ist eine mit der exotischen Bezeichnung V-Partei³, Partei für Veränderung, Vegetarier und Veganer, die 2016 in München an den Start ging und 64.130 Zweitstimmen (0,1 Prozent) gewinnen konnte. Hinter dem abstrakten Kürzel B* steht ferner die 2011 in Berlin vollzogene Vereinigung von Bergpartei und Die Überpartei, nach eigener Darstellung ein »ökooanarchistisch-realdadaistisches Sammelbecken«, das ganze 932 Zweitstimmen einsammelte. Von den Parteien, die unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde zum Einzug in den Bundestag geblieben sind, haben nur drei mit dem Zweitstimmenergebnis die Marke von 0,5 Prozent überschritten und bekommen Stimmengelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. So erreichten die Freien Wähler, die sich selbst als »unabhängig und wertkonservativ« bezeichnen und auf ihre »starke kommunale Verwurzelung« verweisen, 463.052 Zweitstimmen und damit 1,0 Prozent Zustimmung. Kaum weniger Stimmen entfielen auf Die Partei, deren Programm eigentlich nur da-

rin besteht, den politischen Betrieb kritisch aufs Korn zu nehmen. Die Satireaktivisten mit dem früheren »Titanic«-Chefredakteur Martin Sonneborn als Aushängeschild sammelten 452.922 Fan-Stimmen ein und erreichten ebenfalls 1,0 Prozent. Die Tierschutzpartei schaffte mit 0,8 Prozent die »magische Grenze«. Die Piratenpartei, einst als Flaggschiff der digitalen Bewegung gestartet, erlitt hingegen erneut Schiffbruch und kam nur noch auf 173.867 Zweitstimmen oder 0,4 Prozent. Das sind 1,8 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl vor vier Jahren, als die Partei schon in schweres Fahrwasser geraten war. Bei ihrer Gründung versprachen die Piraten maximale Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung. Sie wollten liberal sein, »sozial, digital und basisdemokratisch« und fanden schnell Anhänger. Neben Wahlerfolgen auf kommunaler Ebene gelang der Partei 2011 und 2012 auch der Einzug in die Landesparlamente von Berlin, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Heute sind sie dort nicht mehr vertreten, dafür im Europaparlament mit einer Abgeordneten. Bei Kleinparteien, die erst hochgejubelt werden und dann aus der Mode kommen, scheint das Boxer-Motto zu gelten: »They never come back.« *pk*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) winken mit der neuen Legislaturperiode diverse Rekordmarken: Fügt sie etwa ihren bisher zwölf Amtsjahren nun vier weitere hinzu, stünde sie mit einer dann 16-jährigen Regierungszeit ebenso lange an der Spitze der Exekutive wie der bislang alleinige Rekordhalter Helmut Kohl (CDU). Einen eigenen Rekord dagegen könnte sie gleich zu Beginn der 19. Wahlperiode brechen, nämlich den der längsten Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik. Den hatte sie schon am Anfang ihrer Kanzlerschaft im Jahr 2005 aufgestellt, um ihn dann acht Jahre danach, 2013, noch deutlich zu übertreffen. Das wird ihr möglicherweise nun erneut gelingen.

„Beim letzten Mal, also bei der GroKo, haben wir es knapp bis Weihnachten geschafft. Das würde ich mir auch diesmal wünschen, aber entscheidend ist der Inhalt, nicht das Datum“, ließ sich Merksels Vertrauter, Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU), vergangenen Freitag zitieren. Merkel selbst hatte noch in der Wahlnacht am 24. September auf die Frage, wie zuversichtlich sie sei, bis Weihnachten eine stabile Regierung präsentieren zu können, gesagt, sie sei „generell immer zuversichtlich“, um dann hinzuzufügen, seit vielen Jahren habe sie das Motto: „In der Ruhe liegt die Kraft“.

Geschiedet werden soll eine sogenannte „Jamaika“-Koalition aus CDU, CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen – das einzige mehrheitsfähige Regierungsbündnis, das der Ausgang der Bundestagswahl vom 24. September zulässt neben einer rechnerisch ebenfalls möglichen Neuaufgabe der Großen Koalition, der die SPD indes bereits am Wahlabend eine eindeutige Absage erteilt hat. Und der Weg nach „Jamaika“ dürfte alles andere als einfach sein, nicht nur, weil sich erstmals seit den Anfangsjahren der Republik mehr als drei Parteien auf die Suche nach einem gemeinsamen Regierungsprogramm machen sollen; inhaltlich gelten nicht wenige ihrer Positionen als kaum bis gar nicht kompatibel.

86 Tage „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, hatte die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende schon vor vier Jahren als Devise für die damals anstehenden Koalitionsverhandlungen mit den Sozialdemokraten ausgegeben. Am Ende sollte die Regierungsbildung dann geschlagene 86 Tage in Anspruch nehmen: Erst am 17. Dezember 2013 wurde Merkel erneut zur Kanzlerin gewählt und ihr damals drittes Kabinett vereidigt, fast drei Monate nach der Bundestagswahl vom 22. September 2013. So lange konnte – und kann – der Bundestag selbst freilich nicht warten. Er tritt, so ist es im Grundgesetz festgelegt, „spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen“, also in diesem Jahr am 24. Oktober. Und damit nicht genug, legt ihm die Verfassung auch auf, eine Reihe von Ausschüssen zu bestellen: einen Petitionsausschuss, einen „Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union“ sowie „einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und einen Ausschuss für Verteidigung“. Zudem pausiert auch das Weltgeschehen nicht für die Dauer der deutschen Regierungsbildung: So stehen beispielsweise noch im laufenden Jahr mehrere Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Mandatsverlängerung durch das Parlament an.

Bei der Einsetzung der Bundestagsausschüsse stellt sich ohnedies das Problem, dass sich in den meisten dieser Gremien der Ressortzuschnitt der Bundesministerien widerspiegelt – was schwierig ist, wenn es



Das Parlament ist da, die Regierungsbank noch leer: Blick in die konstituierende Sitzung des nunmehr scheidenden 18. Deutschen Bundestags am 22. Oktober 2013

Rekord in Sicht

REGIERUNGSBILDUNG Schon 2005 und 2013 dauerte es bis zur Vereidigung des neuen Kabinetts länger als je zuvor

diesen Zuschnitt noch gar nicht gibt. Wer aber soll dann etwa Beschlussempfehlungen zu diversen Vorlagen erarbeiten, die normalerweise an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden? Vor vier Jahren setzte der Bundestag Ende November erstmals in seiner Geschichte einen „Hauptausschuss“ ein, dem je 47 ordentliche und stellvertretende Mitglieder angehören. Er war laut Einsetzungsbeschluss „Ausschuss im Sinne der Grundgesetzartikel 45, 45 a und 45 c“, die die Bestellung der in der Verfassung vorgeschriebenen Ausschüsse vorgeben, und „Haushaltsausschuss im Sinne der entsprechenden gesetzlichen und geschäftsordnungsrechtlichen Vorgaben“, konnte Anhörungen vornehmen und löste sich mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse auf. Seine Zuständigkeiten wurden „durch Überweisungen des Plenums des Deutschen Bundestags begründet“, nach seiner Auflösung

gingen dort nicht erledigte Vorlagen vom Plenum an die zuständigen Ausschüsse. Schon nach der Wahl von 2005 hatte sich die Regierungsbildung über eine bis dahin unbekannte Dauer hingezogen. Spekulationen über ein schwarz-gelb-grünes „Jamaika“-Bündnis fanden damals erst nach Sondierungen ihr endgültiges Ende, und als Union und SPD nach einer Nachwahl in Dresden Koalitionsverhandlungen aufnahmen, war schon rund ein Monat seit der Wahl vergangen. Insgesamt dauerte es nach dem Urnengang 65 Tage, bis mit Merkel die erste Frau zur Kanzlerin gewählt und danach ihr Kabinett vereidigt wurde.

Sonderfall 1976 Bis dahin war die Regierungsbildung von 1961 mit 58 Tagen die längste in der Geschichte der Republik. Seinerzeit mussten sich Union und FDP nach vier Jahren absoluter CDU/CSU-Mehrheit wieder zu einer Regierung unter Kanzler

Konrad Adenauer (CDU) zusammenfinden – von dessen Rücktritt während der neuen Wahlperiode die FDP die Koalition abhängig machte. Mit jeweils 24 Tagen am schnellsten ging es 1969 und 1983. Das wird im März 1983 weniger überraschend haben als 14 Jahre vorher: Schließlich hatten Union und FDP erst ein halbes Jahr zuvor, im September 1982, Koalitionsverhandlungen geführt, bevor sich Kanzler Helmut Schmidt (SPD) mit einem konstruktiven Misstrauensvotum durch Kohl ablösten; jetzt war das neue Bündnis vom Wähler bestätigt und konnte Fahrt aufnehmen. 1969 dagegen ging es nach der ersten großen Koalition um die erstmalige Bildung eines sozialliberalen Bündnisses. Auf dieses Bündnis hatten sich die Vorsitzenden von SPD und FDP, Willy Brandt und Walter Scheel, noch in der Wahlnacht verständigt, obgleich die Union stärkste Kraft gewor-

den war. Freilich hatte sich die Koalitionsbereitschaft von Sozial- und Freidemokraten schon bei der Bundespräsidentenwahl im März 1969 gezeigt, bei der der SPD-Kandidat Gustav Heinemann mit den Stimmen der Liberalen ins höchste Staatsamt gewählt wurde. Auch 1972 benötigten SPD und FDP mit 26 Tagen eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne bis zum Abschluss der Regierungsbildung. Das Wahljahr 1976 stellte einen Sonderfall dar, da der Wahltermin mehr als zwei Monate vor dem Ablauf der Legislaturperiode lag. Damals wurde der neue Bundestag am 3. Oktober gewählt, doch endete die vorangegangene Wahlperiode erst am 13. Dezember. Drei Tage später wurde das neue Kabinett vereidigt – 74 Tage nach der Wahl. Wegen des frühen Wahltermins kann diese Frist aber nicht mit der anderer Legislaturperioden verglichen werden. Die Bildung der letzten sozialliberalen Bundesregierung im Jahr 1980 dauerte dann 32 Tage. Ebenso lang benötigten Union und Liberale 1994 beim Start der letzten Regierung Kohl, nachdem sie es nach den Bundestagswahlen von 1987 und 1990 noch 46 beziehungsweise 47 Tage in Anspruch genommen hatten.

Mit jeweils 30 Tagen ging es 1998 und 2002 bei Rot-Grün deutlich schneller. Sozialdemokraten und Grüne blieben damit auch unter den Zeitspannen, die in den Anfangsjahren der Republik für die Regierungsbildung gebraucht wurde: Waren es 1949 bei der ersten, von CDU, CSU, FDP und der Deutschen Partei (DP) getragenen Bundesregierung noch 37 Tage, dauerte es bei der Bundestagswahl 1953 schon 44 Tage – mit dem „Gesamtdeutschem Block/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ als fünftem Partner. Dass die Dauer der Regierungsbildung nicht unbedingt von der Zahl der Koalitionäre abhängt, zeigte sich 1957, als die Union die absolute Mehrheit geholt hatte, aber gleichwohl die DP mit in die Regierung nahm. Auch jetzt dauerte es 44 Tage, bis das Kabinett Ende Oktober vereidigt war; die eigentlichen Koalitionsverhandlungen zogen sich mehr als einen Monat hin.

Vier Jahre nach der erwähnten 58-Tage-Spanne von 1961 brauchten CDU, CSU und FDP 1965 wieder 37 Tage für die Regierungsbildung. Zu den schnelleren Regierungsbildungen zwischen Union und Liberalen zählt schließlich die von 2009 mit 31 Tagen. Damals ließ Merkel schon kurz nach der Wahl vom 27. September wissen, dass sie ihre neue Regierung spätestens am 9. November im Amt sehen wollte, wenn sie die Staats- und Regierungschefs anderer Länder zum 20. Jahrestag des Mauerfalls begrüßen würde. Der Wunsch ging in Erfüllung: Am 28. Oktober wurde sie vom Bundestag erneut zur Kanzlerin gewählt und ihr neues Kabinett vereidigt.

Bis zum Kabinett Gemessen wird die Dauer der Regierungsbildungen übrigens vom Tag der Bundestagswahl bis zur Vereidigung des Bundeskabinetts – nicht etwa bis zur Kanzlerwahl. Das liegt daran, dass der Regierungschef schon vor Ende der Koalitionsverhandlungen (einschließlich der Verständigung über die personelle Zusammensetzung des neuen Bundeskabinetts) gewählt werden kann. Bislang kam es dazu drei Mal in der Bundesrepublik, nämlich bei den ersten drei Wahlen Adenauers zum Bundeskanzler 1949, 1953 und 1957. Beim ersten und dritten Mal kamen die Koalitionsverhandlungen einen Tag nach der Kanzlerwahl zum Abschluss; 1953 dagegen setzten sich die Verhandlungen noch zehn Tage nach der Wahl des Regierungschefs fort. *Helmut Stoltenberg*

CHRONIK

Wahl des Bundeskanzlers

Mit der Konstituierung des neuen Bundestages endet die Amtszeit von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Auf Ersuchen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier muss sie laut Grundgesetz (Artikel 69) die Amtsgeschäfte jedoch solange weiterführen, bis der Bundestag sie durch Wahl im Amt bestätigt oder einen anderen Kanzler wählt. Eine Zeitvorgabe gibt es für die Wahl nicht. In der Praxis wird ein Wahltermin erst dann angesetzt, wenn es als gesichert gilt, dass der Bewerber die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigen kann. Nach dem Grundgesetz (Artikel 63) könnte Merkel aber auch eine Minderheitsregierung führen, wenn sie in einem dritten Wahlgang nur mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wird. Dann hat der Bundespräsident die Möglichkeit, sie zur Kanzlerin zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen, um Neuwahlen herbeizuführen.

Ausschuss-Konstituierung

Anzahl, inhaltlicher Zuschnitt und Größe der Bundestagsausschüsse werden durch einen Beschluss des Plenums festgelegt. Da die meisten Ausschüsse inhaltlich den Zuschnitt der Bundesministerien spiegeln, ist mit einer Konstituierung erst nach der Kanzlerwahl und der Bildung der Bundesregierung zu rechnen. Das Grundgesetz macht hierzu keine zeitlichen Vorgaben. Von der Verfassung vorgeschrieben ist allerdings die Einrichtung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Artikel 45), des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses (Artikel 45) sowie des Petitionsausschusses.

Besetzung der Ausschüsse

Die Sitzverteilung in den Ausschüssen entspricht dem Kräfteverhältnis der Fraktionen. Auch die Anzahl der Ausschussvorsitzenden, die jeder Fraktion zusteht, errechnet sich aus ihrer Stärke. Im Normalfall verständigen sie sich im Ältestenrat darüber, welche Fraktion welchen Vorsitz übernimmt. Kommt keine Einigung zustande, wird die Verteilung im „Zugriffsverfahren“ geregelt. Das heißt, die Fraktionen suchen sich nach ihrer Größe nacheinander aus, in welchen Ausschüssen sie den Vorsitz übernehmen wollen. Der Vorsitz des Haushaltsausschusses geht traditionell jedoch an die größte Oppositionsfraktion.

Wahlprüfung

Am 24. November endet die zweimonatige Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl. Jeder wahlberechtigte Bürger, die landes- und Bundeswahlleiter sowie der Bundestagspräsident können beantragen, die Wahlvorbereitung und Durchführung sowie die Stimmenauszählung überprüfen zu lassen. Über die Einsprüche entscheidet gemäß des Grundgesetzes (Artikel 41) der Bundestag. Konkret werden sie durch den Wahlprüfungsausschuss geprüft und dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt. Gegen die Entscheidung kann nur noch vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt werden. *aw*

»Bequemlichkeit allein rechtfertigt nicht die Möglichkeit der Briefwahl«

WAHLRECHT Immer weniger Bürger stimmen im Wahllokal ab. Das gefährdet das Wahlgeheimnis und schadet einer lebendigen Öffentlichkeit, warnt der Jurist Christoph Schönberger.

Herr Schönberger, seit der Bundestagswahl 2009 ist die Briefwahl ohne Begründung möglich. Für den 24. September hatte rund ein Drittel der Wähler die Briefwahl beantragt, mehr als je zuvor. Wie bewerten Sie das?

Ich sehe es kritisch, dass immer mehr Menschen per Briefwahl an der Bundestagswahl teilnehmen. Vor vielen Jahrzehnten hat der Gesetzgeber die Briefwahl für diejenigen eingeführt, die nicht ins Wahllokal gehen können: etwa weil sie krank sind, eine körperliche Behinderung haben oder beruflich unabhkömmlich sind. Daran müssen wir auch festhalten. Um diese Gründe geht es den meisten Briefwählern heute aber nicht. Für sie ist es einfach bequem. Bequemlichkeit allein kann aber die Möglichkeit der Briefwahl nicht rechtfertigen. Denn sie bringt erhebliche Nachteile mit sich.

Welche Nachteile sind das?

Am schwersten wiegt, dass das Wahlgeheimnis nicht mehr garantiert ist. Nur im Wahllokal ist sichergestellt, dass Wähler unbeobachtet ihr Kreuz machen. Und zwar unbeobachtet von staatlichen Stellen, aber auch von Angehörigen oder Freunden. Bei der Briefwahl hingegen liegen die Unterlagen zuhause. Es ist möglich, dass die Wähler sie im Beisein anderer ausfüllen und von Dritten beeinflusst werden. Das können Familienangehörige sein, es gab aber auch immer wieder Missbrauchsfälle in Alten- und Pflegeheimen.

Also ist auch der Grundsatz der freien Wahl nicht mehr garantiert?

Ja, genau. Die geheime Wahl ist letztlich ein Schutz, um die freie Wahl sicherzustellen. Im Wahllokal ist es nicht möglich, jemand den Stimmzettel zu zeigen. Sie können nach der Stimmabgabe natürlich erzählen, was Sie gewählt haben. Niemand kann aber überprüfen, ob das stimmt. Sie sind der einzige, der die Wahrheit kennt. Das ist eine große Freiheitsgarantie.

Diese Probleme gab es aber auch schon, bevor die Briefwahl ohne Begründung allen offenstand.

Das ist richtig. Sie lassen sich bei der Briefwahl nicht völlig vermeiden. Wir müssen die Fallzahlen aber möglichst begrenzen. Es ist der Ausnahmecharakter, der die Sache rechtfertigt. Als der Gesetzgeber im Jahr 2008 mit Zustimmung des Bundesverfassungsgerichts die Briefwahl weiter geöffnet hat, ist das Problem verschärft worden. Denn nach geltender Rechtslage muss überhaupt niemand mehr ins Wahllokal gehen.

Warum hat das Bundesverfassungsgericht der Wahlrechtsänderung zugestimmt? Das Gericht hat durchaus gesehen, dass die geheime Wahl eingeschränkt wird. Es hat

diese Einschränkung aber dadurch zu rechtfertigen versucht, dass es die Allgemeinheit der Wahl ins Spiel gebracht hat. Vielleicht würden dann mehr Menschen wählen gehen, meinten die Richter. Das überzeugt mich nicht. Die Allgemeinheit der Wahl ist allein dadurch gegeben, dass der Wähler am Wahlsonntag seine Stimme abgeben kann. Sie verlangt aber keine Bequemlichkeit der Wahl. Deswegen ist das Argument verfassungsrechtlich fragwürdig.

»Die Wahl ist ein Ritual. Das Ritual lebt davon, dass es einheitlich vollzogen wird.«

Durch die Briefwahl stimmen nicht alle Wähler zum gleichen Zeitpunkt ab. Warum ist das ein Problem? Zunächst ist das verfassungsrechtlich kritisch. Denn der Wahlprozess ist dadurch kaum noch öffentlich nachvollziehbar. Im Wahllokal kann ein Beobachter von der Öffnung bis zur Auszählung alle Schritte kontrollieren. Bei der Briefwahl verlagert sich ein großer Teil des Wahlvorgangs in die Post und die Verwaltung. Darüber hinaus ist es auch im Sinne der politischen Kultur kritisch, wenn nicht alle am selben Tag abstimmen.

Inwiefern?

Die Wahl ist ein Ritual. Dieses Ritual lebt davon, dass es einheitlich vollzogen wird: davon, dass wir alle zum selben Zeitpunkt

mit dem selben Informationsstand, in der gleichen politischen Situation zur Wahl gehen. Mit der Briefwahl sind wir zu mehreren Wahlwochen übergegangen. Darauf sind weder unsere Diskussionskultur noch die Medien eingestellt. Kurz vor den Wahlen finden etwa Fernsehdiskussionen mit den Spitzenkandidaten statt. Welchen Sinn hat das, wenn ein Viertel oder irgendwann die Hälfte der Wahlberechtigten schon gewählt hat?

Warum ist es negativ, wenn sich dieses Ritual auflöst?

Wir leben einer Welt, in der durch die immer stärkere elektronische Kommunikation die sinnliche Erfahrbarkeit ohnehin schwindet. Gerade deswegen sollten wir an den Momenten des Rituals festhalten. In der Demokratie sind wir ja nicht nur Beobachter, sondern auch Beteiligte. Durch den Gang zum Wahllokal begeben wir uns in eine gemeinsame Situation mit allen anderen, die das Gleiche tun. Wenn wir privat am Schreibtisch oder irgendwann vielleicht per Computer wählen, entfällt das. In dem Gemeinsamkeitserlebnis liegt meiner Meinung nach eine große Kraft. Wir verschenken sie unnötig, wenn wir die Briefwahl komplett liberalisieren.

Ist es möglich, den Kreis der Briefwähler wieder einzuschränken?

Rechtlich ist das selbstverständlich möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat ja



Staatsrechtler Christoph Schönberger

zu bemühen, sollten wir uns zumuten. Das kommt der Demokratie zugute.

Würde in der Folge nicht die Wahlbeteiligung sinken?

Wir haben kein empirisches Wissen darüber, wie viele Leute nur deswegen wählen, weil die Briefwahl möglich ist. Vermutlich ist der Kreis gar nicht so groß. Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2013 argumentiert, die neue Regelung sei auch deshalb unproblematisch, weil der Kreis der Briefwähler nicht so groß sei und nicht stark zunehmen werde. Das Gericht hat also selbst angedeutet, dass man über die verfassungsrechtliche Lage noch einmal nachdenken müsste, wenn der Anteil der Briefwähler erheblich steigt.

Das Gespräch führte Eva Bräth.

Christoph Schönberger ist seit 2006 Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Vergleichende Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Konstanz.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In den Rückblicken auf den jüngsten Bundestagswahlkampf wird immer wieder gerne an die drei Landtagswahlen im Saarland vom März sowie in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Mai dieses Jahres erinnert – drei Niederlagen für die Sozialdemokraten, die der Kampagne ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz Durchschlagskraft und Schwung nahmen; so lautete dann die Erzählung. Die Auswirkungen dieser Landtagswahlen sind freilich in der Bundespolitik auch über den Tag der Bundestagswahl hinaus zu spüren, schließlich wird dabei immer auch über die Zusammensetzung des Bundesrates und die dortigen Mehrheitsverhältnisse entschieden. Schon bei der anstehenden Regierungsbildung auf Bundesebene empfiehlt sich ein Blick auf die Machtverteilung in der Länderkammer. Durch den Bundesrat nämlich „wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit“, wie Artikel 50 des Grundgesetzes fest schreibt. Für die künftige Bundesregierung und die sie tragende Koalitionsmehrheit im Bundestag sind deshalb die Kräfteverhältnisse in der Länderkammer alles andere als unwichtig – schließlich muss jeder Gesetzesbeschluss des Bundestages auch noch den Bundesrat passieren.

Zwei Gesetzestypen Dabei wird zwischen zwei Arten von Bundesgesetzen unterschieden, den „Zustimmungsgesetzen“ und den „Einspruchsgesetzen“. Gegen letztere kann die Länderkammer zwar Einspruch einlegen, den aber der Bundestag wiederum zurückweisen kann. Dazu ist indes die absolute Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erforderlich, also eine Stimme mehr als die Hälfte seiner künftig 709 Mitglieder – was auch bei Gedankenspielen über eine etwaige Minderheitsregierung berücksichtigt werden sollte. Erhebt der Bundesrat gar mit Zweidrittelmehrheit gegen ein Bundesgesetz Einspruch, lässt sich dieser auch vom Bundestag nur mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit überstimmen.

Auch ein Einspruchsgesetz kann also an der Länderkammer scheitern; zumindest aber lässt sich dort sein Inkrafttreten verzögern. Weit stärker noch ist die Bedeutung des Bundesrates indes bei den Zustimmungsgesetzen. Diese Gesetze nämlich – schon ihre Bezeichnung macht es deutlich – benötigen die ausdrückliche Zustimmung der Länderkammer, um zustande zu kommen; ohne diese Zustimmung sind sie gescheitert, selbst wenn sie vom Bundestag einstimmig beschlossen worden wären.

Zu diesen Zustimmungsgesetzen zählen neben Verfassungsänderungen, für die im Bundestag wie im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, unter anderem Vorlagen, die in bestimmter Weise Auswirkungen auf die Finanzen der Länder haben. Das sind beispielsweise alle Gesetze über Steuern, an deren Aufkommen die Länder oder Kommunen beteiligt sind, wie etwa die Lohn- und Einkommensteuer oder die Mehrwertsteuer. Alleine in der jetzt zurückliegenden 18. Legislaturperiode bewertete der Bundesrat von den mehr als 550 Gesetzesbeschlüssen des Bundestages 200 und damit mehr als ein Drittel als zustimmungsbedürftig.

Blockademöglichkeit Nicht nur einer etwaigen Minderheitsregierung im Bund könnte der Bundesrat also das Leben schwer machen, sondern je nach seiner Zusammensetzung auch einer Koalition, die im Bundestag über eine klare Mehrheit verfügt. Stellt die Bundestagsopposition die Mehrheit im Bundesrat, droht der Bundes-



Der Bundesrat Ende März 2017 bei der Abstimmung über die umstrittene Pkw-Maut

© picture-alliance/Kay Nietfeld/dpa

Rechenspiele

BUNDESRAT I Die Machtverhältnisse in der Länderkammer sind auch für die Regierungsbildung im Bund von Bedeutung

regierung eine Blockadepolitik in der Länderkammer, wie sie in der Vergangenheit schon mehrfach zu beobachten war (siehe Beitrag rechts). Daher richtet sich bei jeder Suche nach einer regierungsfähigen und -willigen Parlamentsmehrheit immer auch ein Blick auf die Stimmenverhältnisse im Bundesrat, in dem jedes Bundesland je nach Bevölkerungsgröße über drei bis sechs Stimmen verfügt. Für jeden Beschluss der Länderkammer ist dort mindestens die absolute Mehrheit erforderlich, ganz egal, ob es nun darum geht, einem Gesetzesbeschluss des Bundestages zuzustimmen, den Vermittlungsausschuss anzurufen oder Einspruch einzulegen. Insgesamt verfügen die 16 Bundesländer im Bundesrat über 69 Stimmen; die absolute Mehrheit liegt bei 35 und die Zweidrittelmehrheit bei 46 Stimmen. Bedeutsam ist dabei, dass sich bei Abstimmungen Bundesländer mit Regierungskoalitionen, in denen ein Gesetzesvorhaben umstritten ist, in der Regel enthalten und damit faktisch mit Nein stimmen. Das ist

zumeist bei Landeskoalitionen zwischen zwei (oder mehr) Parteien der Fall, von denen eine im Bund regiert und die andere dort auf den Oppositionsbänken verharren muss. Dass Enthaltungen im Bundesrat de facto auf ein Nein hinauslaufen, erschwert es dort den Gegnern bestimmter Gesetzesvorlagen, in der Länderkammer dazu den Vermittlungsausschuss anzurufen oder Einspruch einzulegen; andererseits können so bei Zustimmungsgesetzen auch kleine Koalitionspartner einer Landesregierung gegebenenfalls eine Mehrheit im Bundesrat für eine Vorlage verhindern und sie auf diese Weise zu Fall bringen.

Bunte Palette Da im Bundesrat nicht die 16 Landesparlamente vertreten sind, sondern die jeweiligen Regierungen, spielt dort die jetzt neu in den Bundestag gewählte AfD keine Rolle. Ein wenig an Bedeutung verloren hat in den vergangenen Jahren die informelle Einteilung in SPD-beziehungsweise Unions-regierte oder geführte Bundesländer als sogenannte

„A-Länder“ und „B-Länder“, während die Farbpalette der Koalitionskonstellationen in den 16 Landeshauptstädten immer bunter geworden ist. Neben der Frage, welche Partei in wie vielen – und wie großen – Ländern (mit)regiert, ist für die Machtarithmetik entscheidend, ob die jeweiligen Koalitionsparteien entweder komplett den im Bund entsprechen oder aber vollständig im Bundestag auf der Oppositionsbank sitzen beziehungsweise – dritte Möglichkeit – ein Koalitionspartner auch im Bund regiert und der andere dort opponiert. Unterscheiden lässt sich demnach zwischen einem „Regierungs-“ und einem „Oppositionsblock“ sowie einem „neutralen“ Lager, auch wenn für die einzelnen Landesregierungen nicht nur in der Theorie die spezifischen Landesinteressen Vorrang haben vor parteipolitischen Erwägungen. Aus Sicht der bisherigen Großen Koalition im Bund gab es im Bundesrat zwar keinen reinen „Oppositionsblock“, da es kein Bundesland ohne Regierungsbeteiligung

der Union oder SPD gab und gibt. Allerdings umfasste das „Regierungslager“ zuletzt nur noch die vier Länder Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Sachsen mit zusammen gerade einmal 16 Stimmen im Bundesrat, während die restlichen zwölf Länder mit ihren insgesamt 53 Stimmen dem „neutralen“ Block zuzurechnen sind. Dabei können derzeit etwa die Grünen mit ihren zehn Regierungsbeteiligungen insgesamt 43 Stimmen gegebenenfalls „neutralisieren“.

Mehrheit gegen „Jamaika“ Ein wenig anders stellen sich die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat aus Sicht einer etwaigen „Jamaika“-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen dar. Ihr stünde als „Oppositionsblock“ zwar lediglich das rot-rot regierte Brandenburg mit seinen vier Stimmen im Bundesrat gegenüber, doch kämen die vier „Jamaika-Parteien“ ihrerseits in der Länderkammer auch nur auf zusammen 27 Stimmen, über die sie ohne Mitsprache weiterer Parteien verfügen können: jeweils sechs aus dem CSU-regierten Bayern sowie aus Baden-Württemberg mit seiner grün-schwarzen und Nordrhein-Westfalen mit seiner schwarz-gelben Landesregierung plus den fünf Stimmen des schwarz-grün geführten Hessen und weiteren vier Stimmen aus Schleswig-Holstein, wo sich CDU, FDP und Grüne bereits zu einer „Jamaika“-Koalition zusammengeschlossen haben. Selbst wenn am 15. Oktober bei der Landtagswahl im derzeit rot-grünen Niedersachsen (siehe Beitrag unten) dessen ebenfalls sechs Bundesratsstimmen einem solchen „Jamaika“-Block zufallen, bliebe das „Regierungslager“ im Bundesrat mit 33 Stimmen noch immer unter der 35-Stimmen-Marke der absoluten Mehrheit.

Dagegen würden derzeit einschließlich Niedersachsens zehn weitere Bundesländer mit SPD-Regierungsbeteiligung dem „neutralen“ Lager zufallen. In dreien davon sitzen die Sozialdemokraten mit der CDU am Kabinetttisch, nämlich in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland mit jeweils drei Bundesratsstimmen und Sachsen mit vier Stimmen; in drei weiteren mit den Grünen: in Bremen und Hamburg (jeweils drei Stimmen) und eben Niedersachsen. Hinzu kommen die Dreierkoalitionen von SPD, FDP und Grünen in Rheinland-Pfalz sowie von CDU, SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt nebst Thüringens rot-grüner Regierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) und dem rot-rot-grünen Berliner Senat unter SPD-Führung allesamt mit je vier Stimmen im Bundesrat. Insgesamt würden damit in der Länderkammer 38 Stimmen dem „neutralen“ Block zuzurechnen sein.

Zwei Wahlen 2018 Zusammen mit den vier aus Brandenburg wären so 42 der 69 Bundesrats-Stimmen gegen „Jamaika“ zu mobilisieren, fast eine Zweidrittelmehrheit. Auch wenn man die sechs Stimmen aus Niedersachsen abzieht, müsste ein Regierungsbündnis aus Union, Freidemokraten und Grünen im Zweifelsfall mit 36 Bundesratsstimmen gegen sich rechnen, was immer noch über der absoluten Mehrheit liegt. Neu gemischt werden die Karten bei den folgenden Landtagswahlen; regulär werden als nächstes im Herbst 2018 die Landesparlamente in Bayern und Hessen neu gewählt. In beiden Fällen könnte „Jamaika“ sein Stimmenpolster im Bundesrat freilich nur verteidigen, nicht ausbauen. Letzteres wäre erst im Frühjahr 2019 möglich, wenn sich die rot-grüne Bremer Landesregierung mit ihren drei Stimmen dem Wähler-Votum stellen muss. **Helmut Stoltenberg** ■

Diese Legislatur blieb blockadefrei

BUNDESRAT II 19. September 2014: Im Bundesrat droht dem vom Bundestag beschlossenen Gesetzesentwurf zur Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten das Aus. Um die letzte parlamentarische Hürde zu nehmen, bräuchte der Gesetzesbeschluss die Zustimmung von mindestens einem Land mit Regierungsbeteiligung der Grünen, doch hatten deren Bundestagsabgeordnete die Vorlage im Parlament geschlossen abgelehnt. Dann die Abstimmung: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) stimmt der Bundesratsdrucksache 383/14 zu – das Gesetz ist beschlossen und die Aufregung groß, Kretschmann hört von Parteifreunden manch Unfreundliches.

Gegen die Parteilinie Ein Ministerpräsident stimmt anders als von der Parteilinie vorgesehen? Das ist entgegen mancher Stammtisch-Vorstellungen keineswegs ungewöhnlich – ganz abgesehen davon, dass auch Ministerpräsidenten zuvörderst den Interessen ihres Landes verpflichtet sind und ihrem Gewissen. So passiert es durchaus, dass wie im Frühjahr 2017 Die Linke im Bundestag gegen die Pkw-Maut stimmt, der Bundesrat aber mit Billigung von Thüringens Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) die Vorlage passieren lässt. Weitere Beispiele? Im Sommer 2000 verhalten neben dem sozialliberal regierten Rheinland-Pfalz auch die großen Koalitionen von Berlin, Brandenburg und Bremen entgegen der Unions-Linie einer rot-grünen Steuerreform zur Mehrheit – zum Ärger vieler Unions-Granden. Umgekehrt etwa sorgte 1994 Brandenburgs damaliger Regierungschef Manfred Stolpe (SPD) für Empörung bei Sozialdemokraten, als der der Mehrwertsteuererhöhung der Regierung von Kanzler Helmut Kohl (CDU) zustimmte. Die Liste ließe sich verlängern. Gleichwohl deckt sich das Abstimmungsver-



Das Bundestagsgebäude in Berlin

halten der Ländervertreter häufig mit den Positionen ihrer Parteien. Und stellen die Parteien, die im Bundestag die Opposition bilden, zugleich im Bundesrat die Mehrheit, formiert sich dort bisweilen gegen die jeweilige Bundesregierung eine Abwehrfront, die sich dann den Vorwurf der „Blockadepolitik“ einhandelt.

Das war von 1994 bis 1998 in Kohls letzter Amtszeit so bei einem SPD-dominierten Bundesrat; das war auch so danach, als die im Bund regierenden Sozialdemokraten und Grünen in der Länderkammer ohne Mehrheit waren und zusehen mussten, wie bis Mai 2005 noch die damals letzte ihrer gemeinsamen Landesregierungen abgewählt wurde.

Statistik Die Strategie der damaligen Bundesratsmehrheiten spiegelt sich auch in der Statistik wider: Hatte der Bundesrat in den zwölf Wahlperioden von 1949 bis 1994 den Vermittlungsausschuss 546 Mal angerufen, waren es allein zwischen 1994 und 1998 ganze 74 Mal, zwischen 2002 und 2005 gar 90. In den Jahren der folgenden großen Koalition lag diese Zahl dann bei bescheidenen 17.

Ähnlich sieht es aus bei der Zahl der Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, denen der Bundesrat seine Zustimmung verweigerte: 110 Versagungen waren es in den ersten zwölf Legislaturperioden, 33 dagegen in der nächsten Wahlperiode und 19 beziehungsweise 21 Versagungen in den beiden folgenden – nur eine dagegen zwischen 2005 und 2009. Dementsprechend bewegte sich auch die Zahl der Einsprüche, die der Bundesrat gegen Gesetzesbeschlüsse einlegte: Zwischen 1949 und 1994 passierte dies in ganzen 31 Fällen, in den folgenden vier Jahren dagegen 13 Mal und zwischen 2002 und 2005 gar 22 Mal. In den folgenden zwei Legislaturperioden sank diese Zahl dann über drei auf eins.

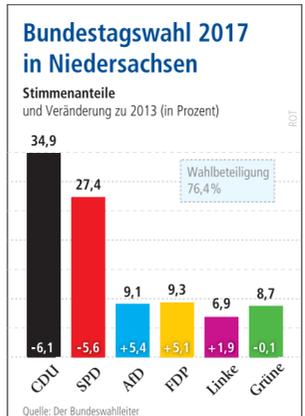
Angesichts solcher Zahlen scheint es verständlich, den Bundesrat bei entsprechenden Mehrheitsverhältnissen als Blockadeinstrument zu begreifen. Ein Gegenbeispiel dazu liefert die zurückliegende Wahlperiode, in der die im Bund oppositionellen Grünen zeitweise in elf Landesregierungen saßen und über 49 der 69 Bundesratsstimmen mitbestimmen konnten: Obgleich die schwarz-rote Koalition keine eigene Mehrheit in der Länderkammer hatte, verweigerte der Bundesrat letztlich nur zwei Gesetzen die Zustimmung, nämlich der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten und der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes. Zwei Mal riefen die Länder und einmal die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss an, der lediglich beim Asylbewerberleistungsgesetz keine Einigung erzielte. Nun dürfte die Vorlage der Diskontinuität verfallen. **sto** ■

Spannender Endspurt zwischen Harz und Nordsee

LANDTAGSWAHL Bei der vorgezogenen Abstimmung in Niedersachsen deutet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen an. Welche Bündnisse folgen, ist völlig offen.

Es ist die Wahl nach der Wahl, und es könnte wieder spannend werden: Bei der vorgezogenen Abstimmung über den Landtag in Niedersachsen am 15. Oktober scheint der Ausgang völlig offen. Zwischen den Spitzenkandidaten von SPD und CDU, Ministerpräsident Stephan Weil und seinem christdemokratischen Herausforderer Bernd Althusmann zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen ab, welche möglichen Regierungsbündnisse daraus folgen, kann allenfalls spekuliert werden.

Koalitionsfantasien Jüngsten Umfragen zufolge liegen CDU und SPD nahezu gleichauf. So hat etwa infratest dimap im Auftrag des NDR etwa drei Wochen vor der Wahl 35 Prozent der Stimmen für die CDU ausgemacht, 34 für die SPD, die Grünen neun, die FDP acht, die Linke fünf und die AfD sechs Prozent. Die CDU lag damit in etwa auf dem Niedersachsen-Ergebnis der Bundestagswahl, die SPD deutlich besser (27,4 Prozent bei der Bundestagswahl). Linke und AfD müssten um den Einzug in den Landtag bangen. Rein rechnerisch wären ein sogenanntes „Jamaika“-Bündnis



zwischen CDU, Grünen und FDP möglich oder eine „Ampel“ aus SPD, Grünen und FDP.

SPD und CDU könnten sich auch zu einer Großen Koalition zusammenschließen – allerdings hatte Regierungschef Weil zuletzt deutlich gemacht, dass er diese Variante für ziemlich unwahrscheinlich hält. Wie weit die zwei Spitzenkandidaten zumindest strategisch auseinander liegen, verrät ein Blick auf den Auftakt zum Wahl-

kampf-Endspurt: Während Weil zum informellen Abend in ein Restaurant in Bad Harzburg lud und Bürger ihre Fragen an ihn auf Bierdeckel schreiben ließ, präsentierte sich der Herausforderer bei einer Bühnenshow vor mehreren Tausend Menschen in Hildesheim, die Bundeskanzlerin an seiner Seite. Angela Merkel war noch vier Mal für den Wahlkampf zwischen Nordsee und Harz eingepflegt, SPD-Chef Martin Schulz soll erst am 4. Oktober seinen Kandidaten offiziell unterstützen.

Überraschender Wechsel Für eine Mehrheit der bisherigen Rot-grünen Koalition dürfte es auf keinen Fall mehr reichen. Sie hatte ohnehin mit einem hauchdünnen Plus von einem Sitz regiert – bis die Grünen-Abgeordnete Elke Twesten im August überraschend zur CDU wechselte und so die vorgezogene Abstimmung erzwang. Ursprünglich sollten die Niedersachsen 2018 über die Zukunft von SPD-Mann Weil entscheiden, der vor vier Jahren den CDU-Politiker David McAllister im Amt abgelöst hatte. Damals war die CDU mit 36 Prozent zwar stärkste Fraktion geworden, hatte allerdings so viele Stimmen verloren, dass es nicht mehr zu einem schwarz-gelben Bündnis reichte. Die Wahl zum jetzigen Zeitpunkt ist dabei nicht nur wegen ihrer eventuellen Wechselwirkungen mit Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene bedeutsam; das nach Flä-



che zweitgrößte und nach der Einwohnerzahl viertgrößte Bundesland gilt im föderalen System grundsätzlich als Schwergewicht. Die Bandbreite an für die Wahl relevanten Themen reicht von Schul- über Familien- und Sozialpolitik bis hin zu Fragen von Haushalt und Finanzen sowie Innerer Sicherheit. Auch Agrarpolitik genießt in dem Flächenland traditionell Bedeutung – genauso wie wirtschaftspolitische und Infrastrukturthemen im Mutterland des skan-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Stimmen aus dem Ausland

Kein Erdbeben jenseits der Oder

POLEN Wenig Aufhebens um Wahlausgang – aus Sicht Warschaws bleibt alles beim Alten



Deutschland rückt politisch nach rechts, aber Polen zuckt nur mit den Schultern. „Merkel zum vierten Mal“, titelten lapidar und unisono die wichtigsten Zeitungen des Landes, die linksliberale „Gazeta Wyborcza“ und die konservative „Rzeczpospolita“. Keine 24 Stunden nach Schließung der Wahllokale waren die möglichen Folgen des Umhangs für die internationale Politik wieder aus den Top-Schlagzeilen verschwunden. Die vordergründige Indifferenz ist vor allem der polnischen Innenpolitik geschuldet. Das Land ist tief gespalten und mit sich selbst beschäftigt. Einen Tag nach der Bundestagswahl stellte Präsident Andrzej Duda seine Pläne für eine Justizreform vor. In dem Streit hatte die EU Polen mit Sanktionen gedroht. In diesem Umfeld hätte vermutlich nur ein Wechsel im Kanzleramt in Polen für echtes Aufsehen gesorgt. Mit Angela Merkel an der Spitze werde dagegen alles so bleiben, wie es ist, analysierte die „Rzeczpospolita“. Deutschland sei „stabil, vorhersehbar und Polen freundlich gesinnt“, unabhängig von (fast) jeder Koalitionsbildung. An dieser in Polen weit verbreiteten Einschätzung änderte auch der Erfolg der AfD nichts. Sie bezeichnete die „Gazeta Polska Codziennie“ als den „wahren Wahlsieger“.

»Angela Merkel ist für uns die beste Lösung.«

Jaroslav Kaczynski, PiS-Parteichef

Die „migrations- und europaskeptische Partei“ werde Merkel langfristig Probleme bereiten, prophezeite die nationalkonservative Zeitung. So könne sie die AfD-Positionen in der Flüchtlingspolitik, anders als im Fall der Grünen und des Atomausstiegs, nicht zur Regierungslinie machen, ohne eigene Fehler einzugestehen. Für Wirbel in der Debatte sorgte allein eine Analyse der „Gazeta Wyborcza“, die der in Warschau regierenden PiS-Partei eine ideologische Nähe zur AfD attestierte. Tatsächlich gibt es inhaltliche Schnittmengen zwischen den rechtskonservativen Parteien, die sich beide gegen eine weitere Zuwanderung aus nichteuropäischen, vor allem muslimisch geprägten Ländern, ausgesprochen haben und für mehr nationale Souveränität eintreten. Jacek Karnowski, einer der führenden rechtsnationalen Publizisten in Polen, nannte den Erfolg der AfD sogar den „Beginn der Demokratie in Deutschland“. Andere Experten betonten eher das Trennende. Die „Sympathie eines Teils der polnischen Rechten für die AfD“ sei schwer zu verstehen, erklärte etwa der Historiker und Publizist Kazimierz Wojcicki. Schließlich pflege die Partei gute Kontakte zum russischen Präsidenten Wladimir Putin und sei latent „antipolnisch“. An dem Grundtenor, dass Deutschland ein verlässlicher und stabiler Partner bleiben wird, änderten diese Aussagen aber nichts.

Sogar Jaroslav Kaczynski, der mächtige Chef der Regierungspartei PiS, der sich immer wieder als vehementer Deutschlandkritiker hervorgetan hat, sagte: „Angela Merkel ist für uns die beste Lösung.“ Die Reaktionen auf die Ankündigung der SPD, in die Opposition zu wechseln, waren entsprechend verhalten. Auch der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag wurde in Polen nur am Rande notiert, ebenso der Stimmenzuwachs der Grünen. Von einer möglichen Jamaika-Koalition erwarten die meisten Kommentatoren „kein Erdbeben jenseits der Oder“, wie der Wirtschaftsjournalist Hubert Koziol schrieb. Polen und Deutschland verbinde nicht zuletzt eine „ökonomische Symbiose“, die so leicht nicht aufzulösen sei. Agnieszka Lada, eine der bekanntesten Deutschland-Expertinnen in Polen, schlug in die gleiche Kerbe. Die Politikwissenschaftlerin vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten wies aber darauf hin, dass die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen „stark von der Regierung in Warschau abhängt“. Zuletzt hatten polnische Forderungen nach deutschen Reparationszahlungen für die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg für politischen Wirbel gesorgt. So hatte Ministerpräsidentin Beata Szydlo gesagt: „Polen stehen Kriegsreparationen zu, und wir haben ein Recht, sie zu verlangen.“ Die Bundesregierung sieht das anders: Sie verweist darauf, dass Polen bereits 1953 auf alle weiteren Entschädigungszahlungen verzichtet und diesen Verzicht im Zuge der deutschen Wiedervereinigung bestätigt habe.

Ulrich Krökel

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Bittere Pille für Paris

FRANKREICH Macron sieht im Wahlergebnis eine Gefahr für sein europäisches Projekt



Senat oder Bundestag? Für Emmanuel Macron fiel die Antwort am Abend des 24. September eindeutig aus. Der französische Präsident interessierte sich laut seinen Beratern stärker für das Ergebnis der Wahlen in Deutschland als für das zur zweiten französischen Parlamentskammer, die am selben Tag zum Teil neu gewählt wurde. „Ich habe Angela Merkel angerufen, um ihr zu gratulieren. Wir werden unsere grundlegende Zusammenarbeit für Europa und unsere Länder mit Entschlossenheit fortsetzen“, teilte der französische Präsident nach dem Wahlabend über den Kurznachrichtendienst Twitter mit. Von einem „bitteren Sieg“ der Kanzlerin sprach sein Regierungssprecher Christophe Castaner: „Er ist bitter wegen des Aufstiegs einer sehr gewaltsamen, sehr harten, sehr radikalen extremen Rechten.“ Genau diese Rechte hat in Frankreich mit dem Front National (FN) einen Verbündeten. FN-Chefin Marine Le Pen freute sich denn auch überschwänglich über das Ergebnis der AfD. „Bravo an unsere Verbündeten von der AfD für dieses historische Ergebnis. Das ist ein neues Symbol des Erwachens der europäischen Völker“, twitterte die Abgeordnete, die seit den Parlamentswahlen im Juni in der französischen Natio-

»Wenn Merkel sich mit den Liberalen verbündet, bin ich tot.«

Emmanuel Macron, Präsident Frankreichs

nalversammlung sitzt. Im Januar war Le Pen, die in der Stichwahl um das französische Präsidentenamt auf knapp 34 Prozent der Stimmen gekommen war, zusammen mit der früheren AfD-Chefin Frauke Petry und anderen europäischen Rechtspopulisten in Koblenz aufgetreten. Im parteiinternen Streit der AfD-Führung stellte Le Pen sich klar auf die Seite Petrys. „Ohne mich in die internen Debatten einzumischen, die die AfD erschüttern, gilt mein Vertrauen natürlich Frauke Petry“, versicherte die FN-Chefin. Die französischen Zeitungen sehen im Ergebnis der AfD ein Zeichen, dass Deutschland „normal“ geworden sei. „Deutschland, stark und gemäßig, ist seinerseits angesteckt“, kommentierte die linksliberale „Libération“. Eine „ausländerfeindliche, identitäre Partei kommt massenhaft in den Bundestag“. Der konservative „Figaro“ gab dafür Angela Merkel die Schuld. „Der Platz der Kanzlerin in der Nachwelt ist durch das historische Ergebnis der Populisten der AfD beschmutzt.“ „Mutti“ ist zur Mutter der AfD geworden.“ Ganz genau wird in Frankreich nun die Koalitionsbildung verfolgt. Macron hatte auf eine Fortsetzung der großen Koalition gehofft, um mit Unterstützung der SPD seine Pläne für Europa umzusetzen. Die sehen eine Stärkung der Euro-Zone mit einem eigenen Finanzminister, einem Parlament und einem Budget vor. Das wird mit FDP-Spitzenkandidat Christian Lindner

nicht zu machen sein. Der „Macron Deutschlands“, wie einige Kommentatoren ihn nennen, gilt in Frankreich nun als „Königsmacher“, während eine mögliche Koalitionsbeteiligung der Grünen kaum eine Rolle spielt. Macron hatte zu einer möglichen Koalition Merksels mit der FDP laut „Le Monde“ im Vorfeld gesagt: „Wenn sie sich mit den Liberalen verbündet, bin ich tot.“ **Neue Partnerschaft** Auch wenn das Ergebnis nun sein Projekt in Frage stellt, präsentierte der sozialliberale Staatschef zwei Tage nach der Wahl wie geplant seine Visionen für Europa. Sie reichen von einer Steuer für Internetgiganten über eine europäische Asylbehörde bis hin zu einer europäischen Eingreiftruppe. Am Ende seiner anderthalbstündigen Rede an der Pariser Traditionsuniversität Sorbonne wandte Macron sich an Deutschland, dem er eine neue Partnerschaft mit einem neuen Elysée-Vertrag vorschlug. Über Kanzlerin Merkel sagte er: „Wir teilen dasselbe Engagement für Europa. Ich weiß, dass sie verletzt ist, wenn sie sieht, dass der nationalistische Diskurs so viele Stimmen bekommen hat. Ich weiß aber auch, dass ihre Antwort weder Rückzug noch Schüchternheit lautet.“ Kritik am Zeitpunkt seiner Rede entkräftete das Umfeld des französischen Präsidenten: „Es ist der richtige Moment, denn wenn wir zu lange warten, sind die Koalitionsgespräche zu weit fortgeschritten und Frankreich hat seine Position nicht bekannt gemacht.“ **Christine Longin** // *Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.*



Zwischen Erleichterung, Jubel und Sorge: Die Bundestagswahl hat weltweit unterschiedlichste Reaktionen hervorgerufen, unter anderem beim Vorsitzenden der polnischen Regierungspartei PiS, Jaroslav Kaczynski, und den Präsidenten der Türkei, der USA und Frankreichs, Recep Tayyip Erdogan, Donald Trump und Emmanuel Macron (von links nach rechts). © picture-alliance/Jan A. Nicolas/dpa/AA/AP Images/abaca/Collage: Stephan Roters

Jubel im Erdogan-Lager

TÜRKEI Beobachter erwarten schwierige Zukunft für die beiderseitigen Beziehungen



Wer sich mit der Türkei anlegt, der zieht den Kürzen: Das ist die triumphierende Einschätzung von Recep Tayyip Erdogan nach der Bundestagswahl. „Die haben gedacht: ‚Wir kriegen jede Menge Prozentpunkte, wenn wir die Türkei attackieren‘“, sagte der türkische Staatspräsident zwei Tage nach der Wahl in einer Rede in Ankara über deutsche Politiker. „Aber jetzt seht Ihr, das funktioniert nicht.“ In Deutschland werde es Monate dauern, bis eine neue Regierung im Amt sein werde, prophezeite er. Erdogan hatte die rund eine Million türkischstämmigen Wähler in der Bundesrepublik aufgerufen, nicht für Union, SPD oder die Grünen zu stimmen. Um eine ähnlich offene Einmischung eines türkischen Regierungspolitikers in eine Bundestagswahl zu finden, muss man bis in die 1990er Jahre zurückgehen. Damals appellierte Ankara an die Deutschen, ihre Stimmabgabe an der Haltung der deutschen Parteien zum türkischen Europastreben zu orientieren. Zwar hat sich der gewiefte Taktiker Erdogan eine Hintertür offen gehalten. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters wenige Tage vor der Wahl betonte der Staatschef, er nehme Bundeskanzlerin Angela Merkel von seiner Kritik an deutschen Politikern aus. Doch solche Feinhei-

»Die dachten: Wir kriegen (...) Prozentpunkte, wenn wir die Türkei attackieren.«

Recep Tayyip Erdogan, Staatspräsident der Türkei

ten gehen in der Schadenfreude der Erdogan-Anhänger nach der Wahl unter. Anders als Merkel, die von Wahl zu Wahl weniger Stimmen erhalte, eile der türkische Präsident seit dem Jahr 2002 von Erfolg zu Erfolg, kommentierte die islamistische Zeitung „Yeni Akit“ zufrieden. Von dieser Warte aus sei festzustellen, dass der Streit der vergangenen Wochen eindeutig zugunsten von Erdogan ausgegangen sei. Der türkische Präsident sei inzwischen eine „weltbekannte Marke“ in der Politik und der eigentliche Wahlsieger von Berlin. Türkischstämmige Wähler in Deutschland hätten aus Protest gegen die deutsche Politik den Namen Erdogan auf ihren Wahlzetteln geschrieben, freute sich „Yeni Akit“. Erdogan als Sieger der deutschen Wahl? Längst nicht alle Bürger am Bosphorus sehen das so, vor allem angesichts des Erfolges der rechtspopulistischen AfD. „Denkt doch mal nach, was das für die Türkei und Muslime in Deutschland und Europa bedeutet“, sagt ein Istanbul-Bürger, der seinen Namen nicht nennen will. Auch Mehmet Tezkan, Kolumnist der Zeitung „Milliyet“, ist überzeugt, dass nun „schwere Zeiten“ für die Türkei in Deutschland und die Türkei selbst anbrechen. Merkel werde die Migrationspolitik, etwa beim Thema doppelte Staatsbürgerschaft, verschärfen und deutsche Investitionen in der Türkei erschweren, um die verlorenen Stimmen zurückzugewinnen, schrieb Tezkan.

Seit mehr als einem Jahr folgt im deutsch-türkischen Verhältnis eine Verstimmung auf die nächste. Die Armenien-Resolution des Bundestages im Juni 2016 war der Auftakt einer Dauerkrise, die in türkischen Besuchsverboten für deutsche Bundestagsabgeordnete, der Inhaftierung von Bundesbürgern in der Türkei und deutschen Reiseverboten gipfelte. Erdogan habe zwar kein Interesse an einer weiteren Verschärfung der Krise, urteilt die türkische Journalistin und Deutschland-Kennerin Banu Güven. Insbesondere angesichts deutscher Wirtschaftssanktionen werde es möglicherweise einige Gesten Ankara wie etwa die Freilassung eines der inhaftierten Bundesbürger geben, sagte Güven dem „Parlament“. Doch was eine Rückkehr zu guten politischen Beziehungen insgesamt angeht, ist sie pessimistisch: „Da habe ich keine große Erwartung.“ Auch der frühere türkische Parlamentsabgeordnete Aykan Erdemir, heute bei der US-Denkfabrik „Foundation for Defense of Democracies“, rechnet mit weiteren politischen Turbulenzen. Ankara setze darauf, dass die Bundesregierung damit einverstanden sei, die wirtschaftlichen Beziehungen von der politischen Krise abzukoppeln, sagte Erdemir dem „Parlament“. Doch das sei eine „naive“ Einschätzung. Erdogan habe noch nicht verstanden, dass die Türkei mit Nazi-Vorwürfen an deutsche Politiker, der „Geiselnahme“ für Bundesbürger und der Auflistung deutscher Unternehmen als angebliche Terrorhelfer eine Schwelle überschritten habe.

Susanne Güsten

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

Merkel als Fels in der Brandung

USA Analysten erwarten Kontinuität und ziehen Parallelen zwischen Trump und der AfD



John McCain, das republikanische Urgestein im Senat von Washington, war einer der Schnellsten. Bereits am Wahlabend entbot der ehemalige Präsidentschaftskandidat via Twitter seine Glückwünsche an Angela Merkel und konstatierte: „Die deutsch-amerikanische Allianz ist wichtig und muss stark bleiben.“ Justin Trudeau war am Montag soweit. „Freue mich auf die weitere Zusammenarbeit“, schrieb der kanadische Premierminister. Und Donald Trump? Der Mann, der täglich Millionen Menschen über den Kurznachrichtendienst mit seiner Weltsicht versorgt, blieb drei Tage lang stumm. Zwischen Football, der zum dritten Mal im Kongress gescheiterten Gesundheitsreform und einer humanitären Katastrophe nach Hurrikan Maria fand der amerikanische Präsident keine Zeit, um der Kanzlerin zur Wiederwahl ein paar Worte der Anerkennung zuteil werden zu lassen – oder er wollte keine finden. Ein Telefonat gab es erst am vergangenen Donnerstag. Lange nach den Motiven zu suchen, verkniff sich das um Trumps Unberechenbarkeit zu Genüge wissende politische Washington. Man nimmt stattdessen teils geschäftsmäßig, teils irritiert zur Kenntnis, dass Merksels Startphase in die vierte Amtszeit durch das zweistellige Abschneiden

»Die deutsch-amerikanische Allianz ist wichtig und muss stark bleiben.«

John McCain, Senator

der AfD mit dem Ende einer gewissen Immunisierung einhergeht. Oder wie es Anne Applebaum, Kolumnistin der Washington Post, beschreibt: „Die nationalistische Rechte wird nun eine laute Stimme im regulären Politikbetrieb Deutschland haben – wie bereits in den Niederlanden, Österreich, Frankreich, Polen, England, Ungarn, Schweden, Finnland, Italien und den Vereinigten Staaten.“ Weil die Regierungsbildung in Berlin in all ihren Verästelungen allenfalls politische Feinschmecker bewegt, konzentrieren sich viele Kommentatoren auf die Ursachen für den Einzug der AfD in den Bundestag. Ein Debüt, das für die New York Times einem „zerschlagenen Tabu der Nachkriegsgeschichte“ gleichkommt, während ein anderer Autor des Leitmediums sofort den Vergleich zum amerikanischen Präsidenten zieht: „Alexander Gauland will das Volk zurück von dem, was er als Belastung durch Einwanderer sieht, Trump will ein von Weißen dominiertes Amerika.“ Auch John Moody vom rechtspopulistischen Sender Fox News versuchte, schnell eine Linie zu Trump und der Französin Marine Le Pen zu ziehen. Er konstatierte, dass das Ergebnis für die AfD „ohne Zweifel“ auf Merksels „stures Beharren“ zurückgehe, die Aufnahme von muslimischen Einwanderern als Deutschlands „Verantwortung“ darzustellen. Das war jedoch eine in dieser Ausschließlichkeit klare Einzelmeinung.

Andere Medien erinnern daran, dass 87 Prozent der Stimmen in Deutschland bei anderen Parteien gelandet sind und dass Merkel eine „Gigantin“ sei wie ihre Vorgänger „Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl“. Dass Merkel die „Flügel gestutzt“ worden seien, während ihre „globale Statuer wächst“, findet auch die „Washington Post“ nicht alarmierend. Man geht davon aus, dass die in den USA hoch anerkannte Ostdeutsche weiter ein Fels in der globalen Brandung sein werde. Da passt es, dass Deutschlands US-Botschafter Peter Wittig dem Sender CNBC am Tag nach der Wahl versicherte: „Es wird sehr viel Kontinuität geben, was Deutschlands Rolle in Europa und der Welt angeht.“ Unterdessen gingen regierungnahe Experten davon aus, dass Trump der Dämpfer, den Merksels Union hinnehmen musste, ins Konzept passt. Ausgerechnet am Wahlsonntag stellte er einen neuen Einreise-Bann für Menschen aus mehrheitlich muslimischen dominierten Ländern vor. Auf lange Sicht sieht das konservative Wall Street Journal die „Merkeldämmerung“ aufziehen. Für Trumps ehemalige Rivalin Hillary Clinton dagegen bleibt die Kanzlerin „die zurzeit wichtigste politische Führerin der freien Welt.“ **Dirk Hautkapp** //

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke Mediengruppe.



Wahltag am und im Reichstag



Eine ausländische Journalistin berichtet über die Wahl.

© DBT/Achim Melde



Regie-Mitarbeiter von Fernsehanstalten sitzen vor ihren Geräten.

© DBT/Achim Melde



Bundeswahlleiter Dieter Sarreither verkündet am Nachmittag erste Zahlen zur Wahlbeteiligung.

© DBT/Achim Melde/Collage: Stephan Roters



Marathonläufer und Besucher tummeln sich am Wahlsonntag vor der Westfassade des Reichstags.

© DBT/Achim Melde

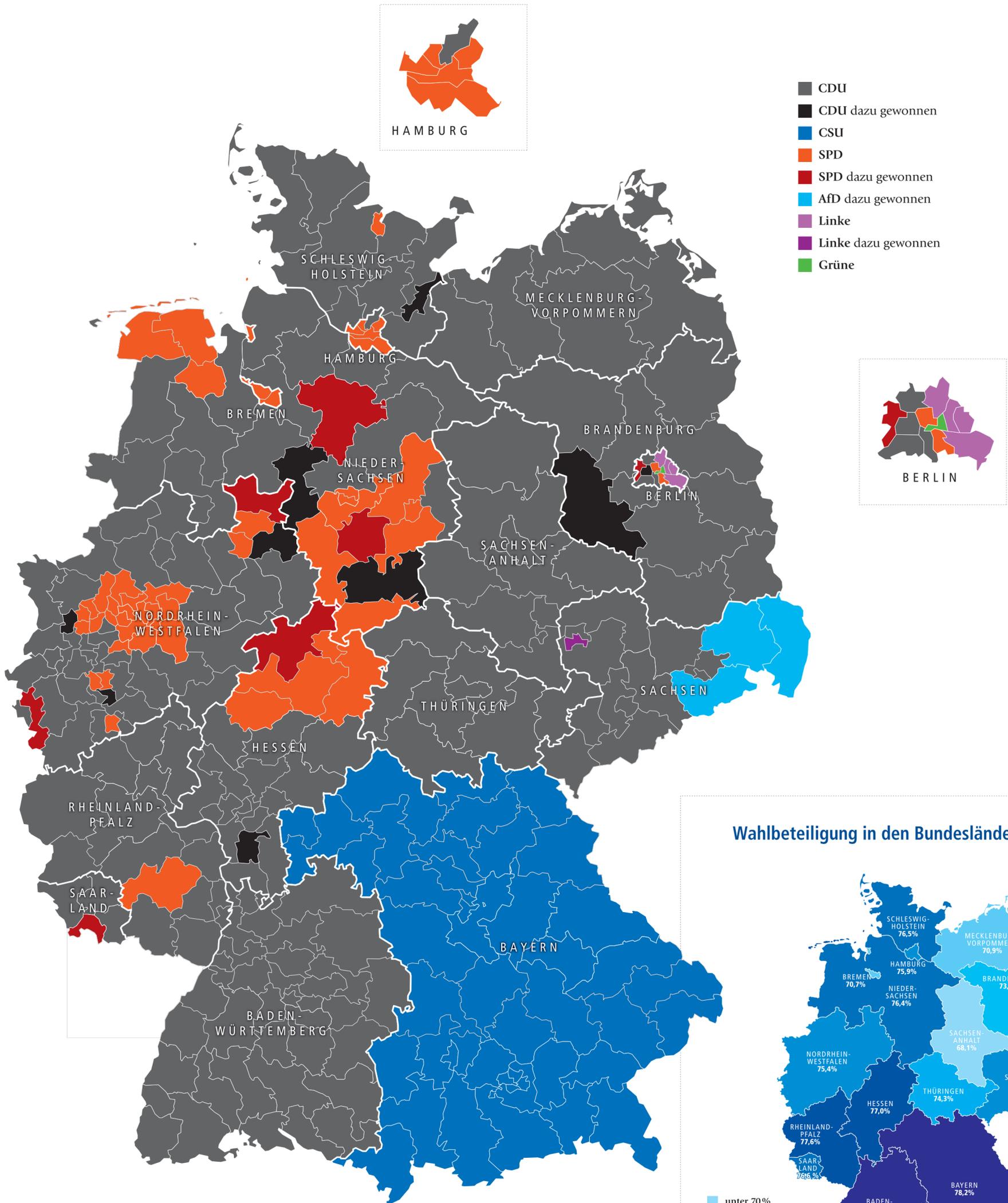


Ein TV-Moderator gibt erste Eindrücke zum Wahltag ab.

© DBT/Achim Melde

Die Direktmandate 2017

Erststimmen-Mehrheiten in den Wahlkreisen



Die 709 Gesichter des Parlaments

ABGEORDNETE Die Mitglieder des 19. Deutschen Bundestages auf einen Blick

46.973.799 von den insgesamt 61.675.529 Wahlberechtigten haben am 24. September von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und über die Zusammensetzung des 19. Deutschen Bundestages entschieden. Das waren 76,2 Prozent der Wahlberechtigten, 4,6 Prozentpunkte mehr als vor vier Jahren. 593.161 Stimmen waren diesmal ungültig. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis gehören dem Parlament in dieser Wahlperiode 709 Abgeordnete von sieben Parteien an, so viele wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von 1998 bis

2002 saßen 672 Politiker im Parlament, in der abgelaufenen Legislaturperiode waren es 631. Mit 246 Abgeordneten bilden CDU (200) und CSU (46) die größte Fraktion. Die SPD wird mit 153 Parlamentariern vertreten sein. Drittstärkste Kraft ist die erstmals im Bundestag vertretene AfD mit 93 Mandaten; Parteichefin Frauke Petry will sich der Fraktion nicht anschließen. Den vierten Platz nimmt die FDP-Fraktion mit 80 Abgeordneten ein. Dann folgen die Linke mit 69 und Bündnis 90/Die Grünen mit 67 Mandatsträgern.



 Abercron, Michael von Wahlkreis 007 Pinneberg	 Albiani, Stephan Landesliste Niedersachsen	 Altenkamp, Norbert M. Wahlkreis 181 Main-Taunus	 Altmair, Peter Wahlkreis 297 Saarlouis	 Amthor, Philipp Wahlkreis 016, Meck- lenburg, Seenplatte I	 Auernhammer, Artur Wahlkreis 241 Ansbach	 Aumer, Peter Wahlkreis 233 Regensburg	 Bär Dorothee Wahlkreis 248 Bad Kissingen	 Bareiß, Thomas Wahlkreis 295, Zollernalb -Sigmaringen	 Barthle, Norbert Wahlkreis 269, Back- nang - Schw. Gmünd		
 Beermann, Maik Wahlkreis 040, Nien- burg II - Schaumburg	 Behrens, Manfred Wahlkreis 067, Börde - Jerichower Land	 Bellmann, Veronika Wahlkreis 161 Mittelsachsen	 Benning, Sybille Wahlkreis 129 Münster	 Berghegger, André Wahlkreis 038 Osnabrück-Land	 Bernstein, Melanie Wahlkreis 006 Plön - Neumünster	 Bernstel, Christoph Wahlkreis 072 Halle	 Beyer, Peter Wahlkreis 105 Mettmann II	 Biadacz, Marc Wahlkreis 260 Böblingen	 Bieberstein, Maren Freier Marschall von, Wahl- kreis 281 Freiburg	 Bilger, Steffen Wahlkreis 265 Ludwigsburg	 Bleser, Peter Wahlkreis 200 Mosel/Rhein-Hunsrück
 Brackmann, Norbert Wahlkreis 010, Lauen- burg - Stormarn-Süd	 Brand, Michael Wahlkreis 174 Fulda	 Brandl, Reinhard Wahlkreis 216 Ingolstadt	 Brauksiepe, Ralf Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Braun, Helge Reinhold Wahlkreis 173 Gießen	 Breher, Silvia Wahlkreis 032 Cloppenburg - Vechta	 Brehm, Sebastian Wahlkreis 244 Nürnberg-Nord	 Brehmer, Heike Wahlkreis 068 Harz	 Brinkhaus, Ralph Wahlkreis 131 Gütersloh I	 Brodessaer, Carsten Wahlkreis 099 Oberbergischer Kreis	 Connermann, Gitta Wahlkreis 025 Unterems	 Damerow, Astrid Wahlkreis 002, Nord- friesland - Dithm. Nord
 Dobrindt, Alexander Wahlkreis 226 Weilheim	 Dött, Marie-Luise Landesliste Nordrhein-Westfalen	 Donth, Michael Wahlkreis 289 Reutlingen	 Durz, Hansjörg Wahlkreis 253 Augsburg-Land	 Erndl, Thomas Wahlkreis 227 Deggendorf	 Färber, Hermann Wahlkreis 263 Göppingen	 Feiler, Uwe W. Wahlkreis 058, Oberha- vel - Havelland II	 Ferlemann, Enak Wahlkreis 029 Cuxhaven - Stade II	 Fischer, Axel Wahlkreis 272 Karlsruhe-Land	 Flachsbarth, Maria F. Landesliste Niedersachsen	 Frei, Thorsten Wahlkreis 286 Schwarzwald-Baar	 Friedrich, Hans-Peter Wahlkreis 239 Hof
 Frieser, Michael Wahlkreis 245 Nürnberg-Süd	 Fuchtel, Hans-Joachim Wahlkreis 280 Calw	 Gädechens, Ingo Wahlkreis 009, Osthol- stein - Stormarn Nord	 Gebhart, Thomas Wahlkreis 211 Südpfalz	 Gerig, Alois Wahlkreis 276 Odenwald - Tauber	 Gienger, Eberhard Wahlkreis 266 Neckar-Zaber	 Gnodtke, Eckhard Wahlkreis 066 Altmark	 Groden-Kranich, Ursula Wahlkreis 205 Mainz	 Gröhe, Hermann Wahlkreis 108 Neuss I	 Gröbler, Klaus-Dieter Wahlkreis 080, Berlin- Charlottenb.-Wilmerds.	 Grosse-Bromer, M. Wahlkreis 036 Harburg	 Grottel, Astrid K. Wahlkreis 028, Del- menhorst-Weserm.
 Grübel, Markus Wahlkreis 261 Esslingen	 Grütters, Monika Landesliste Berlin	 Grund, Manfred Wahlkreis 189, Eichs- feld/Nordhausen/Kyffh.	 Grundmann, Oliver K. Wahlkreis 030 Stade I - Rotenburg II	 Güntzler, Fritz Landesliste Niedersachsen	 Gutting, Olav Wahlkreis 278, Bruch- sal - Schwetzingen	 Haase, Christian Wahlkreis 136 Höxter - Lippe II	 Hahn, Florian Peter Wahlkreis 221 München-Land	 Harbarth, Stephan Wahlkreis 277 Rhein-Neckar	 Hardt, Jürgen Wahlkreis 103, Solin- gen/Remsch./Wuppert.	 Hauer, Matthias Wahlkreis 120 Essen III	 Hauptmann, Mark Wahlkreis 196, Suhl/ Schmalkalden u.a.
 Heider, Matthias Wahlkreis 149 Olpe - Märkischer Kreis	 Heil, Mechthild Wahlkreis 198 Ahrweiler	 Heilmann, Thomas Wahlkreis 079, Berlin- Steglitz-Zehlendorf	 Heinrich, Frank Wahlkreis 162 Chemnitz	 Helfrich, Mark Wahlkreis 003, Stein- burg - Dithmarschen S.	 Henke, Rudolf Wahlkreis 087 Aachen I	 Heinrich, Michael Wahlkreis 262 Nürtingen	 Henrichmann, Marc Wahlkreis 127 Coesfeld - Steinfurt II	 Heveling, Ansgar Wahlkreis 110 Krefeld I - Neuss II	 Hirte, Christian Wahlkreis 190, Eisen- ach - Wartburgkreis	 Hirte, Heribert Wahlkreis 094 Köln II	 Hoffmann, Alexander Wahlkreis 249 Main-Spessart
 Holmeier, Karl Wahlkreis 234 Schwandorf	 Hoppengstedt, Hendrik Wahlkreis 043 Hannover-Land I	 Irstorfer, Erich Wahlkreis 214 Freising	 Immer, Hans-Jürgen Wahlkreis 172 Lahn-Dill	 Jarzombek, Thomas Wahlkreis 106 Düsseldorf I	 Jung, Andreas Wahlkreis 287 Konstanz	 Jung, Ingrid Ludwig Wahlkreis 179 Wiesbaden	 Karl, Alois Wahlkreis 232 Amberg	 Karliczek, Anja Wahlkreis 128 Steinfurt III	 Kartes, Jens Torbjörn Wahlkreis 207 Ludwigshafen/Frankf.	 Kauder, Volker Wahlkreis 285 Rottweil-Tuttlingen	 Kaufmann, Stefan Wahlkreis 258 Stuttgart I
 Kemmer, Ronja Wahlkreis 291 Ulm	 Kiesewetter, Roderich Wahlkreis 270 Aalen-Heidenheim	 Kießling, Michael H. Wahlkreis 224 Starnberg-Landsb./Lech	 Kippels, Georg Wahlkreis 091 Rhein-Erft-Kreis I	 Klein, Volkmar Wahlkreis 148 Siegen-Wittgenstein	 Knoerig, Axel Wahlkreis 033 Diepholz-Nienburg I	 Koeppe, Jens Wahlkreis 057 Uckermark-Barnim I	 Körber, Carsten Wahlkreis 165 Zwickau	 Koob, Markus B. Wahlkreis 176 Hochtaunus	 Krauß, Alexander G. Wahlkreis 164 Erzgebirgskreis I	 Krichbaum, Günther Wahlkreis 279 Pforzheim	 Krings, Günter Wahlkreis 109 Mönchengladbach
 Kruse, Rüdiger Landesliste Hamburg	 Kühne, Roy Wahlkreis 052 Goslar-North.-Osterode	 Kuffer, Michael Wahlkreis 219 München-Süd	 Lämmel, Gottfried A. Wahlkreis 159 Dresden I	 Lamers, Karl Wahlkreis 274 Heidelberg	 Landgraf, Katharina Wahlkreis 154 Leipzig-Land	 Lange, Ulrich Wahlkreis 254 Donau-Ries	 Läubert, Silke Wahlkreis 237 Bayreuth	 Lehmann, Jens Wahlkreis 152 Leipzig I	 Lehrieder, Paul Wahlkreis 251 Würzburg	 Leikert, Katja Wahlkreis 180 Hanau	 Lenz, Andreas Wahlkreis 213 Erding-Ebersberg
 von der Leyen, Ursula Landesliste Niedersachsen	 Lezés, Antje Wahlkreis 201 Kreuznach	 Lindholz, Andrea Wahlkreis 247 Aschaffenburg	 Linnemann, Carsten Wahlkreis 137 Paderborn-Gütersloh III	 Lips, Patricia Wahlkreis 187 Odenwald	 Löbel, Nicolas Wahlkreis 275 Mannheim	 Loos, Bernhard Wahlkreis 217 München-Nord	 Lucczak, Jan-Marco Wahlkreis 081 Berlin-Tempel-Schöneb.	 Ludwig, Daniela Wahlkreis 222 Rosenheim	 Maag, Karin Wahlkreis 259 Stuttgart II	 Magwas, Yvonne Wahlkreis 166 Vogtlandkreis	 Maizière, Thomas de Wahlkreis 155 Meißen



Mannes, Astrid
Wahlkreis 186
Darmstadt



Marwitz, Hans-G. v.d.
Wahlkreis 059
Märkisch-Oderl.-Barn. II



Mattfeldt, Andreas
Wahlkreis 034
Osterholz-Verden



Mayer, Stephan
Wahlkreis 212
Altötting



Meister, Michael G.
Wahlkreis 188
Bergstraße



Merkel, Angela D.
Wahlkreis 015
Vorp.-Rüg.-Vorp.-Greifs.



Metzler, Jan
Wahlkreis 206
Worms



Michelbach, Hans G.
Wahlkreis 238
Coburg



Middelberg, Mathias
Wahlkreis 039
Stadt Osnabrück



Möring, Karsten
Wahlkreis 093
Köln I



Monstadt, Dietrich
Wahlkreis 12
Schwerin-Ludw.-Parch I



Mortler, Marlene
Wahlkreis 246
Roth



Motschmann, Elisabeth
Landesliste
Bremen



Müller, Axel
Wahlkreis 294
Ravensburg



Müller, Carsten
Landesliste
Niedersachsen



Müller, Gerhard
Wahlkreis 256
Oberallgäu



Müller, Sepp
Wahlkreis 070
Dessau-Wittenberg



Müller, Stefan
Wahlkreis 242
Erlangen



Nick, Andreas
Wahlkreis 204
Montabaur



Nicolaisen, Petra
Wahlkreis 001
Flensburg-Schleswig



Noll, Michaela
Wahlkreis 104
Mettmann I



Nüßlein, Georg
Wahlkreis 255
Neu-Ulm



Oellers, Wilfried
Wahlkreis 089
Heinsberg



Obner, Florian
Wahlkreis 228
Landshut



Oster, Josef
Wahlkreis 199
Koblenz



Otte, Henning
Wahlkreis 044
Celle-Uelzen



Pantel, Sylvia
Wahlkreis 107
Düsseldorf II



Patzelt, Martin M.
Wahlkreis 063
Frankfurt/Oder - O.-Spr.



Pfeiffer, Joachim
Wahlkreis 264
Waiblingen



Pilsinger, Stephan
Wahlkreis 020
München-West/Mitte



Ploß, Christoph J.
Wahlkreis 021
Hamburg-Nord



Pöls, Eckhard
Wahlkreis 037
Lüchow-Dann.-Lüneb.



Rachel Thomas
Wahlkreis 090
Düren



Radomski, Kerstin
Wahlkreis 114
Krefeld II - Wesel II



Radwan, Alexander G.
Wahlkreis 223
Bad Tölz-Wolfr.-Miesb.



Rainer, Alois G.
Wahlkreis 231
Straubing



Ramsauer, Peter
Wahlkreis 225
Traunstein



Rehberg, Eckhard H.
Wahlkreis 017
Mecklenb. Seenplatte II



Riebsamen, Lothar
Wahlkreis 293
Bodensee



Rief, Josef
Wahlkreis 292
Biberach



Röring, Johannes A.
Wahlkreis 126
Borken II



Röttgen, Norbert
Wahlkreis 098
Rhein-Sieg-Kreis II



Rouenhoff, Stefan
Wahlkreis 112
Kleve



Rüddel, Erwin
Wahlkreis 197
Neuwied



Rupprecht, Albert
Wahlkreis 235
Weiden



Sauer, Stefan
Wahlkreis 184
Groß-Gerau



Schäfer, Anita
Wahlkreis 210
Pirmasens



Schäuble, Wolfgang
Wahlkreis 284
Offenburg



Scheuer, Andreas F.
Wahlkreis 229
Passau



Schimke, Jana
Wahlkreis 062
Dahme-Spreewald



Schipanski Tankred
Wahlkreis 192
Gotha-Ilm-Kreis



Schmidt, Christian
Wahlkreis 243
Fürth



Schmidtke, Claudia
Wahlkreis 011
Lübeck



Schnieder, Patrick
Wahlkreis 202
Bitburg



Schön, Nadine
Wahlkreis 298
St. Wendel



Schreiner, Felix
Wahlkreis 288
Waldshut



Schulze, Klaus-Peter
Wahlkreis 064
Cottbus-Spree-Neiße



Schummer, Uwe
Wahlkreis 111
Viersen



Schuster, Armin
Wahlkreis 282
Lörrach-Mülheim



Schweiger, Torsten
Wahlkreis 074
Mansfeld



Seif, Detlef
Wahlkreis 092
Euskirchen-Rh.-Er.-Kr. II



Selle, Johannes
Wahlkreis 191
Jena-Somm.-Weim.-L. I



Sendker, Reinhold
Wahlkreis 130
Warendorf



Sensburg, Patrick E.
Wahlkreis 147
Hochsauerlandkreis



Silberhorn, Thomas
Wahlkreis 236
Bamberg



Simon, Björn M.
Wahlkreis 185
Offenbach



Sorge, Tino
Wahlkreis 069
Magdeburg



Spahn, Jens
Wahlkreis 124
Steinfurt I - Borken I



Staffler, Katrin
Wahlkreis 215
Fürstenfeldbruck



Steffel, Frank
Wahlkreis 077
Berlin-Reinickendorf



Stefinger, Armin
Wahlkreis 218
München-Ost



Stegemann, Albert
Wahlkreis 031
Mitteldeutsches



Steier, Andreas
Wahlkreis 203
Trier



Stein, Peter
Wahlkreis 14
Rostock-LK Rostock II



Steineke, Sebastian
Wahlkreis 56
Priegnitz



Steinger, Johannes
Wahlkreis 208
Neustadt-Speyer



Stetten, Christian von
Wahlkreis 268
Schwäbisch-Hall



Stier, Dieter
Wahlkreis 073
Burgenland-Saalekreis



Storz, Gero
Wahlkreis 008
Segeberg-Storm.-Mitte



Stracke, Stephan
Wahlkreis 257
Ostallgäu



Straubinger, Max
Wahlkreis 230
Rottal-Inn



Strenz, Karin
Wahlkreis 013
Ludwigslust



Stübgen, Michael
Wahlkreis 065
Elbe-Elster



Tauber, Peter M.
Wahlkreis 175
Main-Kinzig



Tebroke, Hermann-Josef
Wahlkreis 100
Rheinisch-Bergischer Kr.



Thies, Hans-Jürgen
Wahlkreis 146
Soest



Throm, Alexander
Wahlkreis 267
Heilbronn



Tiemann, Dietlind
Wahlkreis 060
Brandenburg a.d. Havel



Tillmann, Antje
Wahlkreis 193
Erfurt-Weimar



Uhl, Markus A.
Wahlkreis 299
Homburg



Ullrich, Volker M.
Wahlkreis 252
Augsburg-Stadt



Vaatz, Arnold
Wahlkreis 160
Dresden II - Bautzen II



Veith, Oswin
Wahlkreis 177
Wetterau I



Vieregge, Karin
Wahlkreis 135
Lippe I



Vogel, Volkmar
Wahlkreis 194
Gera-Greiz-Altbn. Ld.



Vries, Christoph B. de
Landesliste
Hamburg



Vries, Kees de
Wahlkreis 071
Anhalt



Wadepuhl, Johann D.
Wahlkreis 004
Rendsburg-Eckernförde



Wandernitz, Marco
Wahlkreis 163
Chemnitz Umland



Wegner, Kai
Landesliste
Berlin



Weiler, Albert H.
Wahlkreis 195
Saalfeld-Rudolstadt



Weinberg, Marcus
Landesliste
Hamburg



Weisgerber, Anja
Wahlkreis 250
Schweinfurt



Weiß, Peter S.
Wahlkreis 283
Emmendingen-Lahr



Weiß, Sabine K.
Wahlkreis 113
Wesel I



Wellenreuther, Ingo
Wahlkreis 271
Karlsruhe-Stadt



Wendt, Marian
Wahlkreis 151
Nordsachsen



Whittaker, Kai
Wahlkreis 273
Rastatt



Widmann-Mauz, A.
Wahlkreis 290
Tübingen



Wiesmann, Bettina M.
Wahlkreis 183
Frankfurt am Main II



Willsch, Klaus-Peter
Wahlkreis 178
Rheingau-Taunus



Winkelmeier-Becker, E.
Wahlkreis 097
Rhein-Sieg-Kreis I



Wittke, Oliver
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Zeulner, Emmi
Wahlkreis 240
Kulmbach



Ziemak, Paul
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Zimmer, Matthias R.
Wahlkreis 182
Frankfurt am Main



Annen, Niels
Wahlkreis 20
Hamburg-Eimsbüttel



Arndt-Brauer, Ingrid
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Baehrens, Heike
Landesliste
Baden-Württemberg



Bahr, Ulrike
Landesliste
Bayern



Barley, Katarina
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Barnett, Doris
Landesliste
Rheinland-Pfalz





Grise, Kerstin Landesliste Nordrhein-Westfalen; Groß, Michael Wahlkreis 122 Recklinghausen II; Grötsch, Uli Landesliste Bayern; Hagedorn, Bettina Landesliste Schleswig-Holstein; Hagl-Kehl Landesliste Bayern; Hakverdi, Metin Wahlkreis 23 Hamburg-Bergedorf; Hartmann, Sebastian Landesliste Nordrhein-Westfalen; Heidenblut, Dirk Wahlkreis 119 Essen II; Heil, Hubertus Wahlkreis 45 Gifhorn-Peine; Heinrich, Gabriela Landesliste Bayern; Heid, Marcus Landesliste Rheinland-Pfalz



Hellnich, Wolfgang Landesliste Nordrhein-Westfalen; Hendricks, Barbara Landesliste Nordrhein-Westfalen; Herzog, Gustav Wahlkreis 209 Kaiserslautern; Hiller-Ohm, Gabriele Landesliste Schleswig-Holstein; Hitschler, Thomas Landesliste Rheinland-Pfalz; Högl, Eva Wahlkreis 75 Berlin-Mitte; Junge, Frank Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Juratovic, Josip Landesliste Baden-Württemberg; Jurk, Thomas Landesliste Sachsen; Kaczmarek, Oliver Wahlkreis 144 Unna I; Kahrs, Johannes Wahlkreis 18 Hamburg-Mitte; Kaiser, Elisabeth Landesliste Thüringen



Kapschack, Ralf Wahlkreis 139 Ennepe-Ruhr-Kreis II; Kaczmarek, Gabriele Landesliste Baden-Württemberg; Kelber, Ulrich Wahlkreis 96 Bonn; Kiziltepe, Cansel Landesliste Berlin; Klare Arno Wahlkreis 118 Mülheim - Essen I; Klingbeil, Lars Wahlkreis 35 Rotenburg I - Heidekreis; Kofler, Bärbel Landesliste Bayern; Kolbe, Daniela Landesliste Sachsen; Korkmaz, Elvan Landesliste Nordrhein-Westfalen; Kramme Anette Landesliste Bayern; Lambrecht, Christine Landesliste Hessen; Lange, Christian Landesliste Baden-Württemberg



Lauterbach, Karl Wahlkreis 101 Leverkusen - Köln IV; Lindh, Helge Wahlkreis 102 Wuppertal I; Lischka, Burkhard Landesliste Sachsen-Anhalt; Lühmann, Kirsten Landesliste Niedersachsen; Maas, Heiko Landesliste Saarland; Marks, Caren Landesliste Niedersachsen; Mast, Katja Landesliste Baden-Württemberg; Matschie, Christoph Landesliste Thüringen; Mattheis, Hilde Landesliste Baden-Württemberg; Miersch, Matthias Wahlkreis 47 Hannover Land II; Mindrup, Klaus Landesliste Berlin; Mittag, Susanne Landesliste Niedersachsen



Mohrs, Falk Wahlkreis 51 Helmstedt - Wolfsburg; Moll, Claudia Wahlkreis 88 Aachen II; Möller, Siemtje Wahlkreis 26 Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund; Müller, Bettina Landesliste Hessen; Müller, Detlef Landesliste Sachsen; Müntefering, Michelle Wahlkreis 141 Herne - Bochum II; Müntzenich, Rolf Wahlkreis 95 Köln III; Nahles, Andrea Landesliste Rheinland-Pfalz; Nietan, Dietmar Landesliste Nordrhein-Westfalen; Nissen, Ulli Landesliste Hessen; Oppermann, Thomas Wahlkreis 53 Göttingen; Ortel, Josefine Wahlkreis 296 Saarbrücken



Özdemir, Mahmut Wahlkreis 22 Duisburg II; Özoguz, Aydan Wahlkreis 8 Hamburg-Wandsbeck; Petry, Christian Landesliste Saarlund; Pilger, Detlev Landesliste Rheinland-Pfalz; Poschmann, Sabine Wahlkreis 143 Dortmund II; Post, Achim Wahlkreis 134 Minden-Lübbecke I; Post, Florian Landesliste Bayern; Pronold, Florian Landesliste Bayern; Raabe, Sascha Landesliste Hessen; Rabanus, Martin Landesliste Hessen; Reimann, Carola Wahlkreis 50 Braunschweig; Rimkus, Andreas Landesliste Nordrhein-westfalen



Rix, Sönke Landesliste Schleswig-Holstein; Rohde, Dennis Wahlkreis 27 Oldenburg-Ammerland; Rosemann, Martin Landesliste Baden-Württemberg; Rospel, René Wahlkreis 138 Hagen-Ennepe-Ruhr-Kreis I; Rossmann, Ernst Dieter Landesliste Schleswig-Holstein; Roth, Michael Wahlkreis 169 Werra-Meißner-Hersfeld-Rotenburg; Rührich, Susann Landesliste Sachsen; Rützel, Bernd Landesliste Bayern; Ryglowski Sarah Wahlkreis 54 Bremen I; Saathoff, Johann Wahlkreis 24 Aurich - Emden; Schäfer, Axel Wahlkreis 140 Bochum I; Scheer, Nina Landesliste Schleswig-Holstein



Schieder, Marianne Landesliste Bayern; Schiefner, Udo Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schmid, Nils Landesliste Baden-Württemberg; Schmidt, Uwe Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven; Schmidt, Ulla Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schmidt, Dagmar Landesliste Hessen; Schneider, Carsten Landesliste Thüringen; Schrapf, Johannes Wahlkreis 46 Hainleins-Pyrmont-Holzwinden; Schrodi, Michael Landesliste Bayern; Schüle, Manja Wahlkreis 61 Potsdam-Potsdam-Mittelmark II; Schulte, Ursula Landesliste Nordrhein-Westfalen; Schulz, Martin Landesliste Nordrhein-Westfalen



Schulz, Swen Wahlkreis 78 Berlin-Spanndau - Charlottenburg Nord; Schurer, Ewald Landesliste Bayern; Schwabe, Frank Wahlkreis 121 Recklinghausen I; Schwartz, Stefan Wahlkreis 133 Herford-Minden-Lübbecke II; Schwarz, Andreas Landesliste Bayern; Schwarzelühr-Sutter, Rita Landesliste Baden-Württemberg; Spiering, Rainer Landesliste Niedersachsen; Stadler, Svenja Landesliste Niedersachsen; Stamm-Fibich, Martina Landesliste Bayern; Steffen, Sonja Landesliste Mecklenburg-Vorpommern; Stein, Jens Wahlkreis 5 Kiel; Tack, Kerstin Wahlkreis 41 Hannover I



Tausend, Claudia Landesliste Bayern; Theys, Michael Wahlkreis 145 Hamm - Unna II; Töns, Markus Wahlkreis 123 Gelsenkirchen; Vogt, Ute Landesliste Baden-Württemberg; Vögel Dirk Wahlkreis 117 Oberhausen - Wesel III; Weber, Gabi Landesliste Rheinland-Pfalz; Westphal, Bernd Wahlkreis 48 Hildesheim; Wiese, Dirk Landesliste Nordrhein-Westfalen; Yücel, Gülistan Landesliste Nordrhein-Westfalen; Ziegler, Dagmar Landesliste Brandenburg; Zierke, Stefan Landesliste Brandenburg; Zimmermann, Jens Landesliste Hessen



Baumann, Bernd Landesliste Hamburg; Bernhard, Marc Landesliste Baden-Württemberg; Bleck, Andreas Landesliste Rheinland-Pfalz; Boehringer, Peter Chr. P. Landesliste Bayern; Brandner, Stephan Landesliste Thüringen; Braun, Jürgen Landesliste Baden-Württemberg; Bühl, Marcus Landesliste Thüringen; Büttner, Matthias Landesliste Sachsen-Anhalt; Bystron, Petr Landesliste Bayern



Chrupalla, Tino Wahlkreis 157 Görlitz; Cotar, Joana Eleonora Landesliste Hessen; Curio, Gottfried Landesliste Berlin; Droese, Siebert Landesliste Sachsen; Ehrhorn, Thomas Landesliste Niedersachsen; Elsner von Gronow, G. H. Landesliste Nordrhein-Westfalen; Ependiller, Michael Landesliste Nordrhein-Westfalen; Felser, Peter Landesliste Bayern; Friedhoff, Dietmar Landesliste Niedersachsen; Friesen, Anton Landesliste Thüringen; Frömming, Götz Landesliste Berlin; Frohmaier, Markus Landesliste Baden-Württemberg



Gauland, Alexander Landesliste Brandenburg; Gehrke, Axel Landesliste Schleswig-Holstein; Glaser, Albrecht Landesliste Hessen; Giminder, Franziska Landesliste Baden-Württemberg; Gottberg, Wilhelm von Landesliste Niedersachsen; Gottschalk, Kay Landesliste Nordrhein-Westfalen; Hampel, Armin-Paulus Landesliste Niedersachsen; Harde-Kühnel, Mariana Iris Landesliste Hessen; Hartmann, Verena Landesliste Sachsen; Hartwig, Roland Landesliste Nordrhein-Westfalen; Haug, Jochen Landesliste Nordrhein-Westfalen; Hebner, Martin Landesliste Bayern



Fraktionslos



Anzeige

Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse deutscher Parteien



Entscheidungsmuster in deutschen Parteien und die Zukunft der Parteiendemokratie
Von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Jan Schoofs, Dr. Niko Switek, Dr. Stefan Thierse und Dr. Kristina Weissenbach, M.A.
2017, ca. 250 S., brosch., ca. 19,90 €
ISBN 978-3-8329-7974-4
eISBN 978-3-8452-4285-9
(Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland)
nomos-shop.de/19951
Erscheint ca. 4. Quartal 2017

Der Abschlussband der Reihe *Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland* führt systematisch die Erkenntnisse der Parteienbände zu Mustern der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung zusammen und wagt anhand aktueller Entwicklungen, organisatorischer Reformbestrebungen und der Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 einen Ausblick auf die Zukunft der Parteiendemokratie in Deutschland.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Toncar, Florian
Landesliste
Baden-Württemberg



Ullmann, Andrew
Landesliste
Bayern



Ullrich, Gerald
Landesliste
Thüringen



Vogel, Johannes
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Weeser, Sandra
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Westig, Nicole
Landesliste
Nordrhein-westfalen



IM BUNDESTAG



Achelwilm, Doris
Landesliste
Bremen



Akbulut, Gökay
Landesliste
Baden-Württemberg



Ali, Amira Mohamed
Landesliste
Niedersachsen



Barrientos, Simone
Landesliste
Bayern



Bartsch, Dietmar
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Beutin, Lorenz Gosta
Landesliste
Schleswig-Holstein



Birkwald, Matthias W.
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Bluhm, Heidrun
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Brandt, Michel
Landesliste
Baden-Württemberg



Buchholz, Christine
Landesliste
Hessen



Bull-Bischoff, Birke
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Cézanne, Jörg
Landesliste
Hessen



Dagdelen, Sevim
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



De Masi, Fabio
Landesliste
Hamburg



Dehm, Dieter
Landesliste
Niedersachsen



Domscheit-Berg, Anke
Landesliste
Brandenburg



Ernst, Klaus
Landesliste
Bayern



Fersch, Susanne
Landesliste
Bayern



Freilhold, Brigitte
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Gabelmann, Sylvia
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Gohlke, Nicole
Landesliste
Bayern



Gysi, Gregor
Wahlkreis 84
Berlin-Treptow-Köpenick



Hänsel, Heike
Landesliste
Baden-Württemberg



Hahn, André
Landesliste
Sachsen



Hunko, Andrej
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Höhn, Matthias
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Jelpke, Ulla
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kassner, Kerstin
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Kessler, Achim
Landesliste
Hessen



Kipping, Katja
Landesliste
Sachsen



Korte, Jan
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Krellmann, Jutta
Landesliste
Niedersachsen



Lay, Caren
Landesliste
Sachsen



Leidig, Sabine
Landesliste
Hessen



Lenkert, Ralph
Landesliste
Thüringen



Leutert, Michael
Landesliste
Sachsen



Liebich, Stefan
Wahlkreis 76
Berlin-Pankow



Lötzscht, Gesine
Wahlkreis 86
Berlin-Lichtenberg



Lutze, Thomas
Landesliste
Saarland



Meiser, Pascal
Landesliste
Berlin



Movassat, Niema
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Möhrig, Cornelia
Landesliste
Schleswig-Holstein



Müller, Norbert
Landesliste
Brandenburg



Nastic, Zaklin
Landesliste
Hamburg



Neu, Alexander
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Nord, Thomas
Landesliste
Brandenburg



Pau, Petra
Wahlkreis 85
Berlin-Marzahn-Hellersdorf



Pellmann, Sören
Wahlkreis 153
Leipzig II



Perli, Victor
Landesliste
Niedersachsen



Pflüger, Tobias
Landesliste
Baden-Württemberg



Remmers, Ingrid
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Renner, Martina
Landesliste
Thüringen



Rießinger, Bernd
Landesliste
Baden-Württemberg



Schreiber, Eva
Landesliste
Bayern



Sitte, Petra
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Sommer, Evrim
Landesliste
Berlin



Steinke, Kersten
Landesliste
Thüringen



Straetmanns, Friedrich
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Tackmann, Kirsten
Landesliste
Brandenburg



Tatti, Jessica
Landesliste
Baden-Württemberg



Ulrich, Alexander
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Vogler, Kathrin
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Wagenknecht, Sahra
Landesliste
Nordrhein-westfalen



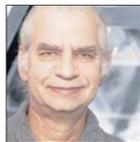
Wagner, Andreas
Landesliste
Bayern



Weinberg, Harald
Landesliste
Bayern



Werner, Katrin
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Zebel, Hubertus
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Zimmermann, Sabine
Landesliste
Sachsen



Zimmermann, Pia
Landesliste
Niedersachsen



Amtsberg, Luise
Landesliste
Schleswig-Holstein



Andrea, Kerstin
Landesliste
Baden-Württemberg



Badum, Lisa
Landesliste
Bayern



Baerbock, Annalena
Landesliste
Brandenburg



Bause, Mararete
Landesliste
Bayern



Bayaz, Danyal
Landesliste
Baden-Württemberg



Bayram, Canan
Wahlkreis 83
Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg



Brantner, Franziska
Landesliste
Baden-Württemberg



Brügger, Agnieszka
Landesliste
Baden-Württemberg



Christmann, Anna
Landesliste
Baden-Württemberg



Deligöz, Ekin
Landesliste
Bayern



Dörner, Katja
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Dröge, Katharina
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Ebner, Harald
Landesliste
Baden-Württemberg



Gastel, Matthias
Landesliste
Baden-Württemberg



Gehring, Kai
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Gelbhaar, Stefan
Landesliste
Berlin



Göring-Eckardt, Katrin
Landesliste
Thüringen



Grundl, Erhard
Landesliste
Bayern



Hajduk, Anja
Landesliste
Hamburg



Haßelmann, Britta
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Hoffmann, Bettina
Landesliste
Hessen



Hofreiter, Anton
Landesliste
Bayern



Holtz, Ottmarvon
Landesliste
Niedersachsen



Janecek, Dieter
Landesliste
Bayern



Kappert-Gonther, Kirsten
Landesliste
Bremen



Kekeritz, Uwe
Landesliste
Bayern



Keul, Katja
Landesliste
Niedersachsen



Kindler, Sven-Christian
Landesliste
Niedersachsen



Klein-Schmeink, Maria
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kotting-Uhl, Sylvia
Landesliste
Baden-Württemberg



Krischer, Oliver
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Kühn, Christ
Landesliste
Baden-Württemberg



Kühn, Stephan
Landesliste
Sachsen



Künast, Renate
Landesliste
Berlin



Kurth, Markus
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Lazar, Monika
Landesliste
Sachsen



Lehmann, Sven
Landesliste
Nordrhein-westfalen



Lemke, Steffi
Landesliste
Sachsen-Anhalt



Lindner, Tobias
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Mihalic, Irene
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Müller, Claudia
Landesliste
Mecklenburg-Vorpommern



Müller-Gemmeke, Beate
Landesliste
Baden-Württemberg



Nestle, Ingrid
Landesliste
Schleswig-Holstein



Notz, Konstantin von
Landesliste
Schleswig-Holstein



Nouripour, Omid
Landesliste
Hessen



Ostendorff, Friedrich
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Özdemir, Cem
Landesliste
Baden-Württemberg



Paus, Lisa
Landesliste
Berlin



Polat, Filiz
Landesliste
Niedersachsen



Röbner, Tabea
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Roth, Claudia
Landesliste
Bayern



Rottmann, Manuela
Landesliste
Bayern



Rüffer, Corinna
Landesliste
Rheinland-Pfalz



Sarazin, Manuel
Landesliste
Hamburg



Schauws, Ulle
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schick, Gerhard
Landesliste
Baden-Württemberg



Schmidt, Frithjof
Landesliste
Nordrhein-Westfalen



Schmidt, Stefan
Landesliste
Bayern



Schulz-Asche, Kordula
Landesliste
Hessen

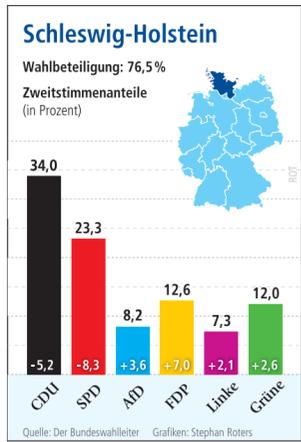


Stengmann-Khn, Wolfgang
Landesliste
Hessen



Die gewählten Wahlkreis- und Listenbewerber

„Das Parlament“ dokumentiert nachfolgend das vorläufige amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2017 in den 299 Wahlkreisen. Berücksichtigt werden die im Bundestag vertretenen Parteien.



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 1: Flensburg – Schleswig
Wahlbeteiligung: 76,2 (71,7)
CDU: 40,0 (42,5), 34,2 (38,2)
SPD: 28,0 (37,2), 23,7 (32,6)
AfD: 6,2 (3,3), 6,8 (4,1)
FDP: 6,5 (1,9), 11,1 (5,0)
Linke: 7,1 (4,6), 8,2 (5,7)
Grüne: 10,5 (7,8), 13,1 (9,8)
Gewählt: Petra Nicolaisen (CDU)

Wahlkreis 2: Nordfriesland – Dithmarschen Nord
Wahlbeteiligung: 74,7 (70,6)
CDU: 45,1 (49,8), 38,3 (43,4)
SPD: 25,2 (32,1), 22,5 (29,7)
AfD: 5,9 (3,1), 6,5 (3,8)
FDP: 8,1 (2,4), 13,1 (6,4)
Linke: 5,2 (3,6), 6,2 (4,4)
Grüne: 9,5 (6,5), 11,0 (8,1)
Gewählt: Astrid Damerow (CDU)

Wahlkreis 3: Steinburg – Dithmarschen Süd
Wahlbeteiligung: 75,0 (71,5)
CDU: 41,9 (45,4), 36,2 (41,9)
SPD: 26,1 (34,0), 22,7 (30,8)
AfD: 7,6 (3,6), 8,5 (4,4)
FDP: 11,0 (5,1), 13,2 (6,2)
Linke: 5,5 (3,9), 6,7 (5,0)
Grüne: 6,7 (5,1), 9,9 (7,6)
Gewählt: Mark Helfrich (CDU)

Wahlkreis 4: Rendsburg – Eckernförde
Wahlbeteiligung: 78,8 (75,2)
CDU: 42,7 (45,2), 36,2 (40,8)
SPD: 28,9 (36,8), 22,9 (31,5)
AfD: 6,8 (3,4), 7,4 (4,4)
FDP: 6,5 (1,9), 12,2 (5,5)
Linke: 5,2 (3,3), 7,4 (4,4)
Grüne: 9,0 (7,0), 12,4 (9,3)
Gewählt: Johann Wadephul (CDU)

Wahlkreis 5: Kiel
Wahlbeteiligung: 74,0 (71,4)
CDU: 30,5 (33,1), 26,6 (30,3)
SPD: 31,1 (43,0), 23,9 (34,7)
AfD: 6,1 (2,8), 6,9 (3,7)
FDP: 7,5 (2,1), 11,6 (5,3)
Linke: 7,4 (5,3), 10,3 (6,9)
Grüne: 14,4 (10,0), 17,2 (14,1)
Gewählt: Jens Stein (CDU)

Wahlkreis 6: Plön – Neumünster
Wahlbeteiligung: 75,3 (72,7)
CDU: 40,7 (43,7), 33,5 (38,8)
SPD: 28,9 (37,5), 23,8 (32,7)
AfD: 7,8 (3,9), 8,6 (4,7)
FDP: 7,2 (1,9), 12,6 (5,4)
Linke: 5,4 (3,8), 6,5 (4,8)
Grüne: 9,0 (6,4), 12,5 (9,2)
Gewählt: Melanie Bernstein (CDU)

Wahlkreis 7: Pinneberg
Wahlbeteiligung: 79,0 (76,0)
CDU: 39,7 (45,4), 34,3 (40,6)
SPD: 30,3 (36,1), 22,9 (31,2)
AfD: 7,9 (3,8), 8,6 (4,8)
FDP: 7,8 (1,9), 13,3 (5,6)
Linke: 6,1 (3,9), 7,0 (5,0)
Grüne: 8,3 (6,4), 11,4 (8,6)
Gewählt: Michael von Abercron (CDU)

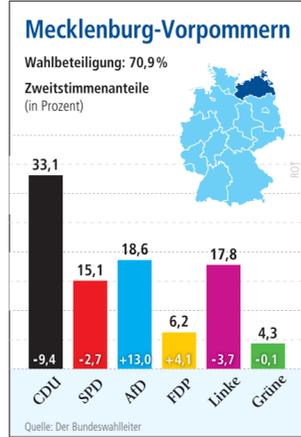
Wahlkreis 8: Segeberg – Stormarn-Mitte
Wahlbeteiligung: 78,6 (75,0)
CDU: 41,1 (45,4), 34,6 (40,8)
SPD: 27,3 (35,3), 22,4 (30,1)
AfD: 8,2 (3,8), 8,9 (5,0)
FDP: 8,1 (2,1), 13,6 (5,8)
Linke: 5,7 (3,9), 6,9 (5,0)
Grüne: 8,3 (6,1), 10,9 (8,6)
Gewählt: Gero Storjohann (CDU)

Wahlkreis 9: Ostholstein – Stormarn-Nord
Wahlbeteiligung: 76,3 (73,3)
CDU: 41,5 (45,9), 35,6 (41,2)
SPD: 30,8 (37,1), 24,6 (31,5)
AfD: 7,9 (3,8), 8,6 (5,0)
FDP: 7,3 (2,3), 13,2 (6,2)
Linke: 4,4 (3,4), 6,0 (4,3)
Grüne: 6,9 (5,5), 9,8 (8,0)
Gewählt: Ingo Gädechens (CDU)

Wahlkreis 10: Herzogtum Lauenburg – Stormarn Süd
Wahlbeteiligung: 79,1 (75,8)
CDU: 39,5 (45,2), 34,4 (40,6)
SPD: 27,2 (34,6), 22,3 (29,7)
AfD: 9,1 (4,6), 9,8 (5,6)
FDP: 8,2 (2,2), 13,6 (6,0)
Linke: 5,1 (3,8), 6,5 (4,9)
Grüne: 9,7 (7,0), 10,8 (9,1)
Gewählt: Norbert Brackmann (CDU)

Wahlkreis 11: Lübeck
Wahlbeteiligung: 72,1 (68,6)
CDU: 35,3 (36,5), 29,5 (34,2)
SPD: 33,8 (40,7), 25,4 (34,1)
AfD: 8,6 (3,4), 8,9 (4,3)
FDP: 6,5 (2,4), 10,9 (4,8)
Linke: - (5,4), 9,4 (6,5)
Grüne: 13,0 (7,7), 12,8 (11,1)
Gewählt: Claudia Schmidtke (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber
SPD: Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Nina Scheer, Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm
AfD: Bruno Hollnagel, Axel Gehrke, FDP: Wolfgang Kubicki, Bernd Buchholz, Christine Aschenberg-Dugnus
Linke: Cornelia Möhring, Lorenz Gösta Beutin
Grüne: Luise Amtsberg, Konstantin von Notz, Ingrid Nestle



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 12: Schwerin – Ludwigslust-Parchim I – Nordwestmecklenburg I
Wahlbeteiligung: 72,5 (67,5)
CDU: 32,1 (39,0), 32,9 (40,3)
SPD: 22,1 (25,9), 18,6 (21,6)
AfD: 16,0 (-), 16,5 (5,3)
FDP: 4,8 (1,5), 6,4 (2,3)
Linke: 17,2 (22,2), 16,7 (20,4)
Grüne: 3,8 (3,6), 4,3 (4,5)
Gewählt: Dietrich Monstadt (CDU)

Wahlkreis 13: Ludwigslust-Parchim II – Nordwestmecklenburg II – Landkreis Rostock I
Wahlbeteiligung: 71,3 (65,6)
CDU: 30,0 (43,0), 33,7 (42,1)
SPD: 24,0 (22,8), 17,2 (19,7)
AfD: 17,4 (-), 17,7 (5,3)
FDP: 5,7 (1,6), 6,2 (2,2)
Linke: 16,2 (22,9), 16,8 (21,3)
Grüne: 4,0 (3,4), 3,8 (4,0)
Gewählt: Karin Strenz (CDU)

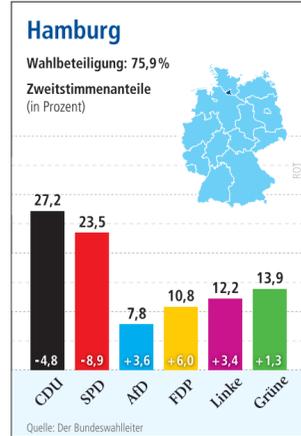
Wahlkreis 14: Rostock – Landkreis Rostock II
Wahlbeteiligung: 73,7 (68,3)
CDU: 29,5 (35,1), 30,5 (37,9)
SPD: 17,9 (18,3), 15,8 (19,2)
AfD: 14,7 (-), 15,5 (5,4)
FDP: 4,5 (1,1), 6,6 (1,9)
Linke: 24,8 (30,7), 20,7 (23,7)
Grüne: 5,1 (7,5), 6,3 (6,5)
Gewählt: Peter Stein (CDU)

Wahlkreis 15: Vorpommern-Rügen – Vorpommern-Greifswald I
Wahlbeteiligung: 70,4 (64,3)
CDU: 44,0 (56,2), 32,9 (45,0)
SPD: 11,6 (14,0), 12,2 (14,6)
AfD: 19,2 (-), 19,6 (6,6)
FDP: 3,1 (0,8), 6,9 (2,6)
Linke: 15,9 (19,3), 18,0 (20,6)
Grüne: 3,0 (3,1), 5,1 (4,8)
Gewählt: Angela Merkel (CDU)

Wahlkreis 16: Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II
Wahlbeteiligung: 69,5 (63,6)
CDU: 31,2 (45,9), 33,5 (44,9)
SPD: 13,9 (15,7), 12,3 (14,8)
AfD: 23,5 (-), 23,0 (6,0)
FDP: 5,8 (1,8), 5,6 (2,0)
Linke: 19,1 (23,9), 17,6 (21,6)
Grüne: 2,5 (2,3), 2,6 (2,7)
Gewählt: Philipp Amthor (CDU)

Wahlkreis 17: Mecklenburgische Seenplatte II – Landkreis Rostock III
Wahlbeteiligung: 68,0 (62,6)
CDU: 37,6 (47,0), 35,8 (45,1)
SPD: 15,7 (18,7), 14,5 (17,2)
AfD: 18,4 (-), 19,2 (5,1)
FDP: 4,7 (1,5), 5,8 (2,1)
Linke: 17,3 (22,7), 16,9 (21,5)
Grüne: 3,3 (3,1), 3,2 (3,3)
Gewählt: Eckhardt Rehberg (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber
SPD: Sonja Amalie Steffen, Frank Michael Junge
AfD: Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Ulrike Schielke-Ziesing
FDP: Hagen Reinhold
Linke: Dietmar Bartsch, Heidrun Bluhm, Karin Kassner,
Grüne: Claudia Müller



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 18: Hamburg-Mitte
Wahlbeteiligung: 72,2 (65,1)
CDU: 24,3 (27,9), 23,5 (26,8)
SPD: 30,9 (39,2), 24,0 (33,6)
AfD: 7,3 (3,3), 8,0 (4,3)
FDP: 6,4 (1,7), 9,3 (3,8)
Linke: 13,8 (9,6), 15,0 (11,0)
Grüne: 12,8 (12,0), 14,4 (13,6)
Gewählt: Johannes Kahrs (SPD)

Wahlkreis 19: Hamburg-Altona
Wahlbeteiligung: 78,5 (74,3)
CDU: 25,9 (32,4), 24,9 (29,4)
SPD: 28,9 (34,9), 20,5 (29,8)
AfD: 5,1 (2,3), 5,5 (3,2)
FDP: 8,6 (2,0), 11,2 (5,5)
Linke: 13,6 (10,2), 15,7 (10,8)
Grüne: 14,4 (13,7), 17,9 (16,5)
Gewählt: Matthias Bartke (SPD)

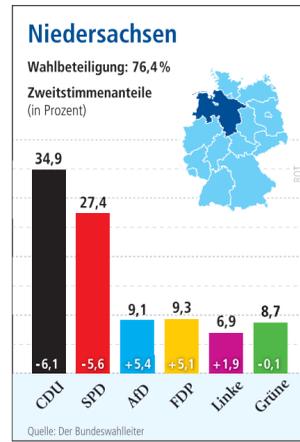
Wahlkreis 20: Hamburg-Elmsbüttel
Wahlbeteiligung: 81,1 (75,4)
CDU: 28,7 (33,3), 26,9 (31,1)
SPD: 31,6 (37,5), 22,2 (31,4)
AfD: 5,7 (2,9), 5,9 (3,7)
FDP: 6,8 (2,3), 11,3 (5,2)
Linke: 10,4 (6,9), 12,4 (8,6)
Grüne: 15,0 (13,0), 17,0 (15,6)
Gewählt: Niels Annen (SPD)

Wahlkreis 21: Hamburg-Nord
Wahlbeteiligung: 82,1 (77,4)
CDU: 33,5 (39,7), 31,4 (36,5)
SPD: 30,8 (34,8), 21,5 (30,2)
AfD: 5,5 (3,5), 6,2 (4,1)
FDP: 8,4 (2,4), 13,8 (6,3)
Linke: 7,5 (4,7), 9,4 (6,5)
Grüne: 13,6 (11,9), 14,4 (12,5)
Gewählt: Christoph Johannes Ploß

Wahlkreis 22: Hamburg-Wandsbek
Wahlbeteiligung: 73,3 (67,6)
CDU: 29,8 (36,7), 28,9 (34,5)
SPD: 34,8 (39,8), 26,6 (34,5)
AfD: 9,5 (4,1), 9,8 (4,8)
FDP: 7,0 (1,9), 10,3 (4,5)
Linke: 9,2 (6,7), 9,8 (7,7)
Grüne: 7,1 (6,8), 10,4 (9,1)
Gewählt: Aydan Özoguz (SPD)

Wahlkreis 23: Hamburg-Bergedorf – Harburg
Wahlbeteiligung: 70,1 (64,3)
CDU: 28,1 (35,6), 27,4 (33,8)
SPD: 34,8 (40,4), 26,2 (35,0)
AfD: 10,8 (3,9), 11,4 (4,7)
FDP: 5,2 (1,6), 8,6 (3,5)
Linke: 10,7 (7,5), 11,3 (8,4)
Grüne: 7,8 (6,5), 10,0 (9,2)
Gewählt: Metin Hakverdi (SPD)

Gewählte Landeslistenbewerber
CDU: Marcus Weinberg, Rüdiger Kruse, Christoph Bernhard Vries
AfD: Bernd Baumann
FDP: Katja Suding, Wieland Albert Schinnenburg
Linke: Fabio De Masi, Zaklin Nastic
Grüne: Anja Hajduk, Manuel Sarrazin



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 24: Aurich – Emden
Wahlbeteiligung: 74,5 (70,3)
CDU: 27,6 (32,4), 28,0 (32,5)
SPD: 49,6 (50,2), 37,8 (43,8)
AfD: - (-), 9,1 (3,1)
FDP: 4,9 (1,6), 7,1 (3,3)
Linke: 6,7 (4,8), 7,2 (5,0)
Grüne: 7,0 (9,6), 7,4 (8,3)
Gewählt: Johann Saathoff (SPD)

Wahlkreis 25: Unterems
Wahlbeteiligung: 75,0 (71,7)
CDU: 50,0 (54,7), 42,4 (48,8)
SPD: 28,0 (31,2), 27,5 (30,9)
AfD: 7,7 (-), 8,4 (2,9)
FDP: 4,4 (2,6), 7,8 (4,0)
Linke: 4,4 (3,9), 5,4 (4,1)
Grüne: 4,7 (5,1), 5,9 (5,8)
Gewählt: Gitta Connemann (CDU)

Wahlkreis 26: Friesland – Wilhelmshaven – Wittmund
Wahlbeteiligung: 73,5 (70,6)
CDU: 32,4 (39,7), 32,8 (38,4)
SPD: 39,7 (44,1), 30,7 (36,3)
AfD: 8,3 (-), 9,1 (4,1)
FDP: 5,9 (2,3), 9,4 (4,3)
Linke: 5,9 (5,1), 7,1 (5,1)
Grüne: 5,5 (5,6), 7,3 (7,3)
Gewählt: Sientje Möller (SPD)

Wahlkreis 27: Oldenburg – Ammerland
Wahlbeteiligung: 77,8 (74,2)
CDU: 30,2 (36,8), 30,6 (35,2)
SPD: 36,3 (37,4), 26,1 (32,6)
AfD: 6,7 (3,4), 7,2 (4,2)
FDP: 6,1 (2,5), 10,4 (5,1)
Linke: 8,1 (5,4), 9,4 (6,5)
Grüne: 11,4 (11,5), 12,5 (12,4)
Gewählt: Dennis Rohde (SPD)

Wahlkreis 28: Delmenhorst
Wahlbeteiligung: 74,8 (71,4)
CDU: 34,1 (39,7), 33,5 (38,9)
SPD: 32,9 (39,4), 28,2 (34,9)
AfD: 9,0 (3,3), 9,7 (4,0)
FDP: 9,0 (3,3), 10,1 (5,0)
Linke: 6,1 (4,5), 6,9 (5,5)
Grüne: 7,7 (6,1), 8,0 (8,1)
Gewählt: Astrid Grotelüschen (CDU)

Wahlkreis 29: Cuxhaven – Stade II
Wahlbeteiligung: 75,5 (73,1)
CDU: 42,7 (46,8), 38,5 (43,9)
SPD: 30,7 (36,4), 27,7 (33,5)
AfD: 8,5 (3,0), 9,0 (3,5)
FDP: 5,0 (1,4), 8,2 (3,6)
Linke: 5,8 (3,6), 6,5 (4,6)
Grüne: 6,1 (6,1), 6,9 (7,1)
Gewählt: Enak Ferlemann (CDU)

Wahlkreis 30: Stade I – Rotenburg II
Wahlbeteiligung: 77,3 (74,4)
CDU: 44,4 (47,6), 38,9 (44,7)
SPD: 28,2 (34,1), 24,6 (30,9)
AfD: 8,3 (3,9), 8,9 (4,5)
FDP: 5,8 (1,7), 9,5 (4,2)
Linke: 5,3 (3,4), 6,3 (4,2)
Grüne: 7,0 (6,3), 8,2 (7,8)
Gewählt: Oliver Grundmann (CDU)

Wahlkreis 31: Mittelems
Wahlbeteiligung: 78,1 (74,7)
CDU: 53,6 (59,0), 49,4 (56,1)
SPD: 26,4 (29,0), 23,5 (26,0)
AfD: 5,0 (2,2), 5,4 (2,6)
FDP: 5,6 (1,6), 9,1 (4,2)
Linke: 3,8 (2,7), 4,6 (3,0)
Grüne: 5,0 (5,0), 6,0 (5,4)
Gewählt: Albert Stegemann (CDU)

Wahlkreis 32: Cloppenburg – Vechta
Wahlbeteiligung: 74,4 (71,1)
CDU: 57,7 (66,3), 53,1 (63,2)
SPD: 20,4 (21,3), 17,8 (19,8)
AfD: 7,8 (2,1), 8,1 (2,3)
FDP: 5,2 (1,8), 9,4 (4,6)
Linke: 4,1 (2,5), 4,4 (2,8)
Grüne: 4,3 (3,7), 5,1 (4,3)
Gewählt: Silvia Breher (CDU)

Wahlkreis 33: Diepholz – Nienburg I
Wahlbeteiligung: 76,5 (73,7)
CDU: 44,6 (47,6), 37,9 (43,5)
SPD: 27,3 (33,4), 25,5 (31,5)
AfD: 8,1 (2,5), 8,4 (3,4)
FDP: 7,0 (2,0), 10,5 (4,9)
Linke: 5,3 (3,5), 6,1 (4,5)
Grüne: 7,7 (7,6), 8,1 (8,2)
Gewählt: Axel Koerig (CDU)

Wahlkreis 34: Osterholz – Verden
Wahlbeteiligung: 78,0 (74,8)
CDU: 39,2 (44,0), 34,9 (40,0)
SPD: 32,0 (37,4), 26,4 (33,1)
AfD: 8,6 (3,1), 9,7 (3,8)
FDP: 5,5 (0,9), 8,9 (3,7)
Linke: 7,1 (5,0), 7,3 (5,6)
Grüne: 6,7 (6,8), 9,3 (9,6)
Gewählt: Andreas Mattfeldt (CDU)

Wahlkreis 35: Rotenburg I – Heidekreis
Wahlbeteiligung: 75,6 (73,2)
CDU: 36,1 (44,8), 37,7 (43,6)
SPD: 41,2 (40,6), 27,1 (31,2)
AfD: 8,2 (-), 9,3 (3,8)
FDP: 4,5 (1,7), 8,5 (4,0)
Linke: 4,1 (3,9), 5,9 (4,6)
Grüne: 4,8 (5,0), 8,0 (8,5)
Gewählt: Lars Klingbeil (SPD)

Wahlkreis 36: Harburg
Wahlbeteiligung: 81,3 (78,4)
CDU: 40,6 (45,2), 35,9 (42,8)
SPD: 27,4 (31,6), 22,0 (28,3)
AfD: 9,2 (5,7), 10,0 (6,0)
FDP: 6,5 (3,4), 11,7 (4,9)
Linke: 5,4 (3,6), 6,3 (4,4)
Grüne: 9,1 (7,1), 10,2 (9,3)
Gewählt: Michael Grosse-Brömer (CDU)

Wahlkreis 37: Lüchow-Dannenberg – Lüneburg
Wahlbeteiligung: 78,0 (74,6)
CDU: 33,5 (39,8), 31,3 (36,8)
SPD: 28,1 (33,7), 23,5 (29,0)
AfD: 8,7 (3,7), 8,9 (4,4)
FDP: 6,6 (1,6), 9,2 (4,0)
Linke: 8,4 (5,9), 9,1 (6,9)
Grüne: 14,8 (12,0), 13,5 (14,3)
Gewählt: Eckhard Pols (CDU)

Wahlkreis 38: Osnabrück-Land
Wahlbeteiligung: 76,0 (73,3)
CDU: 45,6 (53,1), 40,0 (48,0)
SPD: 28,3 (32,3), 25,7 (29,4)
AfD: 6,6 (-), 7,3 (2,8)
FDP: 6,4 (1,8), 9,7 (4,6)
Linke: 5,3 (3,6), 6,1 (4,0)
Grüne: 7,7 (5,8), 8,2 (7,7)
Gewählt: André Berghegger (CDU)

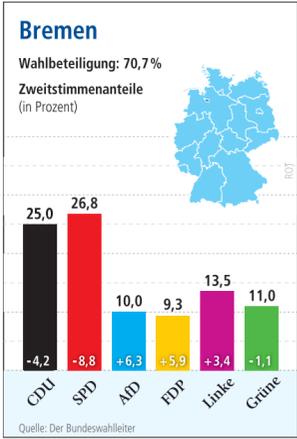
Wahlkreis 39: Stadt Osnabrück
Wahlbeteiligung: 77,4 (73,5)
CDU: 40,3 (45,7), 35,7 (43,0)
SPD: 31,6 (34,8), 24,7 (30,5)
AfD: - (-), 6,3 (2,7)
FDP: 8,9 (2,8), 9,5 (4,2)
Linke: 8,4 (4,1), 8,4 (5,1)
Grüne: 10,1 (8,9), 12,1 (10,9)
Gewählt: Mathias Mittelberg (CDU)

Wahlkreis 40: Nienburg II – Schaumburg
Wahlbeteiligung: 75,3 (72,4)
CDU: 40,6 (41,6), 34,3 (40,0)
SPD: 32,7 (44,6), 29,7 (36,3)
AfD: 9,1 (-), 10,3 (3,9)
FDP: 4,5 (1,4), 8,5 (3,6)
Linke: 4,5 (3,3), 5,7 (4,3)
Grüne: 7,7 (5,8), 8,1 (8,1)
Gewählt: Maik Beermann (CDU)

Wahlkreis 41: Stadt Hannover I
Wahlbeteiligung: 75,0 (71,7)
CDU: 29,6 (36,5), 27,2 (33,5)
SPD: 35,6 (43,5), 27,4 (35,5)
AfD: 8,5 (3,2), 9,1 (3,6)
FDP: 6,5 (1,5), 10,2 (4,7)
Linke: 7,2 (5,0), 9,3 (6,2)
Grüne: 9,1 (7,7), 12,2 (12,3)
Gewählt: Kerstin Tack (SPD)

Wahlkreis 42: Stadt Hannover II
Wahlbeteiligung: 77,0 (73,1)
CDU: 28,9 (33,9), 24,4 (29,9)
SPD: 33,7 (42,8), 25,6 (34,7)
AfD: 7,2 (2,7), 7,6 (3,4)
FDP: 5,5 (1,5), 10,0 (4,3)
Linke: 9,3 (6,2), 12,0 (8,0)
Grüne: 11,2 (10,2), 14,9 (15,5)
Gewählt: Yasmin Fahimi (SPD)

Wahlkreis 43: Hannover-Land I
Wahlbeteiligung: 77,9 (75,8)
CDU: 40,1 (44,3), 34



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 54: Bremen I

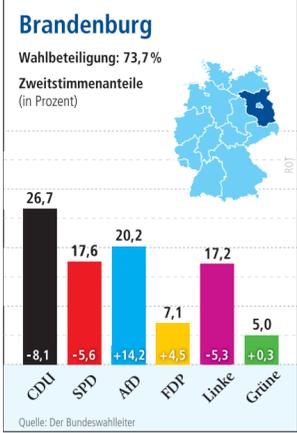
Wahlbeteiligung: 74,3 (71,9)
 CDU: 24,3 (30,3), 26,0 (30,2)
 SPD: 29,8 (37,9), 24,4 (33,1)
 AfD: 7,8 (2,9), 8,5 (3,4)
 FDP: 11,0 (2,3), 10,2 (3,9)
 Linke: 12,2 (8,3), 14,2 (10,1)
 Grüne: 12,0 (13,9), 12,7 (13,9)
 Gewählt: Sarah Janina Ryglewski (SPD)

Wahlkreis 55: Bremen II - Bremerhaven

Wahlbeteiligung: 66,6 (65,3)
 CDU: 24,7 (28,7), 23,8 (28,1)
 SPD: 34,1 (43,9), 29,8 (38,6)
 AfD: 11,4 (3,7), 12,1 (4,1)
 FDP: 6,9 (1,5), 8,2 (2,8)
 Linke: 11,6 (9,1), 12,6 (10,1)
 Grüne: 7,7 (8,4), 9,0 (9,9)
 Gewählt: Uwe Schmidt (SPD)

Gewählte Landeslistenbewerber

CDU: Elisabeth Charlotte Motschmann
 AfD: Frank Rüdiger Heinrich
 Linke: Doris Maria Adelwilm
 Grüne: Kirsten Kappert-Gonthar



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 56:

Ostprignitz-Ruppin-Havelland I Wahlbeteiligung: 68,3 (63,6)
 CDU: 30,8 (33,3), 29,7 (36,1)
 SPD: 23,7 (29,6), 21,0 (25,2)
 AfD: 18,0 (-), 18,7 (4,8)
 FDP: 3,6 (1,3), 5,5 (2,2)
 Linke: 17,6 (24,1), 16,4 (22,5)
 Grüne: 3,0 (2,8), 3,6 (3,5)
 Gewählt: Sebastian Steinke (CDU)

Wahlkreis 57: Uckermark - Barnim I

Wahlbeteiligung: 70,3 (64,1)
 CDU: 30,6 (38,2), 28,3 (36,3)
 SPD: 19,4 (22,8), 16,9 (22,4)
 AfD: 20,2 (-), 20,8 (5,1)
 FDP: 3,8 (1,5), 5,5 (2,1)
 Linke: 18,4 (27,2), 18,6 (24,0)
 Grüne: 3,7 (3,0), 4,1 (3,8)
 Gewählt: Jens Koeppen (CDU)

Wahlkreis 58: Oberhavel - Havelland II

Wahlbeteiligung: 76,1 (71,4)
 CDU: 29,9 (37,8), 28,5 (36,4)
 SPD: 22,7 (27,9), 18,5 (23,7)
 AfD: 18,0 (-), 18,6 (6,7)
 FDP: 5,2 (1,5), 7,6 (3,0)
 Linke: 14,7 (19,4), 14,3 (18,1)
 Grüne: 5,3 (5,0), 6,4 (5,7)
 Gewählt: Uwe Wolfgang Werner Feiler (CDU)

Wahlkreis 59:

Märkisch-Oderland - Barnim II Wahlbeteiligung: 75,1 (69,3)
 CDU: 28,4 (33,9), 25,1 (32,1)
 SPD: 15,8 (20,4), 15,4 (21,9)
 AfD: 20,2 (-), 20,7 (6,4)
 FDP: 4,2 (1,1), 6,6 (2,2)
 Linke: 22,5 (32,9), 20,7 (26,4)
 Grüne: 5,4 (3,4), 4,7 (4,1)
 Gewählt: Hans-Georg von der Marwitz (CDU)

Wahlkreis 60: Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I

Wahlbeteiligung: 69,9 (64,9)
 CDU: 31,8 (32,8), 28,2 (34,0)
 SPD: 25,1 (33,2), 20,7 (26,3)
 AfD: 16,9 (-), 17,9 (4,8)

FDP: 4,6 (1,6), 6,5 (2,3)
 Linke: 15,1 (23,7), 16,6 (22,9)
 Grüne: 3,4 (2,4), 4,2 (3,8)
 Gewählt: Dietlind Tiersmann (CDU)

Wahlkreis 61: Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II

Wahlbeteiligung: 79,1 (74,4)
 CDU: 24,9 (32,2), 24,8 (31,1)
 SPD: 26,1 (32,3), 18,5 (24,9)
 AfD: 12,3 (-), 13,5 (5,7)
 FDP: 7,5 (1,7), 9,2 (3,2)
 Linke: 16,5 (20,3), 18,1 (21,0)
 Grüne: 8,0 (7,3), 9,8 (9,1)
 Gewählt: Manja Schüle (SPD)

Wahlkreis 62: Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I

Wahlbeteiligung: 75,5 (70,5)
 CDU: 30,7 (37,3), 27,0 (35,0)
 SPD: 19,6 (27,2), 17,6 (22,7)
 AfD: 20,3 (-), 21,0 (6,4)
 FDP: 4,8 (1,3), 7,4 (2,8)
 Linke: 16,4 (21,5), 15,8 (21,5)
 Grüne: 4,4 (3,9), 4,7 (4,5)
 Gewählt: Jana Schimke (CDU)

Wahlkreis 63: Frankfurt (Oder) - Oder-Spree

Wahlbeteiligung: 71,9 (67,9)
 CDU: 27,1 (33,9), 24,6 (33,4)
 SPD: 17,1 (24,4), 16,5 (22,3)
 AfD: 21,9 (-), 22,1 (6,4)
 FDP: 5,1 (1,7), 6,7 (2,2)
 Linke: 19,1 (28,0), 19,0 (24,7)
 Grüne: 3,3 (3,9), 4,3 (4,0)
 Gewählt: Martin Maria Otto Felix Patzelt (CDU)

Wahlkreis 64: Cottbus - Spree-Neiße

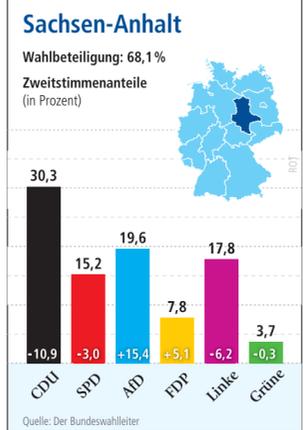
Wahlbeteiligung: 73,9 (67,3)
 CDU: 28,4 (35,9), 24,1 (35,8)
 SPD: 17,0 (23,9), 15,2 (21,7)
 AfD: 25,3 (-), 26,8 (6,9)
 FDP: 5,7 (2,0), 7,6 (2,4)
 Linke: 15,7 (20,0), 16,5 (22,6)
 Grüne: 3,3 (2,7), 3,1 (3,5)
 Gewählt: Klaus-Peter Friedrich Walter Schulze (CDU)

Wahlkreis 65: Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II

Wahlbeteiligung: 73,2 (66,8)
 CDU: 29,5 (40,9), 27,7 (39,5)
 SPD: 16,7 (22,5), 15,4 (19,9)
 AfD: 24,7 (-), 25,2 (5,9)
 FDP: 5,4 (1,8), 6,7 (2,5)
 Linke: 16,2 (23,4), 15,5 (21,7)
 Grüne: 2,9 (2,5), 2,6 (2,7)
 Gewählt: Michael Stübgen (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber

SPD: Dagmar Ziegler, Ulrich Ronald Freese, Stefan Zierke
 AfD: Eberhardt Alexander Gauland, Roman Johannes Reusch, Rene, Springer, Steffen Kotre, Norbert Kleinwächter
 FDP: Linda Teuteberg, Martin Neumann
 Linke: Kirsten Tackmann, Thomas Hans Nord, Anke Domscheidt-Berg, Norbert Müller



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 66: Altmark

Wahlbeteiligung: 67,1 (62,6)
 CDU: 32,6 (42,1), 32,8 (42,0)
 SPD: 19,1 (17,6), 17,0 (19,0)
 AfD: 16,5 (-), 16,8 (3,6)
 FDP: 6,7 (1,4), 7,1 (2,1)
 Linke: 19,2 (30,3), 18,5 (24,6)
 Grüne: 3,4 (2,8), 3,3 (3,3)
 Gewählt: Eckhard Gnodtke (CDU)

Wahlkreis 67: Börde - Jerichower Land

Wahlbeteiligung: 68,2 (62,2)
 CDU: 37,8 (44,6), 32,0 (43,2)
 SPD: 20,0 (23,1), 16,2 (19,6)
 AfD: - (-), 18,9 (3,9)
 FDP: 7,6 (2,7), 7,7 (2,9)
 Linke: 20,3 (21,4), 16,7 (21,7)
 Grüne: 2,4 (2,6), 2,9 (3,1)
 Gewählt: Manfred Behrens (Börde) (CDU)

Wahlkreis 68: Harz

Wahlbeteiligung: 66,6 (58,9)
 CDU: 36,4 (46,0), 33,6 (43,5)
 SPD: 17,5 (19,1), 16,2 (18,7)
 AfD: 16,2 (-), 16,9 (3,8)
 FDP: 4,9 (1,4), 7,0 (2,3)
 Linke: 19,2 (23,0), 17,7 (22,9)
 Grüne: 3,2 (3,8), 3,5 (3,6)
 Gewählt: Heike Brehmer (CDU)

Wahlkreis 69: Magdeburg

Wahlbeteiligung: 68,4 (63,2)
 CDU: 27,4 (36,3), 27,7 (37,5)

SPD: 21,7 (25,2), 17,1 (20,9)
 AfD: 15,3 (-), 16,2 (4,2)
 FDP: 6,7 (1,4), 7,9 (2,4)
 Linke: 18,9 (25,2), 18,7 (24,0)
 Grüne: 4,0 (4,0), 5,3 (5,6)
 Gewählt: Tino Sorge (CDU)

Wahlkreis 70: Dessau - Wittenberg

Wahlbeteiligung: 69,7 (65,0)
 CDU: 35,3 (44,6), 31,8 (42,5)
 SPD: 12,2 (17,3), 14,3 (17,1)
 AfD: 19,4 (4,7), 20,0 (5,1)
 FDP: 5,0 (1,3), 7,3 (2,4)
 Linke: 18,2 (21,9), 17,3 (22,8)
 Grüne: 4,6 (4,4), 3,5 (4,0)
 Gewählt: Sepp Müller (CDU)

Wahlkreis 71: Anhalt

Wahlbeteiligung: 65,9 (59,4)
 CDU: 31,6 (41,0), 30,7 (41,5)
 SPD: 12,9 (15,4), 13,9 (16,8)
 AfD: 22,2 (4,6), 22,2 (4,8)
 FDP: 6,3 (2,0), 7,5 (2,6)
 Linke: 21,2 (28,8), 17,8 (25,6)
 Grüne: 2,0 (2,1), 2,4 (2,6)
 Gewählt: Kees de Vries (CDU)

Wahlkreis 72: Halle

Wahlbeteiligung: 71,0 (65,2)
 CDU: 27,1 (36,3), 26,5 (37,4)
 SPD: 21,3 (23,3), 14,1 (17,9)
 AfD: 17,3 (3,4), 17,8 (4,2)
 FDP: 6,7 (2,1), 9,0 (3,1)
 Linke: 20,3 (25,5), 19,2 (24,4)
 Grüne: 3,6 (3,7), 7,0 (7,2)
 Gewählt: Christoph Bernstiel (CDU)

Wahlkreis 73: Burgenland - Saalekreis

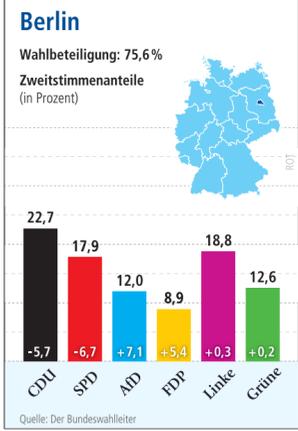
Wahlbeteiligung: 68,5 (61,6)
 CDU: 33,5 (44,8), 29,9 (42,8)
 SPD: 13,1 (15,4), 13,2 (16,3)
 AfD: 23,4 (-), 24,6 (4,3)
 FDP: 6,6 (1,5), 7,8 (2,8)
 Linke: 16,9 (25,7), 16,3 (23,7)
 Grüne: 2,5 (3,9), 2,6 (3,1)
 Gewählt: Dieter Stier (CDU)

Wahlkreis 74: Mansfeld

Wahlbeteiligung: 67,7 (61,1)
 CDU: 31,0 (41,9), 28,8 (41,2)
 SPD: 15,2 (18,1), 14,4 (17,1)
 AfD: 23,9 (-), 23,9 (4,1)
 FDP: 8,1 (1,9), 8,1 (2,9)
 Linke: 18,1 (27,6), 17,3 (25,7)
 Grüne: 2,7 (2,4), 2,4 (2,8)
 Gewählt: Torsten Schweiger (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber

SPD: Burkhard Karl Erich Lischka, Katrin Budde Karamba Diaby
 AfD: Martin Reichardt, Frank Pasemann, Mathias Büttner, Andreas Mrosek
 FDP: Frank Sitte, Marcus Faber
 Linke: Petra Sitte, Jan Korte, Birke Bull-Bischoff, Matthias Höhn



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 75: Berlin-Mitte

Wahlbeteiligung: 73,4 (69,4)
 CDU: 18,6 (23,9), 18,7 (22,6)
 SPD: 23,5 (28,3), 17,9 (26,1)
 AfD: 7,9 (3,0), 8,2 (3,9)
 FDP: 6,0 (1,5), 8,7 (3,7)
 Linke: 20,4 (16,7), 21,4 (18,7)
 Grüne: 17,9 (18,4), 17,3 (16,7)
 Gewählt: Eva Högl (SPD)

Wahlkreis 76: Berlin-Pankow

Wahlbeteiligung: 79,6 (74,4)
 CDU: 19,6 (23,9), 19,8 (23,5)
 SPD: 16,4 (21,0), 15,7 (22,0)
 AfD: 12,0 (4,1), 12,5 (4,8)
 FDP: 4,2 (0,9), 6,6 (2,5)
 Linke: 28,8 (28,3), 23,4 (25,2)
 Grüne: 14,2 (14,7), 14,3 (14,1)
 Gewählt: Stefan Liebich (Die Linke)

Wahlkreis 77: Berlin-Reinickendorf

Wahlbeteiligung: 75,2 (73,0)
 CDU: 36,8 (45,0), 31,0 (40,1)
 SPD: 23,7 (29,5), 20,1 (26,4)
 AfD: 13,1 (4,5), 13,7 (6,0)
 FDP: 7,2 (2,0), 11,3 (4,4)
 Linke: 7,7 (6,5), 8,5 (7,9)
 Grüne: 7,9 (6,7), 9,1 (8,7)
 Gewählt: Frank Steffel (CDU)

Wahlkreis 78: Berlin Spandau - Charlottenburg Nord

Wahlbeteiligung: 72,0 (69,6)
 CDU: 30,9 (39,2), 28,1 (36,6)
 SPD: 32,1 (37,4), 22,7 (28,9)
 AfD: 13,4 (4,3), 14,1 (5,8)

FDP: 6,3 (1,4), 9,9 (3,8)
 Linke: 7,5 (7,2), 9,8 (9,5)
 Grüne: 6,1 (4,7), 8,5 (8,2)
 Gewählt: Swen Schulz (SPD)

Wahlkreis 79: Berlin-Steglitz-Zehlendorf

Wahlbeteiligung: 81,7 (79,8)
 CDU: 35,4 (42,5), 29,8 (37,2)
 SPD: 24,5 (29,2), 19,1 (25,6)
 AfD: 8,2 (4,2), 8,9 (5,3)
 FDP: 9,0 (2,7), 14,2 (6,4)
 Linke: 7,5 (5,3), 9,2 (7,2)
 Grüne: 12,7 (11,8), 14,2 (13,5)
 Gewählt: Thomas Heilmann (CDU)

Wahlkreis 80: Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlbeteiligung: 79,7 (77,6)
 CDU: 30,2 (37,1), 25,6 (32,5)
 SPD: 27,6 (31,5), 19,4 (27,1)
 AfD: 7,6 (3,7), 7,9 (4,8)
 FDP: 9,2 (2,5), 14,9 (6,8)
 Linke: 9,4 (6,2), 11,7 (8,9)
 Grüne: 13,6 (14,7), 15,8 (15,4)
 Gewählt: Klaus-Dieter Gröhler (CDU)

Wahlkreis 81: Berlin-Tempelhof-Schöneberg

Wahlbeteiligung: 77,0 (75,3)
 CDU: 29,0 (35,0), 25,0 (31,7)
 SPD: 22,0 (26,2), 20,2 (27,4)
 AfD: 9,1 (3,7), 9,6 (4,6)
 FDP: 6,4 (1,5), 10,4 (4,1)
 Linke: 10,8 (7,4), 13,2 (10,3)
 Grüne: 18,9 (20,4), 15,6 (15,4)
 Gewählt: Jan-Marco Luczak (CDU)

Wahlkreis 82: Berlin-Neukölln

Wahlbeteiligung: 71,0 (68,5)
 CDU: 24,4 (30,6), 22,3 (29,0)
 SPD: 26,8 (32,3), 19,5 (26,2)
 AfD: 10,7 (3,0), 11,1 (4,2)
 FDP: 5,1 (1,4), 7,7 (3,0)
 Linke: 16,6 (11,7), 18,3 (14,3)
 Grüne: 11,0 (11,7), 13,1 (13,9)
 Gewählt: Fritz Felgentreu (SPD)

Wahlkreis 83: Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost

Wahlbeteiligung: 77,7 (74,3)
 CDU: 12,2 (13,7), 13,9 (15,4)
 SPD: 16,9 (18,0), 15,9 (24,0)
 AfD: 6,1 (2,0), 6,3 (2,8)
 FDP: 3,1 (1,0), 5,9 (2,2)
 Linke: 24,9 (17,2), 28,6 (25,1)
 Grüne: 26,3 (39,9), 20,4 (20,8)
 Gewählt: Canan Bayram (Bündnis 90/Die Grünen)

Wahlkreis 84: Berlin-Treptow-Köpenick

Wahlbeteiligung: 76,8 (73,6)
 CDU: 19,0 (22,6), 20,3 (25,4)
 SPD: 13,8 (17,8), 15,5 (21,3)
 AfD: 14,9 (4,0), 16,9 (5,5)
 FDP: 3,7 (1,0), 6,5 (2,0)
 Linke: 39,9 (42,2), 25,2 (29,5)
 Grüne: 5,0 (5,0), 7,9 (7,4)
 Gewählt: Gregor Gysi (Die Linke)

Wahlkreis 85: Berlin-Marzahn-Hellersdorf

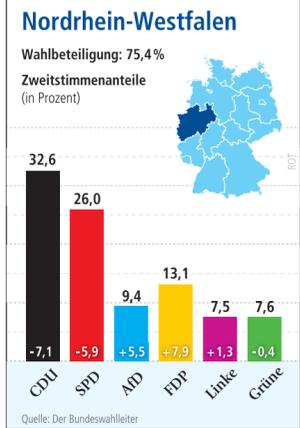
Wahlbeteiligung: 69,3 (65,1)
 CDU: 22,3 (25,7), 20,9 (26,0)
 SPD: 12,6 (17,1), 14,5 (19,2)
 AfD: 20,6 (4,9), 21,6 (6,4)
 FDP: 3,6 (0,7), 5,3 (1,7)
 Linke: 34,2 (38,9), 26,1 (32,9)
 Grüne: 3,2 (3,1), 4,1 (3,9)
 Gewählt: Petra Pau (Die Linke)

Wahlkreis 86: Berlin-Lichtenberg

Wahlbeteiligung: 72,6 (67,4)
 CDU: 19,7 (22,7), 18,6 (23,1)
 SPD: 14,1 (19,5), 14,8 (20,4)
 AfD: 15,7 (4,3), 16,7 (5,5)
 FDP: 3,4 (0,7), 5,3 (1,6)
 Linke: 34,7 (40,3), 29,3 (34,6)
 Grüne: 6,0 (4,2), 6,8 (5,8)
 Gewählt: Gesine Lötzsich (Die Linke)

Gewählte Landeslistenbewerber

CDU: Monika Grütters, Kai Wegner
 AfD: Beatrix von Storch, Gottfried Curio, Götz Frömming, Birgit Malsack-Winkemann
 FDP: Christoph Meyer, Daniela Kluckert, Hartmut Heinrich Wilhelm Ebbing
 Linke: Pascal Meiser, Evrim Sommer
 Grüne: Elisabeth (Lisa) Paus, Stefan Gelbhaar, Renate Künast



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 87: Aachen I

Wahlbeteiligung: 78,4 (74,7)
 CDU: 33,7 (40,7), 27,8 (36,6)
 SPD: 32,5 (35,3), 24,8 (27,3)

AfD: 5,6 (2,2), 5,9 (3,1)
 FDP: 7,3 (2,2), 14,2 (6,3)
 Linke: 8,8 (6,2), 10,3 (7,7)
 Grüne: 9,4 (9,0), 12,8 (13,1)
 Gewählt: Rudolf Henke (CDU)

Wahlkreis 88: Aachen II

Wahlbeteiligung: 75,9 (72,1)
 CDU: 36,5 (45,6), 30,7 (40,9)<

Wahlkreis 113: Wesel I

Wahlbeteiligung: 77,4 (74,2)
 CDU: 39,0 (43,5), 33,7 (39,3)
 SPD: 32,8 (39,2), 28,7 (34,9)
 AfD: 8,6 (3,0), 9,0 (3,7)
 FDP: 8,0 (1,8), 12,4 (4,7)
 Linke: 6,0 (4,9), 6,7 (6,0)
 Grüne: 5,5 (4,9), 6,1 (6,4)
 Gewählt: Sabine Weiss (CDU)

Wahlkreis 114: Krefeld II – Wesel II

Wahlbeteiligung: 74,6 (71,8)
 CDU: 36,8 (40,1), 30,9 (36,9)
 SPD: 32,1 (41,5), 27,8 (34,6)
 AfD: 8,6 (-), 9,2 (3,9)
 FDP: 8,2 (2,5), 13,5 (5,6)
 Linke: 5,6 (6,5), 7,6 (6,6)
 Grüne: 6,1 (5,3), 7,0 (7,3)
 Gewählt: Kerstin Radomski (CDU)

Wahlkreis 115: Duisburg I

Wahlbeteiligung: 72,4 (71,1)
 CDU: 28,7 (32,2), 25,7 (30,0)
 SPD: 38,3 (46,6), 31,7 (39,2)
 AfD: 11,5 (-), 11,3 (5,2)
 FDP: 7,0 (1,6), 10,4 (3,4)
 Linke: 6,9 (7,4), 8,7 (7,9)
 Grüne: 5,6 (5,1), 6,6 (6,9)
 Gewählt: Bärbel Bas (SPD)

Wahlkreis 116: Duisburg II

Wahlbeteiligung: 64,8 (63,6)
 CDU: 26,5 (29,6), 22,4 (26,6)
 SPD: 34,8 (43,2), 34,2 (43,0)
 AfD: 16,5 (4,1), 15,4 (5,1)
 FDP: 7,0 (1,6), 8,2 (2,8)
 Linke: 8,9 (8,6), 8,4 (8,8)
 Grüne: 4,6 (5,2), 4,4 (5,2)
 Gewählt: Mahmut Özdemir (SPD)

Wahlkreis 117: Oberhausen – Wesel III

Wahlbeteiligung: 73,4 (70,7)
 CDU: 29,1 (32,3), 26,3 (30,1)
 SPD: 38,5 (45,1), 33,1 (41,3)
 AfD: 12,3 (-), 12,5 (4,2)
 FDP: 6,3 (1,7), 9,9 (3,3)
 Linke: 7,6 (7,3), 8,3 (8,0)
 Grüne: 5,6 (7,8), 5,6 (6,6)
 Gewählt: Dirk Vöpel (SPD)

Wahlkreis 118: Mülheim – Essen I

Wahlbeteiligung: 76,1 (73,6)
 CDU: 31,3 (35,6), 28,1 (33,9)
 SPD: 34,9 (42,2), 29,5 (38,2)
 AfD: 11,5 (3,9), 11,4 (4,6)
 FDP: 9,0 (2,5), 12,9 (4,6)
 Linke: 6,5 (5,5), 7,4 (6,4)
 Grüne: 6,2 (6,3), 6,7 (7,1)
 Gewählt: Arno Klare (SPD)

Wahlkreis 119: Essen II

Wahlbeteiligung: 67,6 (64,7)
 CDU: 26,6 (31,1), 23,4 (28,5)
 SPD: 37,3 (48,3), 31,8 (41,7)
 AfD: 15,8 (-), 15,0 (4,2)
 FDP: 6,6 (1,6), 9,7 (3,4)
 Linke: 7,9 (7,2), 8,7 (8,1)
 Grüne: 5,4 (5,0), 6,2 (7,1)
 Gewählt: Dirk Heidenblut (SPD)

Wahlkreis 120: Essen III

Wahlbeteiligung: 79,5 (77,2)
 CDU: 37,1 (39,5), 30,1 (36,3)
 SPD: 30,8 (39,5), 24,7 (33,1)
 AfD: 8,1 (2,7), 8,4 (3,9)
 FDP: 8,3 (2,0), 15,1 (5,7)
 Linke: 6,5 (4,9), 8,3 (6,6)
 Grüne: 8,2 (7,7), 9,4 (9,7)
 Gewählt: Matthias Hauer (CDU)

Wahlkreis 121: Recklinghausen I

Wahlbeteiligung: 73,2 (71,1)
 CDU: 30,9 (34,3), 28,6 (33,8)
 SPD: 38,7 (45,2), 31,6 (39,8)
 AfD: 11,4 (3,3), 12,0 (4,5)
 FDP: 7,2 (2,0), 10,3 (3,4)
 Linke: 6,6 (6,1), 7,3 (6,8)
 Grüne: 5,0 (5,1), 5,8 (6,4)
 Gewählt: Frank Schwabe (SPD)

Wahlkreis 122: Recklinghausen II

Wahlbeteiligung: 74,3 (71,8)
 CDU: 34,5 (36,5), 29,4 (34,7)
 SPD: 41,1 (45,7), 31,7 (40,1)
 AfD: - (-), 12,5 (4,0)
 FDP: 10,2 (1,6), 10,6 (3,5)
 Linke: 8,4 (5,6), 6,6 (6,3)
 Grüne: 4,7 (5,0), 5,1 (5,8)
 Gewählt: Michael Peter Groß (SPD)

Wahlkreis 123: Gelsenkirchen

Wahlbeteiligung: 68,2 (65,3)
 CDU: 25,4 (28,6), 22,4 (27,7)
 SPD: 38,3 (50,5), 33,5 (44,0)
 AfD: 16,9 (3,8), 17,0 (4,7)
 FDP: 6,7 (1,7), 9,2 (3,0)
 Linke: 6,5 (6,1), 7,4 (7,6)
 Grüne: 4,6 (3,7), 4,6 (5,5)
 Gewählt: Markus Töns (SPD)

Wahlkreis 124: Steinfurt – Borken I

Wahlbeteiligung: 76,5 (73,3)
 CDU: 51,2 (52,0), 43,9 (49,8)
 SPD: 25,8 (31,9), 23,1 (28,1)
 AfD: 6,1 (2,2), 6,3 (2,8)
 FDP: 6,6 (2,8), 12,6 (5,1)
 Linke: 4,9 (3,8), 5,5 (4,4)
 Grüne: 5,3 (5,1), 6,0 (6,1)
 Gewählt: Jens Spahn (CDU)

Wahlkreis 125: Bottrop – Recklinghausen III

Wahlbeteiligung: 74,9 (71,9)
 CDU: 33,6 (36,5), 29,9 (34,8)
 SPD: 36,8 (45,8), 31,2 (40,1)
 AfD: 11,9 (3,8), 12,4 (4,1)
 FDP: 6,5 (1,6), 10,5 (3,5)
 Linke: 6,3 (5,4), 6,8 (6,2)
 Grüne: 4,4 (3,6), 4,8 (5,5)

Gewählt: Michael Gerdes (SPD)

Wahlkreis 126: Borken II

Wahlbeteiligung: 79,1 (76,2)
 CDU: 52,3 (57,4), 47,0 (53,5)
 SPD: 25,3 (27,1), 21,5 (25,5)
 AfD: - (1,9), 6,0 (2,7)
 FDP: 9,1 (2,3), 13,1 (5,3)
 Linke: 4,5 (3,0), 4,2 (3,6)
 Grüne: 6,7 (6,4), 5,9 (6,1)
 Gewählt: Johannes August Röring (CDU)

Wahlkreis 127: Coesfeld – Steinfurt II

Wahlbeteiligung: 81,3 (78,5)
 CDU: 51,6 (56,1), 44,0 (50,1)
 SPD: 23,5 (26,8), 21,0 (25,6)
 AfD: - (2,0), 6,1 (2,8)
 FDP: 10,5 (2,6), 13,5 (5,6)
 Linke: 6,2 (3,3), 5,4 (4,2)
 Grüne: 8,2 (7,0), 7,5 (8,1)
 Gewählt: Marc Henrichmann (CDU)

Wahlkreis 128: Steinfurt III

Wahlbeteiligung: 78,0 (75,3)
 CDU: 44,8 (47,9), 37,8 (43,3)
 SPD: 30,3 (36,5), 27,6 (33,4)
 AfD: 6,3 (1,8), 6,8 (2,8)
 FDP: 5,6 (1,8), 11,4 (4,7)
 Linke: 5,6 (3,8), 6,4 (4,7)
 Grüne: 6,5 (5,8), 7,3 (7,6)
 Gewählt: Anja Karliczek (CDU)

Wahlkreis 129: Münster

Wahlbeteiligung: 82,3 (79,1)
 CDU: 37,2 (38,8), 32,8 (37,8)
 SPD: 28,9 (35,4), 20,9 (27,2)
 AfD: 4,5 (2,0), 4,9 (2,9)
 FDP: 7,0 (5,7), 13,5 (6,8)
 Linke: 6,9 (4,3), 10,1 (6,3)
 Grüne: 12,8 (11,1), 14,6 (15,2)
 Gewählt: Sybille Benning (CDU)

Wahlkreis 130: Warendorf

Wahlbeteiligung: 78,0 (75,2)
 CDU: 46,4 (51,3), 40,3 (47,1)
 SPD: 27,9 (32,0), 24,0 (29,1)
 AfD: 6,9 (2,2), 7,4 (2,9)
 FDP: 7,0 (2,3), 13,1 (5,4)
 Linke: 4,8 (3,5), 5,5 (4,4)
 Grüne: 5,6 (5,9), 6,7 (7,2)
 Gewählt: Reinhold Senderk (CDU)

Wahlkreis 131: Gütersloh I

Wahlbeteiligung: 75,5 (72,3)
 CDU: 46,6 (50,3), 38,4 (46,3)
 SPD: 28,0 (33,6), 22,9 (28,7)
 AfD: 8,0 (2,5), 8,6 (3,2)
 FDP: 6,5 (1,9), 13,1 (4,9)
 Linke: 4,3 (4,3), 6,1 (5,0)
 Grüne: 5,7 (5,4), 7,9 (7,9)
 Gewählt: Ralph Brinkhaus (CDU)

Wahlkreis 132: Bielefeld – Gütersloh II

Wahlbeteiligung: 75,6 (72,7)
 CDU: 30,7 (37,3), 27,6 (35,3)
 SPD: 33,2 (38,1), 25,4 (32,6)
 AfD: 8,1 (2,5), 8,9 (3,4)
 FDP: 7,3 (2,0), 11,5 (4,0)
 Linke: 9,0 (6,9), 11,1 (8,4)
 Grüne: 9,6 (10,7), 11,2 (11,7)
 Gewählt: Wiebke Esdar (SPD)

Wahlkreis 133: Herford – Minden-Lübbecke II

Wahlbeteiligung: 73,7 (70,9)
 CDU: 35,7 (40,8), 31,7 (39,4)
 SPD: 36,8 (41,3), 28,7 (34,9)
 AfD: 10,0 (-), 10,8 (3,6)
 FDP: 5,6 (3,5), 11,5 (4,2)
 Linke: 5,6 (5,4), 6,9 (5,8)
 Grüne: 5,1 (5,1), 6,9 (7,6)
 Gewählt: Stefan Schwartze (SPD)

Wahlkreis 134: Minden-Lübbecke I

Wahlbeteiligung: 74,0 (70,5)
 CDU: 35,5 (46,3), 32,8 (41,1)
 SPD: 37,4 (40,5), 29,4 (34,4)
 AfD: 9,9 (-), 10,6 (3,6)
 FDP: 7,1 (1,9), 11,3 (4,6)
 Linke: 5,3 (4,1), 6,3 (4,9)
 Grüne: 4,9 (4,1), 6,4 (7,3)
 Gewählt: Achim Post (SPD)

Wahlkreis 135: Lippe

Wahlbeteiligung: 75,6 (72,9)
 CDU: 36,6 (40,2), 31,5 (39,3)
 SPD: 32,1 (41,1), 27,8 (35,1)
 AfD: 10,2 (2,5), 11,1 (3,8)
 FDP: 8,4 (2,3), 12,5 (4,6)
 Linke: 5,4 (4,2), 6,6 (5,1)
 Grüne: 6,0 (5,7), 7,0 (7,3)
 Gewählt: Kerstin Viergege (CDU)

Wahlkreis 136: Höxter – Lippe II

Wahlbeteiligung: 75,7 (73,1)
 CDU: 44,3 (50,0), 37,3 (45,8)
 SPD: 26,7 (31,3), 24,7 (29,7)
 AfD: 9,2 (2,6), 9,6 (3,6)
 FDP: 6,8 (1,9), 12,4 (4,8)
 Linke: 5,5 (4,1), 6,4 (5,1)
 Grüne: 5,9 (5,7), 6,4 (6,7)
 Gewählt: Christian Haase (CDU)

Wahlkreis 137: Paderborn – Gütersloh III

Wahlbeteiligung: 75,2 (71,3)
 CDU: 53,3 (59,1), 40,7 (51,3)
 SPD: 19,9 (23,2), 18,9 (23,3)
 AfD: 9,1 (2,0), 9,9 (3,6)
 FDP: 5,5 (1,9), 13,4 (5,0)
 Linke: 5,1 (4,0), 6,6 (5,2)
 Grüne: 6,0 (6,5), 7,3 (7,1)
 Gewählt: Carsten Linnemann

Wahlkreis 138: Hagen – Ennepe-Ruhr-Kreis I

Wahlbeteiligung: 72,3 (69,1)
 CDU: 30,3 (34,1), 28,9 (35,3)
 SPD: 39,2 (47,1), 29,3 (36,7)
 AfD: 11,3 (-), 11,8 (4,4)
 FDP: 7,9 (3,4), 12,6 (4,5)

Linke: 5,4 (5,7), 7,2 (6,8)
 Grüne: 3,9 (4,5), 5,8 (6,7)
 Gewählt: René Rösper (SPD)

Wahlkreis 139: Ennepe-Ruhr-Kreis II

Wahlbeteiligung: 77,1 (74,4)
 CDU: 32,9 (35,8), 27,3 (33,1)
 SPD: 36,7 (42,3), 29,9 (38,3)
 AfD: - (3,0), 9,7 (3,9)
 FDP: 10,5 (2,0), 12,7 (4,5)
 Linke: 8,1 (5,1), 8,1 (6,4)
 Grüne: 8,6 (8,3), 8,2 (9,1)
 Gewählt: Ralf Kapschack (SPD)

Wahlkreis 140: Bochum I

Wahlbeteiligung: 76,0 (73,0)
 CDU: 28,2 (35,6), 25,4 (30,5)
 SPD: 37,2 (44,2), 29,7 (38,6)
 AfD: 9,5 (-), 9,8 (3,8)
 FDP: 7,0 (1,4), 11,2 (3,9)
 Linke: 10,0 (6,8), 10,2 (7,9)
 Grüne: 7,7 (6,8), 8,9 (9,6)
 Gewählt: Axel Schäfer (SPD)

Wahlkreis 141: Herne – Bochum II

Wahlbeteiligung: 71,4 (69,0)
 CDU: 24,2 (30,4), 23,5 (28,1)
 SPD: 41,8 (48,7), 34,2 (43,9)
 AfD: 13,4 (-), 13,4 (4,0)
 FDP: 6,7 (1,5), 9,1 (2,8)
 Linke: 8,0 (7,6), 8,6 (8,1)
 Grüne: 5,6 (5,8), 5,9 (6,6)
 Gewählt: Michelle Müntefering (SPD)

Wahlkreis 142: Dortmund I

Wahlbeteiligung: 73,9 (69,7)
 CDU: 28,6 (30,7), 24,5 (29,0)
 SPD: 38,8 (45,4), 30,0 (38,1)
 AfD: 9,5 (3,5), 9,8 (4,1)
 FDP: 5,9 (2,0), 11,1 (4,1)
 Linke: 7,7 (6,0), 10,0 (7,9)
 Grüne: 7,3 (7,5), 9,5 (10,7)
 Gewählt: Marco Bülow (SPD)

Wahlkreis 143: Dortmund II

Wahlbeteiligung: 70,7 (66,5)
 CDU: 28,1 (32,2), 24,5 (29,1)
 SPD: 38,8 (46,7), 32,7 (40,9)
 AfD: 10,6 (-), 10,9 (4,1)
 FDP: 6,4 (1,5), 10,8 (3,8)
 Linke: 8,6 (6,9), 9,1 (7,8)
 Grüne: 6,4 (6,8), 7,2 (8,3)
 Gewählt: Sabine Poschmann (SPD)

Wahlkreis 144: Unna I

Wahlbeteiligung: 76,2 (74,0)
 CDU: 31,8 (35,8), 27,2 (31,9)
 SPD: 38,8 (46,7), 33,6 (40,9)
 AfD: 9,1 (-), 9,8 (3,8)
 FDP: 6,4 (1,7), 11,5 (4,0)
 Linke: 5,4 (5,3), 6,9 (6,2)
 Grüne: 6,4 (5,6), 6,9 (7,9)
 Gewählt: Oliver Kaczmarek (SPD)

Wahlkreis 145: Hamm – Unna II

Wahlbeteiligung: 72,9 (70,3)
 CDU: 35,2 (39,3), 30,3 (36,9)
 SPD: 36,4 (43,2), 31,5 (38,5)
 AfD: 10,4 (-), 11,2 (3,3)
 FDP: 5,9 (2,1), 10,4 (3,7)
 Linke: 5,9 (5,6), 7,0 (6,3)
 Grüne: 4,4 (5,0), 5,3 (6,0)
 Gewählt: Michael Thews (SPD)

Wahlkreis 146: Soest

Wahlbeteiligung: 75,1 (72,3)
 CDU: 42,7 (49,8), 36,3 (44,8)
 SPD: 29,3 (33,3), 25,0 (30,4)
 AfD: 8,9 (-), 9,3 (3,4)
 FDP: 7,9 (2,3), 13,5 (4,9)
 Linke: 5,7 (5,0), 6,8 (5,2)
 Grüne: 5,5 (6,0), 6,2 (7,0)
 Gewählt: Hans-Jürgen Thies (CDU)

Wahlkreis 147: Hochsauerlandkreis

Wahlbeteiligung: 76,0 (73,7)
 CDU: 48,0 (56,1), 41,7 (49,7)
 SPD: 26,9 (29,9), 22,8 (28,0)
 AfD: 7,3 (-), 8,0 (3,4)
 FDP: 8,4 (4,1), 5,4 (4,7)
 Linke: 4,2 (4,1), 5,4 (4,7)
 Grüne: 4,2 (4,2), 4,7 (4,8)
 Gewählt: Patrick Ernst Sensburg

Wahlkreis 148: Siegen-Wittgenstein

Wahlbeteiligung: 76,3 (72,6)
 CDU: 40,1 (45,8), 33,9 (41,5)
 SPD: 30,2 (36,5), 26,4 (32,0)
 AfD: 9,8 (3,1), 10,7 (4,9)
 FDP: 7,3 (2,2), 11,9 (4,7)
 Linke: 5,9 (4,5), 7,8 (5,8)
 Grüne: 4,3 (5,0), 5,5 (6,4)
 Gewählt: Volkmar Klein (CDU)

Wahlkreis 149: Olpe – Märkischer Kreis I

Wahlbeteiligung: 73,8 (71,4)
 CDU: 47,9 (51,7), 40,6 (48,0)
 SPD: 26,3 (32,7), 23,3 (28,2)
 AfD: 8,8 (2,6), 9,2 (4,1)
 FDP: 8,8 (2,4), 13,7 (5,2)
 Linke: 4,8 (3,8), 5,4 (4,8)
 Grüne: 3,4 (3,4), 4,5 (5,2)
 Gewählt: Matthias Heider (CDU)

Wahlkreis 150: Märkischer Kreis II

Wahlbeteiligung: 72,5 (70,4)
 CDU: 37,8 (41,6), 34,0 (41,5)
 SPD: 38,6 (41,7), 25,8 (32,3)
 AfD: - (3,3), 11,6 (5,0)
 FDP: 10,7 (1,9), 13,4 (4,5)
 Linke: 7,8 (4,8), 6,5 (5,9)
 Grüne: 3,8 (3,1), 4,9 (5,6)
 Gewählt: Dagmar Freitag (SPD)

Gewählte Landeslistenbewerber

CDU: Oliver Wittke, Marie-Luise Dött, Ralf Brauksiepe, Paul Ziemeik
 SPD: Martin Schulz, Barbara Hendricks, Wolfgang Hellmich, Kerstin Griese, Bernhard Daldrop, Ursula Schulte, Dietmar

Nietan, Ulla Schmidt, Udo Schiefner, Gülistan Yüksel, Dirk Wiese, Ingrid Arndt-Brauer, Sebastian Hartmann, Elvan Korkmaz, Andreas Rimkus

AFD: Martin Renner, Jochen Haug, Harald Weyel, Kay Gottschalk, Jörg Schneider, Fabian Jacobi, Hans-Rüdiger Lucassen, Udo Hemmelgarn, Uwe Kamann, Michael Espendiller, Stefan Keuter, Mario Mieruch, Uwe Witt, Roland Hartwig, Gerhard Elsner von Gronow
 FDP: Christian Lindner, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, Marco Buschmann, Johannes Vogel, Bijan Djir-Sarai, Otto Fricke, Reinhard Houben, Frank Schäffler, Karlheinz Busen, Markus Herbrand, Nicole Westig, Bernd Reuther, Carl-Julius Cronenberg, Christian Sauter, Manfred Todtenhausen, Katrin Helling-Plahr, Roman Müller-Böhm, Olaf in der Beek, Katharina Kloke, Linke: Sahra Wagenknecht, Matthias W. Birkwald, Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Niema Movassat, Kathrin Vogler, Zdebel Hubertus, Sylvia Gabelmann, Alexander Neu, Ingrid Remmers, Friedrich Straetmanns
 Grüne: Britta Haßelmann, Oliver Krischer, Katja Dörner, Sven Lehmann, Irene Mihalic, Frithjof Schmidt, Katharina Dröge, Markus Kurth, Maria Klein-Schmeink, Kai Boris Gehring, Ulle Schauws, Friedrich Ostendorff

Wahlkreis 151: Nordsachsen

Wahlbeteiligung: 73,2 (66,4)
 CDU: 32,8 (45,6), 29,4 (44,9)
 SPD: 14,0 (20,4), 12,5 (15,4)
 AfD: 26,8 (-), 26,9 (7,3)
 FDP: 6,6 (2,1), 7,9 (2,6)
 Linke: 17,2 (21,8), 14,7 (20,6)
 Grüne: 2,6 (3,1), 2,6 (2,9)
 Gewählt: Marian Wendt (CDU)

Wahlkreis 152: Leipzig I

Wahlbeteiligung: 73,2 (65,8)
 CDU: 27,5 (40,0), 23,5 (36,9)
 SPD: 16,5 (21,6), 12,9 (18,5)
 AfD: 20,5 (-), 20,8 (6,1)
 FDP: 5,7 (1,7), 8,5 (2,9)
 Linke: 19,5 (23,4), 19,5 (21,3)
 Grüne: 5,5 (5,6), 7,1 (6,9)
 Gewählt: Jens Lehmann (CDU)

Wahlkreis 153: Leipzig II

Wahlbeteiligung: 76,9 (70,0)
 CDU: 24,6 (34,3), 21,9 (32,6)
 SPD: 13,7 (23,4), 13,1 (18,9)
 AfD: 15,0 (-), 16,0 (5,1)
 FDP: 5,8 (1,5), 8,5 (3,0)
 Linke: 25,3 (24,9), 22,5 (22,5)
 Grüne: 9,9 (9,0), 10,4 (11,2)
 Gewählt: Sören Pellmann (Die Linke)

Wahlkreis 154: Leipzig-Land

Wahlbeteiligung: 74,9 (68,8)
 CDU: 34,1 (41,3), 30,1 (45,8)
 SPD: 11,5 (15,8), 11,4 (15,2)
 AfD: 28,7 (-), 26,9 (6,4)
 FDP: 6,3 (1,9), 8,1 (2,9)
 Linke: 15,6 (21,4), 14,7 (19,9)
 Grüne: 3,9 (3,3), 3,2 (3,3)
 Gewählt: Katharina Landgraf (CDU)</

Wahlkreis 175: Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten

Wahlbeteiligung: 77,1 (72,6)
 CDU: 36,4 (48,8), 31,7 (41,2)
 SPD: 28,3 (32,4), 23,6 (27,8)
 AfD: 14,8 (-), 15,4 (6,4)
 FDP: 6,1 (2,3), 10,4 (5,1)
 Linke: 5,9 (5,3), 6,6 (5,5)
 Grüne: 5,4 (5,4), 7,1 (7,7)
 Gewählt: Peter Michael Tauber (CDU)

Wahlkreis 176: Hochtaunus

Wahlbeteiligung: 80,6 (76,8)
 CDU: 39,9 (48,8), 33,5 (43,0)
 SPD: 23,0 (28,1), 20,0 (24,7)
 AfD: 10,4 (5,7), 11,2 (6,9)
 FDP: 10,4 (3,6), 15,0 (7,5)
 Linke: 5,9 (4,0), 6,6 (4,6)
 Grüne: 8,9 (7,3), 9,7 (9,3)
 Gewählt: Markus Benjamin Koob (CDU)

Wahlkreis 177: Wetterau I

Wahlbeteiligung: 78,7 (75,1)
 CDU: 36,4 (47,1), 32,0 (40,9)
 SPD: 29,0 (31,9), 22,7 (27,3)
 AfD: 10,9 (-), 11,6 (5,9)
 FDP: 8,1 (2,8), 12,7 (5,9)
 Linke: 4,9 (4,8), 6,7 (5,2)
 Grüne: 8,3 (7,4), 9,5 (9,4)
 Gewählt: Oswin Veith (CDU)

Wahlkreis 178: Rheingau-Taunus – Limburg

Wahlbeteiligung: 78,8 (75,1)
 CDU: 41,8 (52,1), 34,6 (45,5)
 SPD: 25,4 (29,1), 20,7 (25,1)
 AfD: 10,2 (4,3), 11,9 (5,8)
 FDP: 7,6 (2,3), 13,2 (6,3)
 Linke: 5,5 (3,9), 6,5 (4,5)
 Grüne: 7,0 (5,6), 8,9 (8,6)
 Gewählt: Klaus-Peter Willisch (CDU)

Wahlkreis 179: Wiesbaden

Wahlbeteiligung: 73,8 (69,8)
 CDU: 34,3 (43,6), 29,0 (38,7)
 SPD: 28,6 (35,0), 21,2 (27,8)
 AfD: 10,5 (4,0), 11,2 (5,1)
 FDP: 7,0 (2,5), 13,3 (6,8)
 Linke: 7,7 (4,7), 9,5 (5,9)
 Grüne: 8,9 (7,5), 11,8 (11,7)
 Gewählt: Ingmar Ludwig Jung (CDU)

Wahlkreis 180: Hanau

Wahlbeteiligung: 75,6 (72,3)
 CDU: 35,3 (44,3), 29,6 (39,2)
 SPD: 30,4 (36,4), 23,5 (28,6)
 AfD: 12,8 (-), 14,1 (5,9)
 FDP: 6,4 (2,5), 11,5 (5,3)
 Linke: 5,8 (5,7), 7,6 (6,1)
 Grüne: 6,1 (5,8), 8,6 (9,0)
 Gewählt: Katja Leikert (CDU)

Wahlkreis 181: Main-Taunus

Wahlbeteiligung: 81,4 (78,9)
 CDU: 41,9 (52,5), 34,6 (43,8)
 SPD: 21,8 (27,1), 18,1 (22,5)
 AfD: 9,7 (-), 10,3 (6,9)
 FDP: 10,9 (4,3), 16,7 (8,6)
 Linke: 5,0 (4,2), 6,0 (4,2)
 Grüne: 9,1 (8,2), 10,5 (9,9)
 Gewählt: Norbert Maria Altenkamp (CDU)

Wahlkreis 182: Frankfurt am Main I

Wahlbeteiligung: 72,4 (68,3)
 CDU: 30,6 (40,2), 26,0 (33,5)
 SPD: 27,0 (33,0), 20,8 (26,8)
 AfD: 9,0 (-), 9,3 (5,3)
 FDP: 9,2 (3,2), 14,0 (7,0)
 Linke: 9,7 (7,9), 12,0 (8,9)
 Grüne: 10,9 (9,9), 13,6 (13,3)
 Gewählt: Matthias Rainer Zimmer (CDU)

Wahlkreis 183: Frankfurt am Main II

Wahlbeteiligung: 77,0 (72,9)
 CDU: 32,4 (36,3), 26,8 (33,9)
 SPD: 25,9 (30,5), 19,6 (26,3)
 AfD: 7,6 (3,3), 8,0 (4,9)
 FDP: 8,1 (3,5), 14,3 (7,0)
 Linke: 9,1 (6,1), 11,7 (8,1)
 Grüne: 13,5 (13,5), 15,5 (15,4)
 Gewählt: Bettina Margarethe Wiesmann (CDU)

Wahlkreis 184: Groß-Gerau

Wahlbeteiligung: 76,3 (73,2)
 CDU: 35,1 (42,2), 30,5 (36,7)
 SPD: 32,4 (38,1), 25,4 (30,5)
 AfD: 11,3 (-), 12,2 (5,6)
 FDP: 5,6 (2,0), 9,6 (4,7)
 Linke: 6,7 (6,2), 8,2 (6,2)
 Grüne: 6,8 (7,7), 9,0 (10,6)
 Gewählt: Stefan Sauer (CDU)

Wahlkreis 185: Offenbach

Wahlbeteiligung: 74,3 (71,4)
 CDU: 36,4 (45,5), 30,6 (38,8)
 SPD: 24,9 (31,2), 21,4 (26,1)
 AfD: 11,2 (-), 11,8 (5,8)
 FDP: 7,7 (2,8), 12,6 (6,4)
 Linke: 7,7 (6,2), 8,8 (6,6)
 Grüne: 8,8 (8,2), 10,2 (10,7)
 Gewählt: Björn Manuel Simon (CDU)

Wahlkreis 186: Darmstadt

Wahlbeteiligung: 79,4 (75,3)
 CDU: 30,7 (35,9), 27,4 (34,9)
 SPD: 29,7 (37,3), 22,4 (28,5)
 AfD: 9,1 (3,8), 9,8 (5,2)
 FDP: 6,2 (2,4), 11,0 (5,1)
 Linke: 8,5 (5,2), 10,3 (6,7)
 Grüne: 14,2 (11,7), 14,3 (14,2)
 Gewählt: Astrid Mannes (CDU)

Wahlkreis 187: Odenwald

Wahlbeteiligung: 78,9 (75,6)
 CDU: 36,1 (46,9), 32,7 (40,9)
 SPD: 29,0 (33,6), 23,3 (28,1)
 AfD: 11,7 (-), 12,2 (5,7)
 FDP: 7,2 (2,7), 10,9 (5,2)

Linke: 6,1 (5,0), 7,4 (5,5)
 Grüne: 7,8 (6,9), 8,8 (9,1)
 Gewählt: Patricia Lips (CDU)

Wahlkreis 188: Bergstraße

Wahlbeteiligung: 78,6 (74,3)
 CDU: 38,9 (48,3), 33,2 (42,4)
 SPD: 26,9 (31,8), 22,3 (27,6)
 AfD: 12,5 (4,2), 12,9 (5,6)
 FDP: 7,6 (1,9), 11,8 (5,5)
 Linke: 5,5 (3,9), 6,6 (4,9)
 Grüne: 7,6 (5,7), 8,8 (8,7)
 Gewählt: Michael Günther Meister (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber

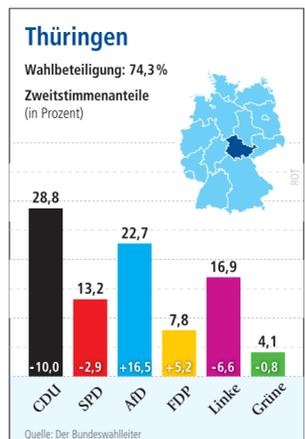
SPD: Christine Lambrecht, Sascha Markus Raabe, Dagmar Schmidt, Ulrike Nissen, Martin Hermann Rabanus, Bettina Müller, Jens Zimmermann

AFD: Mariana Iris Harder-Kühnel, Joana Eleonora Cotar, Uwe Schulz, Jan Ralf Nolte, Albrecht Heinz Erhard Glaser, Martin Hohmann

Linke: Sabine Leidig, Achim Dieter Kessler, Christine Buchholz, Jörg Cezanne

FDP: Nicola Gertrud Ruth Beer, Stefan Ruppert, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Till Berthold Mansmann, Alexander Müller

Grüne: Daniela Wagner, Omid Nouripour, Kordula Anna Paula Schulz-Asche, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bettina Hoffmann



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 189: Eichsfeld – Nordhausen – Kyffhäuserkreis

Wahlbeteiligung: 73,1 (67,6)
 CDU: 38,0 (47,9), 33,8 (43,5)
 SPD: 14,3 (16,4), 13,9 (15,3)
 AfD: 21,4 (-), 21,1 (5,0)
 FDP: 4,9 (1,4), 7,7 (2,7)
 Linke: 15,3 (22,3), 14,5 (21,7)
 Grüne: 2,6 (3,0), 3,1 (3,7)
 Gewählt: Manfred Grund (CDU)

Wahlkreis 190: Eisenach – Wartburgkreis – Unstrut-Hainich-Kreis

Wahlbeteiligung: 73,3 (67,1)
 CDU: 34,4 (43,4), 30,0 (40,1)
 SPD: 15,2 (18,7), 14,4 (17,1)
 AfD: 21,2 (-), 22,3 (5,1)
 FDP: 5,0 (1,6), 7,2 (2,5)
 Linke: 15,5 (23,5), 15,6 (22,5)
 Grüne: 3,1 (3,2), 3,5 (4,1)
 Gewählt: Christian Hirte (CDU)

Wahlkreis 191: Jena – Sömmerda – Weimarer Land I

Wahlbeteiligung: 76,8 (70,2)
 CDU: 29,2 (38,5), 27,4 (36,0)
 SPD: 14,2 (19,8), 12,5 (16,4)
 AfD: 19,3 (1,8), 19,8 (5,8)
 FDP: 5,8 (2,0), 8,7 (3,2)
 Linke: 21,4 (25,1), 18,5 (23,1)
 Grüne: 4,9 (5,3), 6,2 (7,3)
 Gewählt: Johannes Selle (CDU)

Wahlkreis 192: Gotha – Ilm-Kreis

Wahlbeteiligung: 74,4 (68,7)
 CDU: 29,0 (37,3), 27,8 (38,2)
 SPD: 18,6 (25,0), 14,0 (17,1)
 AfD: 23,9 (5,8), 24,1 (7,4)
 FDP: 6,0 (1,4), 7,7 (2,4)
 Linke: 15,6 (20,1), 15,7 (22,1)
 Grüne: 3,3 (3,0), 3,7 (4,6)
 Gewählt: Tankred Schipanski (CDU)

Wahlkreis 193: Erfurt – Weimar – Weimarer Land II

Wahlbeteiligung: 75,5 (69,8)
 CDU: 27,3 (37,1), 25,4 (34,5)
 SPD: 18,2 (23,9), 14,2 (17,6)
 AfD: 17,5 (-), 18,2 (6,1)
 FDP: 6,0 (1,2), 8,6 (2,6)
 Linke: 18,7 (23,4), 19,4 (23,0)
 Grüne: 7,1 (6,0), 7,6 (8,5)
 Gewählt: Antje Tillmann (CDU)

Wahlkreis 194: Gera – Greiz – Altenburger Land

Wahlbeteiligung: 73,5 (67,7)
 CDU: 30,4 (42,7), 27,3 (39,9)
 SPD: 11,8 (14,2), 11,4 (14,2)
 AfD: 27,3 (6,2), 27,1 (7,6)
 FDP: 5,6 (1,4), 8,2 (2,6)
 Linke: 18,7 (26,3), 17,4 (25,1)
 Grüne: 2,1 (2,8), 2,7 (3,5)
 Gewählt: Volkmar Vogel (CDU)

Wahlkreis 195: Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis

Wahlbeteiligung: 75,0 (69,1)

CDU: 30,9 (41,2), 28,1 (38,2)
 SPD: 11,7 (18,7), 12,0 (15,2)
 AfD: 26,5 (1,8), 25,8 (7,2)
 FDP: 6,1 (2,2), 7,8 (2,6)
 Linke: 17,1 (25,5), 16,6 (24,3)
 Grüne: 3,4 (3,8), 3,0 (4,1)
 Gewählt: Albert Helmut Weiler (CDU)

Wahlkreis 196: Suhl – Schmalkalden-Meinungen – Hildburghausen – Sonneberg

Wahlbeteiligung: 72,6 (66,2)
 CDU: 33,6 (41,9), 30,3 (39,4)
 SPD: 13,4 (18,4), 13,6 (16,4)
 AfD: 22,8 (-), 23,0 (5,1)
 FDP: 4,9 (1,4), 6,7 (2,4)
 Linke: 18,2 (27,6), 16,9 (25,2)
 Grüne: 2,6 (2,9), 3,3 (3,8)
 Gewählt: Mark Hauptmann (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber

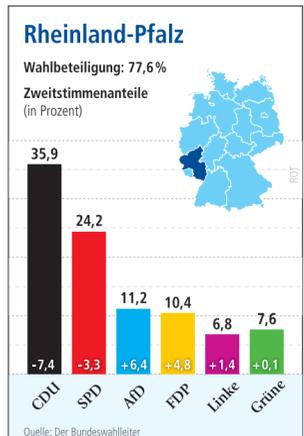
SPD: Carsten Schneider, Elisabeth Kaiser, Christoph Matschie

Linke: Martina Renner, Ralph Lenkert, Kersten Steinke

Grüne: Katrin Göring-Eckardt

FDP: Thomas L. Kemmerich, Gerald Ullrich

AFD: Stephan Brandner, Jürgen Pohl, Marcus Bühl, Robby Schlund, Anton Friesen



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 197: Neuwied

Wahlbeteiligung: 75,9 (72,2)
 CDU: 43,2 (46,9), 38,2 (45,6)
 SPD: 28,6 (37,3), 25,4 (28,6)
 AfD: 9,5 (-), 10,8 (5,1)
 FDP: 6,1 (2,3), 10,1 (4,7)
 Linke: 5,3 (4,5), 6,3 (5,2)
 Grüne: 5,3 (4,0), 6,0 (6,2)
 Gewählt: Erwin Rüdell (CDU)

Wahlkreis 198: Ahrweiler

Wahlbeteiligung: 77,5 (73,1)
 CDU: 42,8 (55,5), 40,6 (48,8)
 SPD: 27,4 (28,0), 22,7 (24,8)
 AfD: 8,8 (-), 9,6 (5,2)
 FDP: 8,7 (2,4), 11,6 (5,6)
 Linke: 4,5 (4,5), 5,7 (4,7)
 Grüne: 5,8 (5,6), 6,7 (6,6)
 Gewählt: Mechthild Heil (CDU)

Wahlkreis 199: Koblenz

Wahlbeteiligung: 76,7 (72,1)
 CDU: 41,3 (48,0), 37,8 (45,0)
 SPD: 28,7 (30,8), 23,8 (27,1)
 AfD: 8,2 (-), 9,2 (4,7)
 FDP: 6,5 (2,7), 10,8 (5,4)
 Linke: 5,2 (4,9), 6,9 (5,2)
 Grüne: 6,2 (8,0), 7,9 (7,7)
 Gewählt: Josef Oster (CDU)

Wahlkreis 200: Mosel/Rhein-Hunsrück

Wahlbeteiligung: 78,4 (73,7)
 CDU: 44,1 (53,6), 41,6 (49,4)
 SPD: 25,2 (27,9), 23,0 (24,6)
 AfD: 8,2 (-), 9,0 (4,2)
 FDP: 8,7 (3,2), 11,2 (6,3)
 Linke: 5,3 (4,5), 6,1 (4,8)
 Grüne: 4,9 (4,0), 5,6 (5,7)
 Gewählt: Peter Bleser (CDU)

Wahlkreis 201: Kreuznach

Wahlbeteiligung: 75,5 (70,6)
 CDU: 37,0 (41,4), 34,1 (41,1)
 SPD: 31,5 (37,6), 27,4 (31,4)
 AfD: 10,8 (-), 11,7 (4,8)
 FDP: 6,8 (2,9), 9,9 (5,6)
 Linke: 5,5 (5,2), 6,9 (5,8)
 Grüne: 4,9 (4,4), 6,2 (6,3)
 Gewählt: Antje Lezius (CDU)

Wahlkreis 202: Bitburg

Wahlbeteiligung: 77,0 (71,7)
 CDU: 51,2 (56,0), 44,5 (52,2)
 SPD: 25,7 (26,3), 21,8 (22,3)
 AfD: 7,1 (-), 8,0 (3,6)
 FDP: 7,0 (3,3), 10,3 (6,1)
 Linke: 5,5 (3,3), 5,9 (4,4)
 Grüne: - (5,0), 6,2 (6,1)
 Gewählt: Patrick Schnieder (CDU)

Wahlkreis 203: Trier

Wahlbeteiligung: 78,6 (72,8)
 CDU: 37,9 (48,8), 37,7 (44,0)
 SPD: 33,7 (31,1), 24,7 (26,3)
 AfD: 7,0 (-), 8,0 (4,1)
 FDP: 5,3 (1,9), 9,2 (4,9)
 Linke: 6,6 (5,6), 8,6 (6,3)
 Grüne: 6,5 (6,9), 9,0 (9,5)
 Gewählt: Andreas Steier (CDU)

Wahlkreis 204: Montabaur

Wahlbeteiligung: 77,8 (73,5)

CDU: 43,3 (49,3), 37,5 (45,2)
 SPD: 29,8 (31,0), 24,7 (27,8)
 AfD: - (-), 11,0 (5,1)
 FDP: 9,2 (2,4), 10,9 (5,2)
 Linke: 7,0 (4,8), 5,9 (5,1)
 Grüne: 5,2 (5,9), 6,2 (6,3)
 Gewählt: Andreas Nick (CDU)

Wahlkreis 205: Mainz

Wahlbeteiligung: 81,3 (76,6)
 CDU: 35,7 (40,1), 32,7 (38,4)
 SPD: 28,8 (34,8), 22,0 (26,5)
 AfD: 7,3 (-), 8,2 (4,5)
 FDP: 6,9 (5,0), 11,3 (6,5)
 Linke: 6,5 (4,3), 8,5 (5,5)
 Grüne: 10,8 (10,2), 13,1 (13,3)
 Gewählt: Ursula Groden-Kranich (CDU)

Wahlkreis 206: Worms

Wahlbeteiligung: 79,5 (73,8)
 CDU: 41,1 (42,0), 32,6 (39,4)
 SPD: 26,7 (36,9), 25,3 (29,9)
 AfD: 11,3 (4,1), 13,1 (5,6)
 FDP: 6,0 (2,7), 10,5 (6,0)
 Linke: 5,1 (3,7), 6,4 (5,0)
 Grüne: 6,7 (5,6), 8,0 (8,4)
 Gewählt: Jan Metzler (CDU)

Wahlkreis 207: Ludwigshafen/Frankenthal

Wahlbeteiligung: 75,0 (71,4)
 CDU: 32,2 (43,3), 30,9X (39,0)
 SPD: 31,9 (35,6), 25,0 (29,5)
 AfD: 14,5 (-), 15,5 (6,1)
 FDP: 7,5 (2,5), 10,2 (5,2)
 Linke: 5,6 (4,9), 6,6 (5,6)
 Grüne: 5,5 (4,8), 7,3 (7,2)
 Gewählt: Jens Torbjörn Kartes (CDU)

Wahlkreis 208: Neustadt – Speyer

Wahlbeteiligung: 80,0 (75,0)
 CDU: 40,0 (47,9), 35,2 (43,7)
 SPD: 25,3 (28,6), 21,7 (25,8)
 AfD: 11,9 (-), 12,7 (4,9)
 FDP: 6,8 (2,7), 11,0 (5,7)
 Linke: 4,7 (4,5), 6,0 (4,8)
 Grüne: 7,6 (8,1), 8,8 (8,5)
 Gewählt: Johannes Steiniger (CDU)

Wahlkreis 209: Kaiserslautern

Wahlbeteiligung: 75,2 (70,2)
 CDU: 31,3 (37,2), 29,1 (35,9)
 SPD: 33,9 (38,5), 28,3 (32,7)
 AfD: 12,6 (-), 13,7 (4,4)
 FDP: 5,5 (2,3), 13,7 (4,4)
 Linke: 7,2 (7,4), 8,0 (7,6)
 Grüne: 5,1 (5,3), 6,7 (7,1)
 Gewählt: Gustav Herzog (SPD)

Wahlkreis 210: Pirmasens

Wahlbeteiligung: 76,0 (71,3)
 CDU: 36,8 (45,9), 35,8 (43,7)
 SPD: 28,7 (32,2), 24,7 (28,0)
 AfD: 12,9 (-), 14,1 (4,3)
 FDP: 6,7 (2,8), 8,9 (5,1)
 Linke: 6,1 (6,0), 7,2 (6,5)
 Grüne: 4,2 (4,1), 4,6 (4,7)
 Gewählt: Anita Schäfer (CDU)

Wahlkreis 211: Südpfalz

Wahlbeteiligung: 79,2 (73,4)
 CDU: 40,3 (48,8), 34,4 (42,7)
 SPD: 26,0 (28,0), 21,9 (26,0)
 AfD: 12,3 (-), 13,6 (4,9)
 FDP: 6,0 (4,0), 10,3 (6,2)
 Linke: 4,7 (4,1), 6,4 (4,8)
 Grüne: 7,9 (7,1), 8,7 (8,5)
 Gewählt: Thomas Gebhart (CDU)

Gewählte Landeslistenbewerber

Wahlkreis 239: Hof

Wahlbeteiligung: 75,9 (68,0)
 CSU: 47,0 (55,1), 38,8 (46,9)
 SPD: 23,6 (28,6), 22,1 (26,6)
 AfD: 11,8 (3,6), 13,2 (4,4)
 FDP: 3,7 (1,3), 7,9 (3,8)
 Linke: 4,4 (4,5), 5,7 (4,8)
 Grüne: 4,7 (5,3), 5,6 (5,4)
 Gewählt: Hans -Peter Friedrich (CSU)

Wahlkreis 240: Kulmbach

Wahlbeteiligung: 79,3 (70,9)
 CSU: 55,4 (56,9), 43,4 (52,3)
 SPD: 16,1 (22,8), 17,7 (21,5)
 AfD: 11,6 (3,2), 13,4 (4,0)
 FDP: 4,0 (1,6), 7,7 (3,7)
 Linke: 3,8 (3,0), 4,8 (3,6)
 Grüne: 4,4 (4,0), 5,9 (5,3)
 Gewählt: Emmi Zeulner (CSU)

Wahlkreis 241: Ansbach

Wahlbeteiligung: 76,5 (69,0)
 CSU: 44,3 (53,3), 40,4 (47,6)
 SPD: 18,4 (23,2), 17,1 (22,2)
 AfD: 10,5 (-), 11,8 (3,6)
 FDP: 4,2 (4,5), 7,5 (4,6)
 Linke: 6,1 (3,8), 6,6 (3,9)
 Grüne: 7,6 (5,9), 8,8 (8,3)
 Gewählt: Artur Auernhammer (CSU)

Wahlkreis 242: Erlangen

Wahlbeteiligung: 82,2 (75,3)
 CSU: 42,7 (48,5), 35,6 (41,7)
 SPD: 21,0 (26,3), 17,4 (24,3)
 AfD: 7,9 (3,3), 9,5 (4,2)
 FDP: 5,9 (2,2), 10,2 (5,5)
 Linke: 5,9 (4,2), 7,5 (4,4)
 Grüne: 11,0 (8,9), 13,5 (11,5)
 Gewählt: Stefan Müller (CSU)

Wahlkreis 243: Fürth

Wahlbeteiligung: 78,2 (70,3)
 CSU: 39,9 (49,2), 35,2 (42,8)
 SPD: 22,9 (27,1), 18,8 (25,2)
 AfD: 10,6 (3,2), 11,7 (4,4)
 FDP: 5,4 (1,8), 8,9 (4,7)
 Linke: 6,8 (4,3), 7,8 (5,0)
 Grüne: 9,7 (8,3), 10,4 (9,1)
 Gewählt: Christian Schmidt (CSU)

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Wahlbeteiligung: 76,1 (68,7)
 CSU: 31,3 (39,4), 27,6 (34,8)
 SPD: 25,6 (31,7), 18,2 (26,8)
 AfD: 9,2 (3,4), 10,0 (4,5)
 FDP: 7,2 (2,7), 10,6 (5,4)
 Linke: 10,0 (6,2), 11,7 (7,1)
 Grüne: 12,7 (10,1), 15,1 (13,3)
 Gewählt: Sebastian Brehm (CSU)

Wahlkreis 245: Nürnberg-Süd

Wahlbeteiligung: 72,7 (65,6)
 CSU: 35,6 (44,4), 31,2 (40,5)
 SPD: 26,5 (32,3), 21,0 (28,5)
 AfD: 13,2 (3,7), 14,3 (4,8)
 FDP: 5,8 (1,8), 8,6 (4,2)
 Linke: 8,2 (5,0), 8,9 (5,8)
 Grüne: 7,8 (6,8), 9,3 (8,0)
 Gewählt: Michael Frieser (CSU)

Wahlkreis 246: Roth

Wahlbeteiligung: 82,0 (74,6)
 CSU: 44,5 (50,6), 37,8 (45,5)
 SPD: 20,6 (27,6), 18,4 (24,5)
 AfD: 10,3 (-), 11,6 (3,9)
 FDP: 4,7 (3,2), 8,7 (4,5)
 Linke: 4,8 (3,6), 6,3 (3,8)
 Grüne: 7,9 (6,7), 9,7 (8,5)
 Gewählt: Marlene Mortler (CSU)

Wahlkreis 247: Aschaffenburg

Wahlbeteiligung: 79,1 (71,3)
 CSU: 48,1 (52,4), 38,3 (47,7)
 SPD: 16,6 (25,1), 17,6 (22,0)
 AfD: 10,5 (-), 11,6 (4,1)
 FDP: 8,0 (3,3), 10,9 (5,4)
 Linke: 4,8 (2,8), 6,1 (3,6)
 Grüne: 9,2 (8,0), 9,4 (8,6)
 Gewählt: Andrea Lindholz (CSU)

Wahlkreis 248: Bad Kissingen

Wahlbeteiligung: 79,6 (71,3)
 CSU: 51,1 (57,9), 44,6 (53,9)
 SPD: 19,1 (19,9), 15,8 (18,2)
 AfD: 10,5 (-), 11,6 (3,2)
 FDP: 5,6 (2,9), 8,9 (4,8)
 Linke: 5,4 (4,5), 5,9 (4,5)
 Grüne: 7,1 (7,9), 6,7 (6,4)
 Gewählt: Dorothee Bär (CSU)

Wahlkreis 249: Main-Spessart

Wahlbeteiligung: 80,2 (72,4)
 CSU: 46,6 (51,7), 41,8 (49,5)
 SPD: 22,6 (23,3), 18,5 (21,6)
 AfD: 9,1 (3,3), 10,8 (3,9)
 FDP: 5,0 (2,6), 8,8 (4,5)
 Linke: 4,8 (3,1), 5,5 (3,4)
 Grüne: 7,1 (6,2), 7,7 (7,1)
 Gewählt: Alexander Hoffmann (CSU)

Wahlkreis 250: Schweinfurt

Wahlbeteiligung: 78,7 (70,6)
 CSU: 47,9 (54,8), 41,1 (51,0)
 SPD: 17,1 (23,1), 16,9 (20,6)
 AfD: 11,1 (-), 12,2 (3,3)
 FDP: 6,2 (2,1), 8,9 (4,2)
 Linke: 7,8 (5,4), 6,7 (5,0)
 Grüne: 7,4 (5,8), 7,6 (7,1)
 Gewählt: Anja Weisberger (CSU)

Wahlkreis 251: Würzburg

Wahlbeteiligung: 81,3 (73,5)
 CSU: 42,2 (48,9), 37,2 (44,9)
 SPD: 18,7 (25,5), 17,7 (22,5)
 AfD: 7,7 (2,9), 8,7 (3,9)
 FDP: 8,0 (3,2), 10,3 (5,1)
 Linke: 5,6 (3,3), 7,1 (4,0)
 Grüne: 14,0 (10,0), 13,0 (11,7)
 Gewählt: Paul Lehrieder (CSU)

Wahlkreis 252: Augsburg-Stadt

Wahlbeteiligung: 72,8 (64,1)
 CSU: 34,8 (44,4), 31,8 (43,6)
 SPD: 19,3 (25,1), 15,9 (22,2)
 AfD: 13,3 (4,8), 13,8 (5,4)
 FDP: 6,1 (3,4), 10,0 (4,7)
 Linke: 8,5 (4,9), 9,0 (5,6)
 Grüne: 13,9 (11,0), 12,4 (10,5)
 Gewählt: Volker Michael Ullrich (CSU)

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Wahlbeteiligung: 80,2 (72,2)
 CSU: 47,8 (60,6), 41,4 (53,7)
 SPD: 14,1 (17,7), 12,8 (17,2)
 AfD: 12,3 (4,5), 13,7 (5,2)
 FDP: 6,1 (2,3), 10,4 (4,6)
 Linke: 3,7 (3,0), 4,9 (3,2)
 Grüne: 7,5 (6,9), 8,8 (7,2)
 Gewählt: Hansjörg Durz (CSU)

Wahlkreis 254: Donau-Ries

Wahlbeteiligung: 77,5 (69,0)
 CSU: 47,0 (60,6), 43,3 (55,5)
 SPD: 18,1 (17,7), 13,8 (16,7)
 AfD: 12,8 (-), 14,7 (4,2)
 FDP: 5,0 (2,4), 9,2 (4,5)
 Linke: 4,2 (4,5), 4,6 (3,3)
 Grüne: 6,4 (6,3), 6,9 (6,0)
 Gewählt: Ulrich Lange (CSU)

Wahlkreis 255: Neu-Ulm

Wahlbeteiligung: 82,0 (76,0)
 CSU: 44,6 (57,5), 39,9 (52,8)
 SPD: 14,6 (18,4), 13,7 (18,1)
 AfD: 7,9 (3,3), 9,5 (4,2)
 FDP: 6,0 (2,7), 10,3 (4,7)
 Linke: 4,4 (3,5), 5,1 (3,7)
 Grüne: 9,2 (7,8), 8,2 (6,5)
 Gewählt: Georg Nüslein (CSU)

Wahlkreis 256: Oberallgäu

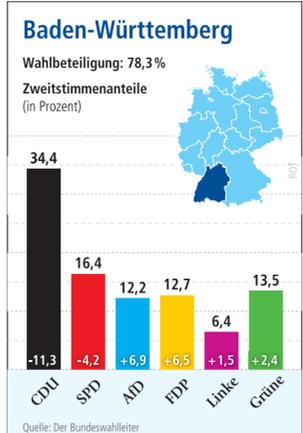
Wahlbeteiligung: 78,1 (69,4)
 CSU: 50,4 (60,7), 41,5 (52,3)
 SPD: 12,2 (17,3), 12,4 (16,0)
 AfD: 9,6 (-), 10,6 (4,3)
 FDP: 7,0 (3,6), 10,8 (5,7)
 Linke: 4,7 (3,6), 5,8 (3,6)
 Grüne: 9,2 (8,4), 11,3 (9,3)
 Gewählt: Gerhard Müller (CSU)

Wahlkreis 257: Ostallgäu

Wahlbeteiligung: 77,6 (68,6)
 CSU: 49,2 (59,8), 42,0 (55,1)
 SPD: 11,4 (15,0), 12,1 (15,0)
 AfD: 12,6 (4,1), 13,3 (4,8)
 FDP: 7,2 (2,7), 10,5 (4,6)
 Linke: 5,3 (2,8), 5,5 (3,2)
 Grüne: 8,7 (6,0), 8,5 (7,1)
 Gewählt: Stephan Strack (CSU)

Gewählte Landeslistenbewerber

SPD: Florian Pronold, Anette Kramme, Martin Burkert, Ulrike Bahr, Ewald Schurer, Marianne Schieder, Bernd Rützel, Bärbel Kofler, Florian Post, Sabine Dittmar, Uli Grötsch, Claudia Tausend, Andreas-Schwarz, Martina Stamm-Fibich, Karl Heinz Brunner, Rita Hagl-Kehl, Michael Schrodi, Gabriela Heinrich
AFD: Martin Hebner, Peter Christian Pascal Boehringer, Corinna Miazza, Petr Bystron, Martin Johannes Sichert, Hansjörg Gerhard Georg Müller, Peter Felser, Gerold Joachim Otten, Stephan Protschka, Paul Viktor Podolay, Tobias Matthias Peterka, Rainer Kraft, Johannes Huber, Wolfgang Wiehle
FDP: Daniel Föst, Karsten Klein, Katja Hessel, Ralph Jimmy Schulz, Thomas Sattelberger, Lukas Köhler, Stephan Thomae, Ulrich Lechte, Britta Katharina Dassler, Thomas Hacker, Nicole Bauer, Andrew Ullmann
Linke: Klaus Friedrich Ernst, Nicole Stephanie Gohlke, Susanne Ferschl, Harald Weinberg, Simone Barrientos Krauss, Andreas Wagner, Eva-Maria Elisabeth Schreiber
Grüne: Claudia Benedikta Roth, Anton Hofreiter, Ekin Deligöz, Uwe Kereritz, Beate Walter-Rosenheimer, Dieter Janeczek, Manuela Rottmann, Erhard Grundl, Margarete Bause, Stefan Schmidt, Lisa Hildgare Badum



Reihenfolge der Ergebnisse: Erststimmen (zum Vergleich 2013), Zweitstimmen (zum Vergleich 2013), alle Angaben in Prozent

Wahlkreis 258: Stuttgart I

Wahlbeteiligung: 82,7 (79,8)
 CDU: 32,0 (42,0), 28,9 (37,5)
 SPD: 12,8 (16,6), 14,6 (21,0)
 AfD: 6,7 (2,7), 7,2 (4,1)
 FDP: 8,4 (2,6), 16,4 (8,3)
 Linke: 6,5 (3,9), 9,3 (6,2)

Grüne: 29,7 (27,5), 19,6 (17,5)
 Gewählt: Stefan Kaufmann (CDU)

Wahlkreis 259: Stuttgart II

Wahlbeteiligung: 76,1 (73,4)
 CDU: 33,5 (43,8), 29,1 (39,3)
 SPD: 18,5 (26,1), 17,0 (22,9)
 AfD: 10,4 (3,4), 10,8 (4,5)
 FDP: 8,7 (2,7), 13,9 (6,7)
 Linke: 8,9 (5,0), 9,1 (6,7)
 Grüne: 15,8 (13,9), 15,3 (13,8)
 Gewählt: Karin Maag (CDU)

Wahlkreis 260: Böblingen

Wahlbeteiligung: 80,0 (77,2)
 CDU: 38,8 (54,2), 35,4 (46,8)
 SPD: 19,6 (23,8), 15,5 (20,1)
 AfD: 11,2 (-), 11,7 (5,1)
 FDP: 12,8 (3,4), 15,1 (7,1)
 Linke: 5,0 (4,1), 5,4 (4,4)
 Grüne: 11,9 (9,4), 12,7 (10,3)
 Gewählt: Marc Biadacz (CDU)

Wahlkreis 261: Esslingen

Wahlbeteiligung: 80,3 (77,7)
 CDU: 40,0 (51,3), 33,3 (44,8)
 SPD: 19,2 (25,2), 16,8 (21,9)
 AfD: 10,7 (3,0), 10,9 (4,5)
 FDP: 8,7 (1,9), 13,8 (6,1)
 Linke: 5,9 (3,7), 6,2 (4,6)
 Grüne: 15,3 (11,1), 14,6 (12,0)
 Gewählt: Markus Gröbel (CDU)

Wahlkreis 262: Nürtingen

Wahlbeteiligung: 81,3 (77,8)
 CDU: 39,4 (51,0), 33,7 (46,0)
 SPD: 19,0 (25,3), 15,1 (19,9)
 AfD: 11,9 (3,2), 12,3 (4,8)
 FDP: 9,9 (2,5), 15,0 (6,9)
 Linke: 4,8 (3,3), 5,5 (4,1)
 Grüne: 14,8 (9,9), 14,2 (11,6)
 Gewählt: Michael Hennrich (CDU)

Wahlkreis 263: Göppingen

Wahlbeteiligung: 77,1 (74,0)
 CDU: 37,6 (49,0), 33,3 (45,8)
 SPD: 21,9 (24,2), 17,6 (21,7)
 AfD: 14,5 (5,3), 14,7 (6,3)
 FDP: 9,2 (3,4), 12,6 (5,8)
 Linke: 4,4 (3,6), 5,1 (4,2)
 Grüne: 12,1 (10,7), 12,3 (10,1)
 Gewählt: Hermann Färber (CDU)

Wahlkreis 264: Waiblingen

Wahlbeteiligung: 79,9 (77,3)
 CDU: 36,8 (51,4), 33,0 (45,6)
 SPD: 19,2 (23,0), 15,9 (20,1)
 AfD: 12,4 (3,8), 12,9 (5,4)
 FDP: 13,4 (3,8), 16,2 (7,8)
 Linke: 4,9 (3,7), 5,6 (4,5)
 Grüne: 12,2 (10,5), 12,2 (10,3)
 Gewählt: Joachim Pfeiffer (CDU)

Wahlkreis 265: Ludwigsburg

Wahlbeteiligung: 80,4 (77,7)
 CDU: 38,3 (50,6), 33,3 (44,2)
 SPD: 17,8 (21,1), 16,4 (21,2)
 AfD: 11,6 (-), 11,4 (5,1)
 FDP: 10,2 (3,2), 14,7 (6,9)
 Linke: 5,5 (4,8), 6,0 (4,7)
 Grüne: 14,2 (13,4), 13,8 (11,7)
 Gewählt: Steffen Bilger (CDU)

Wahlkreis 266: Neckar-Zaber

Wahlbeteiligung: 81,0 (78,1)
 CDU: 40,0 (53,2), 33,0 (45,3)
 SPD: 19,7 (26,4), 16,5 (21,0)
 AfD: 12,6 (-), 13,1 (5,5)
 FDP: 8,8 (3,1), 14,7 (6,7)
 Linke: 4,6 (4,4), 5,3 (4,1)
 Grüne: 12,5 (9,5), 13,1 (10,6)
 Gewählt: Eberhard Gienger (CDU)

Wahlkreis 267: Heilbronn

Wahlbeteiligung: 76,6 (71,9)
 CDU: 35,3 (51,4), 32,1 (45,8)
 SPD: 23,2 (27,1), 17,7 (22,1)
 AfD: 15,6 (-), 16,4 (5,4)
 FDP: 9,6 (3,6), 13,0 (6,4)
 Linke: 4,6 (4,4), 5,7 (4,7)
 Grüne: 8,1 (7,5), 10,4 (8,5)
 Gewählt: Alexander Throm (CDU)

Wahlkreis 268: Schwäbisch Hall-Hohenlohe

Wahlbeteiligung: 76,0 (70,6)
 CDU: 40,5 (52,3), 34,3 (46,6)
 SPD: 18,5 (22,9), 16,2 (20,0)
 AfD: 13,5 (-), 14,6 (5,0)
 FDP: 8,4 (3,9), 12,7 (6,6)
 Linke: 4,3 (4,3), 5,6 (4,8)
 Grüne: 12,6 (10,0), 12,1 (10,0)
 Gewählt: Christian Stetten (CDU)

Wahlkreis 269: Backnang-Schwäbisch Gmünd

Wahlbeteiligung: 77,3 (74,2)
 CDU: 41,2 (55,4), 35,2 (48,4)
 SPD: 20,0 (24,8), 16,5 (20,4)
 AfD: 13,2 (-), 14,4 (5,7)
 FDP: 8,1 (2,8), 12,4 (5,8)
 Linke: 5,6 (4,0), 5,9 (4,2)
 Grüne: 11,3 (8,2), 11,4 (9,1)
 Gewählt: Norbert Barthle (CDU)

Wahlkreis 270: Aalen-Heidenheim

Wahlbeteiligung: 76,7 (73,1)
 CDU: 46,4 (57,6), 38,2 (49,3)
 SPD: 21,0 (24,6), 18,6 (22,3)
 AfD: 11,0 (-), 12,3 (4,5)
 FDP: 6,1 (1,8), 10,5 (4,5)
 Linke: 5,2 (5,0), 5,5 (4,6)
 Grüne: 9,6 (7,7), 11,0 (8,4)
 Gewählt: Roderich Kiesewetter (CDU)

Wahlkreis 271: Karlsruhe-Stadt

Wahlbeteiligung: 77,5 (72,9)
 CDU: 28,6 (39,5), 27,9 (37,5)
 SPD: 23,6 (29,6), 16,9 (22,7)
 AfD: 10,0 (4,0), 10,4 (5,6)
 FDP: 8,6 (3,2), 11,9 (6,0)

Linke: 7,6 (4,9), 9,6 (6,0)
 Grüne: 17,6 (13,7), 18,3 (15,0)
 Gewählt: Ingo Wellenreuther (CDU)

Wahlkreis 272: Karlsruhe-Land

Wahlbeteiligung: 80,5 (76,3)
 CDU: 40,5 (53,3), 35,4 (46,7)
 SPD: 19,7 (25,9), 17,1 (21,1)
 AfD: 11,7 (-), 12,5 (6,0)
 FDP: 9,1 (2,9), 12,8 (6,0)
 Linke: 4,6 (3,7), 5,5 (4,1)
 Grüne: 11,4 (7,8), 12,3 (9,6)
 Gewählt: Axel Fischer (CDU)

Wahlkreis 273: Rastatt

Wahlbeteiligung: 76,1 (71,4)
 CDU: 44,1 (53,5), 37,9 (49,2)
 SPD: 19,0 (23,0), 17,0 (20,6)
 AfD: 12,2 (4,8), 12,7 (5,8)
 FDP: 7,2 (3,1), 11,5 (5,8)
 Linke: 4,6 (3,5), 5,4 (4,1)
 Grüne: 10,9 (8,4), 11,4 (9,1)
 Gewählt: Kai Whittaker (CDU)

Wahlkreis 274: Heidelberg

Wahlbeteiligung: 82,2 (77,9)
 CDU: 32,7 (40,9), 29,9 (37,5)
 SPD: 26,0 (30,6), 18,4 (23,4)
 AfD: 8,9 (4,9), 9,5 (6,1)
 FDP: 6,6 (3,1), 12,7 (7,0)
 Linke: 6,1 (4,1), 8,3 (5,7)
 Grüne: 16,7 (12,3), 17,1 (14,8)
 Gewählt: Karl Lamers (CDU)

Wahlkreis 275: Mannheim

Wahlbeteiligung: 73,0 (69,4)
 CDU: 29,3 (39,8), 27,1 (35,1)
 SPD: 27,9 (32,4), 21,2 (27,5)
 AfD: 12,5 (-), 12,8 (6,0)
 FDP: 6,9 (2,8), 11,2 (5,5)
 Linke: 7,4 (6,6), 9,1 (7,5)
 Grüne: 13,1 (12,2), 13,2 (11,1)
 Gewählt: Nikolas Löbel (CDU)

Wahlkreis 276: Odenwald-Tauber

Wahlbeteiligung: 77,4 (72,9)
 CDU: 46,9 (59,1), 39,8 (51,9)
 SPD: 19,1 (21,3), 16,9 (19,8)
 AfD: 13,6 (4,1), 13,8 (5,2)
 FDP: 7,1 (1,8), 10,9 (5,2)
 Linke: 5,2 (3,4), 5,5 (4,2)
 Grüne: 6,9 (5,9), 8,5 (7,2)
 Gewählt: Alois Gerig (CDU)

Wahlkreis 277: Rhein-Neckar

Wahlbeteiligung: 79,0 (74,9)
 CDU: 37,4 (49,7), 33,5 (43,8)
 SPD: 23,9 (25,9), 18,4 (22,3)
 AfD: 13,1 (4,6), 13,5 (6,0)
 FDP: 8,1 (2,5), 12,2 (6,5)
 Linke: 5,2 (4,0), 6,3 (4,8)
 Grüne: 9,6 (8,3), 11,4 (9,5)
 Gewählt: Stephan Harbarth (CDU)

Wahlkreis 278: Bruchsal-Schwetzingen

Wahlbeteiligung: 78,7 (74,1)
 CDU: 41,5 (51,8), 34,8 (46,6)
 SPD: 19,5 (24,7), 17,4 (21,6)
 AfD: 14,4 (4,4), 14,9 (6,1)
 FDP: 6,7 (2,8), 11,9 (5,7)
 Linke: 4,6 (3,7), 5,7 (4,4)
 Grüne: 8,3 (6,8), 10,2 (8,2)
 Gewählt: Olav Gutting (CDU)

Wahlkreis 279: Pforzheim

Wahlbeteiligung: 76,5 (72,5)
 CDU: 36,4 (49,5), 32,7 (45,1)
 SPD: 19,0 (22,9), 16,3 (20,2)
 AfD: 15,8 (5,1), 1

AUFGEKEHRT

Europäischer Fußball

In München wird Klartext gesprochen: „Ich glaube, es war eine ganz bittere Niederlage. Eine Niederlage, über die es zu sprechen gilt, die es zu analysieren gilt, aus der wir auch in Klartext-Form Konsequenzen ziehen müssen.“ Nein, wir sprechen jetzt ausnahmsweise mal nicht über Horst Seehofer und die CSU. Das Zitat stammt von Karl-Heinz Rummenigge. Der Vorstandsvorsitzende des FC Bayern München kündigte nach der krachenden Niederlage gegen Paris St. Germain in der Champions League an, was Stunden später zur Gewissheit werden sollte. Die Bayern feuerten Trainer Carlo Ancelotti. „Der Feind in deinem Bett ist der gefährlichste. Deswegen mussten wir handeln“, kommentierte Bayern-Präsident Uli Hoeneß den Rauswurf. Spätestens jetzt könnten wir über Horst Seehofer und die CSU sprechen. Oder über die SPD und Martin Schulz. Oder eine Jamaika-Koalition. Aber wir wollen ja über Fußball reden. Letzte Woche haben Deutschlands Kicker in den europäischen Wettbewerben mal so richtig eins auf die Presse gekriegt. Entschuldigung, aber im Fußball heißt das eben so. Und nein, wir sprechen jetzt nicht über SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles. Wir reden über Fußball. Europäischen Fußball. Deutschland hat schon bei der Europameisterschaft gegen Frankreich den kürzeren gezogen. Und jetzt Deutschlands Vorzeige-Club gegen Paris. Das offenbart massive Schwächen im deutschen Fußball. Vielleicht liegt es am Trainer. Oder der Mannschaft. Oder an beiden. Aber wenn Deutschlands Fußballvereine sich nicht auf ein überzeugendes Kombinationsspiel verständigen, dann wird es schwer für sie in Europa. So, und jetzt können wir gerne über Politik reden.

Alexander Weinlein

VOR 25 JAHREN...

Debatte um Asylrecht

15. Oktober 1992: Leitplanken für ein neues Asylrecht Noch nie kamen so viele Flüchtlinge nach Europa. Mehr als die Hälfte von ihnen stellte in Deutschland einen Antrag auf Asyl. Bund, Länder und Gemeinden standen vor „kaum noch lösbaren Aufgaben“. Behörden und Gerichte kamen mit der Bearbeitung der Anträge nicht nach. Was an die seit 2015 anhaltende Flüchtlingsdebatte erinnert.



Der Artikel 16a Grundgesetz ist das Ergebnis des „Asylkompromisses“ 1993:

steht in einem Entschließungsantrag der Bundesregierung, der Änderungen des Asylrechts im Grundgesetz skizziert. Am 15. Oktober 1992 beriet der Bundestag leidenschaftlich über den Antrag – und nahm ihn an. Hintergrund war ein sich abzeichnender Rekord: 1992 kamen 438.191 Asylbewerber nach Deutschland. So viele wie nie zuvor. Die Lage war angespannt, Rechtsextreme machten Stimmung. Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sorgten für traurige Schlagzeilen. Laut dem Entschließungsantrag sollten unter anderem Voraussetzungen geschaffen werden, abgelehnte Asylbewerber schneller abschieben zu können und die Flüchtlingszahlen zu senken. „Es ist höchste Zeit. Es ist bereits fünf nach zwölf“, mahnte Wolfgang Schäuble (CDU) im Parlament. Dieses nahm den Entschließungsantrag mit 364 Ja- gegen 24 Nein-Stimmen an. Die SPD boykottierte die namentliche Abstimmung. Die Sozialdemokraten wollten sich erst bei einem Sonderparteitag auf eine Position festlegen. Im Dezember kam es schließlich zum sogenannten Asylkompromiss. Im Mai 1993 stand im Bundestag die Zwei-Drittel-Mehrheit für die Grundgesetzänderung.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: AUF DER FRAKTIONSEBENE DES REICHSTAGSGEBÄUDES



Die neu gewählten Abgeordneten Evrim Sommer (Die Linke, oben links), Margarete Bause (B90/Die Grünen, unten links) und Markus Töns (SPD, unten rechts) nehmen den vorläufigen Abgeordnetenenausweis und Unterlagen in Empfang. Paul Ziemiak (CDU) wird von einem Kamerateam begleitet.

Los geht es mit einem Starterkit

Vor den Fraktionssälen von Union und SPD herrscht Gedränge. Kamerateams und Fotografen flitzen herum, Reporter warten auf ihren Einsatz. Es ist Dienstag, zwei Tage sind seit der Bundestagswahl vergangen. Die Abgeordneten von CDU/CSU, SPD, Linke und Grüne treffen sich im Reichstagsgebäude. Die Liberalen und die AfD haben bereits andernorts getagt. Bei den beiden kleineren Parteien geht es gleich los. Fast alle Neu- oder Wiedergewählten haben am Stand des Tagungsbüros schon den vorläufigen Abgeordnetenenausweis, die Bahnkarte sowie ein Informationspaket abgeholt. Die grauen Kisten, in denen die gepackten Mappen bereitliegen, sind fast leer. Gerade hat Pascal Meiser (Die Linke) sein Starterkit in Empfang genommen. Er ist über die Berliner Landesliste das erste Mal in den Bundestag eingezogen. „Ich finde es total großartig, wie man hier von der Verwaltung begrüßt wird“, sagt er. Es beeindruckt ihn, wie schnell sich die Pförtner und andere Mitarbeiter die neuen Gesichter einprägen. In der ersten Woche steht ein dichtes Programm an. In der Fraktion werte man das Wahlergebnis aus und plane die nächsten Schritte bis zur

Konstituierenden Sitzung des Parlaments. „Für mich geht es außerdem darum, mein künftiges Büro und das Wahlkreisbüro zu organisieren“, erzählt Meiser. Dabei sollen ihm und den anderen neugewählten Volksvertretern der „Wegweiser für Abgeordnete“ helfen. Von A wie „Abstimmungen im Plenum“ über G wie „Geheimhaltung“ bis hin zu W wie „WLAN“ ist darin alles erklärt, was für die Arbeit relevant ist. Die anderen Broschüren in der Klarsichtmappe behandeln rechtliche Fragen wie etwa die Einstellung von Mitarbeitern, aber auch ganz praktische Anliegen wie den Weg zu den Kantinen. Plötzlich kommt Bewegung vor dem Saal der CDU/CSU-Fraktion auf. Von einem Kamerateam begleitet holt Paul Ziemiak aus dem Wahlkreis Herne-Bochum seinen Ausweis ab. Der Vorsitzende der Jungen Union lacht in die Kamera, zeigt stolz das Dokument. Er kenne sich in den Räumlichkeiten des Parlaments gut aus. Als Abgeordneter hierher zu kommen, sei „eine große Ehre und ein besonderes Gefühl“. Die ersten Tage erlebe er ein bisschen wie früher die Schule, wenn es einen neuen Stundenplan gab. „Landesgruppe, Junge Gruppe, Regionalgruppe, Bundes-

tagsfraktion, Einführung für neue Abgeordnete“, zählt er die Stationen auf. Für die Neuen stehen meist ganz praktische Fragen an. „Ganz viel hat erst einmal mit Organisation zu tun“, sagt SPD-Politiker Markus Töns. Neben den Gremiensitzungen muss er sich vor allem darum kümmern, ein Büro zu bekommen und es auszustatten. Bis alle Abgeordneten ihr Büro bezogen haben, dürften aber noch einige Wochen vergehen. Nicht wiedergewählte oder ausgeschiedene Parlamentarier müssen erst einmal ihre Zimmer räumen. Auch wer nicht ausscheidet, behält nicht unbedingt das Büro. Die Fraktionen entscheiden über die Vergabe. Für Töns steht noch ein weiterer Umzug an. Er hat den Wahlkreis Gelsenkirchen gewonnen und ist parallel zum Sitzungsparlament auf Wohnungssuche. Nicht ganz einfach sei das in Berlin, sagt er. „Aber es wird schon klappen.“ Ohnehin: Auf die neuen Aufgaben freue er sich richtig. „Ich bin Politikwissenschaftler und wenn man im wichtigsten Parlament Deutschlands Abgeordneter ist, geht man da mit einer gewissen Ehrfurcht, aber auch Freude ran.“

Eva Bräth

Dokumentation des Wandels

AUSSTELLUNG Der Bundestag zeigt Serien des Reportagefotografen Dirk Reinartz

Ab 20. Oktober wird der Bundestag Bilderreihen des berühmten Reportagefotografen Dirk Reinartz im Mauer-Mahnmal ausstellen. Die Schau mit dem Titel „Innere Angelegenheiten“ zeigt Serien aus der Zeit vor und nach dem Mauerfall. Der 1947 in Aachen geborene und 2004 verstorbene Reinartz begann seine Karriere als jüngster Reportagefotograf in der Redaktion des Magazins „Stern“. An der Folkwangschule in Essen ausgebildet, war er von 1977 bis 1982 Teil der Fotografengruppe VISUM. Seine Arbeiten erschienen in allen großen Zeitschriften, darunter in „Life“, „Spiegel“, in den Magazinen der

„Süddeutschen Zeitung“ und der „Zeit“ oder in der Kunstzeitschrift „Art“. Ein Schwerpunkt seiner fotografischen Arbeit bestand in der Auseinandersetzung mit der politischen und mentalen Situation in Deutschland dies- und jenseits der innerdeutschen Grenze. Dafür arbeitete er mit Redakteuren und Autoren und vermittelte es immer, durch seine Bilder eine eigene, vom Text unabhängige Erfahrungsebene zu eröffnen. Die Ausstellung erinnert damit nicht nur an einen großen Fotografen, sondern auch an eine Zeit in Deutschland, die von radikalen Umbrüchen, großen Hoffnungen und der

Verschönerung vertrauter Bildwelten geprägt war. Eröffnet wird die Ausstellung am 19. Oktober 2017, um 18 Uhr durch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Anschließend werden Kuratorin Kristina Volke und „Zeit“-Redakteur Wolfram Runkel in die Ausstellung einführen.

DP

Die Ausstellung kann im Zeitraum 20. Oktober 2017 bis 25. Februar 2018, dienstags bis sonntags, 11 bis 17 Uhr, im Mauer-Mahnmal im Deutschen Bundestag am Schiffbauerdamm besichtigt werden. Der Eintritt ist frei.

LESERPOST

Zur Ausgabe 38-39 vom 18. September 2017:

Die Gegenüberstellung von Aussagen der Parteien zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen ermöglichte es mir, eigenständiger und gezielter zu wählen. Diese Beiträge, die mehr bieten als Bewerbergesichter und die jeweiligen Slogans, sind wichtig.

Werner Lamezan
Duingen

Liebe Leserinnen und Leser,

regelmäßig versorgen Sie die Redaktion mit Ihren Anmerkungen zu unserer Berichterstattung. Wir drucken Ihre Meinungen gern ab, nehmen aber auch Ihre Anregungen ernst und versuchen, Sie im Rahmen der Möglichkeiten umzusetzen.

Deshalb gilt weiterhin die Bitte: Schreiben Sie uns, was Ihnen gefällt, aber auch, was wir besser machen können.

Wenn Sie sich über einen Politiker, eine Partei oder ein Gesetzesvorhaben geäußert haben, dürfen Sie uns das selbstverständlich auch mitteilen. Streit und Debatte gehören zu einer lebendigen Demokratie dazu. Für diese und kommende Ausgaben wünschen wir Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Die Redaktion

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 16. Oktober.

PERSONALIA

->Karl Ravens t
Bundestagsabgeordneter 1961-1978, SPD

Karl Ravens starb am 8. September im Alter von 90 Jahren. Der aus Achim/Kreis Verden stammende Lehrlingsausbilder schloss sich 1950 der SPD an, engagierte sich früh kommunalpolitisch und war von 1957 bis 1976 Kreistagsabgeordneter. Von 1979 bis 1984 stand er an der Spitze der niedersächsischen SPD. Ravens, von 1969 bis 1972 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, stand von 1974 bis 1978 selbst an der Spitze des Ministeriums. 1978 wechselte er in die niedersächsische Landespolitik und gehörte bis 1990 dem Landtag in Hannover an, darunter von 1978 bis 1986 als Fraktionsvorsitzender.

->Hans-Günther Toetemeyer t
Bundestagsabgeordneter 1983-1994, SPD

Hans-Günther Toetemeyer starb am 14. September im Alter von 87 Jahren. Der Beigeordnete aus Hagen trat 1963 der SPD bei. Von 1966 bis 1975 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Im Bundestag engagierte sich Toetemeyer im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

->Gerd Bollmann t
Bundestagsabgeordneter 2002-2013, SPD

In der letzten Ausgabe hat diese Zeitung Gerd Bollmann noch zu seinem 70. Geburtstag am 28. September gratuliert. Am 16. September starb er vollkommen überraschend. Der Berufsschullehrer aus Herne war Direktkandidat des Wahlkreises Herne-Bochum II und saß im Umweltausschuss.

->Rezzo Schlauch
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen

Am 4. Oktober wird Rezzo Schlauch 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Stuttgart trat 1980 den Grünen bei und war von 1984 bis 1994 Mitglied des baden-württembergischen Landtags. Im Bundestag amtierte er von 1998 bis 2002 als Co-Vorsitzender seiner Fraktion. Von 2002 bis 2005 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

->Ulf Fink
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, CDU

Ulf Fink wird am 6. Oktober 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt trat 1971 der CDU bei, war 1979 deren Bundesgeschäftsführer und von 1987 bis 1993 CDA-Bundesvorsitzender. Von 1981 bis 1989 amtierte Fink als Gesundheitsminister in Berlin und von 1990 bis 1994 als stellvertretender DGB-Vorsitzender. Fink engagierte sich im Bundestag im Gesundheitsausschuss.

->Karl Weinhofer
Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990, SPD

Am 8. Oktober wird Karl Weinhofer 75 Jahre alt. Der Oberstudienrat aus Eichstätt schloss sich 1970 der SPD an, wurde 1977 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Ingolstadt und Mitglied des Bezirksvorstands Südbayern. Weinhofer engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

->Peter Keller
Bundestagsabgeordneter 1980-1987, 1990-1998, CSU

Am 11. Oktober begeht Peter Keller seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus dem unterfränkischen Zelligen trat 1958 der CSU bei und war fast zwei Jahrzehnte als Gemeinde-, Kreis- und Bezirksrat tätig. Von 1989 bis 2000 stand er an der CSU-Spitze in Bayern. Keller wirkte im Gesundheitsausschuss sowie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

->Annemarie Borgmann
Bundestagsabgeordnete 1985-1987, Die Grünen

Am 13. Oktober wird Annemarie Borgmann 75 Jahre alt. Die Grundschulrektorin aus Wuppertal gehört zu den Gründungsmitgliedern ihrer Partei. Borgmann arbeitete im Bundestag im Auswärtigen Ausschuss mit.

->Rudolf Seiters
Bundestagsabgeordneter 1969-2002, CDU

Rudolf Seiters vollendet am 13. Oktober sein 80. Lebensjahr. Der Jurist aus Papenburg schloss sich 1958 der CDU an, war von 1972 bis 1998 stellvertretender CDU-Landesvorsitzender in Niedersachsen und gehörte von 1992 bis 1998 dem CDU-Präsidium an. Von 1989 bis 1991 amtierte er als Chef des Bundeskanzleramts und danach bis 1993 als Bundesinnenminister. Von 1998 bis 2002 war Seiters Vizepräsident des Bundestags.

->Kurt Palis
Bundestagsabgeordneter 1993-2002, SPD

Am 16. Oktober begeht Kurt Palis seinen 80. Geburtstag. Der Versicherungsangestellte trat 1965 der SPD bei, war von 1991 bis 2006 Kreistagsmitglied in Soltau-Fallingb.-Bezirk und dort von 1993 bis 2002 SPD-Unterbezirksvorsitzender. Palis gehörte im Bundestag zuletzt dem Verteidigungsausschuss an.

bmh

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Koalition

Parteien arbeiten zusammen



Wahl in Deutschland



Vor ungefähr einer Woche war Bundestags-Wahl. Und zwar am 24. September.

Es gibt bald also einen neuen Bundes-Tag in Deutschland.

Und auch eine neue Bundes-Regierung.

Vorher gibt es aber wahrscheinlich eine Koalition.

Im folgenden Text steht, was das ist.

Was ist eine Koalition?



Der Bundes-Tag ist eine Gruppe von Politikern.

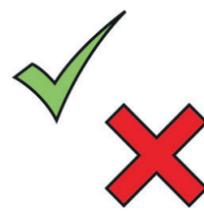
Ein anderer Name für diese Politiker ist: Abgeordnete.

Sie treffen wichtige Entscheidungen für Deutschland.

Das machen sie so:

Zuerst gibt es immer einen Vorschlag.

Über den stimmen die Abgeordneten ab.



Dann gibt es 2 Möglichkeiten.

1) Die meisten Abgeordneten sagen Ja. Dann ist der Vorschlag angenommen.

2) Die meisten Abgeordneten sagen Nein.

Dann ist der Vorschlag abgelehnt.

Auf diese Weise macht der Bundes-Tag zum Beispiel Gesetze.

Ein Abgeordneter allein kann keine Abstimmung gewinnen.

Die allermeisten Abgeordneten sind aber nicht allein.

Sie gehören zu einer Partei.

Zum Beispiel zur CDU oder zur SPD.

Abgeordnete von einer Partei haben oft ähnliche Ziele und Meinungen.

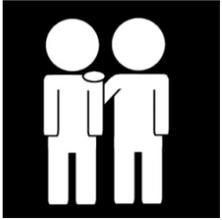
Sie stimmen fast immer gemeinsam mit Ja oder mit Nein ab.

Damit gewinnen sie eine Abstimmung also schon eher.

Meistens hat aber auch eine Partei noch nicht genug Abgeordnete, um Abstimmungen zu gewinnen.

Aus diesem Grund gibt es Koalitionen.





„Koalition“ ist ein andere Wort für Zusammenschluss.

Das heißt also:

Mehrere Parteien schließen sich zusammen.

Zu einer Koalition sollen mehr als die Hälfte von allen Abgeordneten gehören.

Dann kann die Koalition fast jede Abstimmung gewinnen.

Koalition und Regierung

Eine Koalition kann also viele Abstimmungen im Bundes-Tag gewinnen.

Sie hat aber auch noch eine andere wichtige Aufgabe.



Der Bundes-Tag wählt den Bundes-Kanzler. Das ist der Chef von der Bundes-Regierung. Also von den Politikern, die Deutschland leiten.

Die Koalition kann also bestimmen, wer Bundes-Kanzler wird.

Und auch die anderen Mitglieder von der Bundes-Regierung kommen von der Koalition.

Sie bestimmt also zu einem großen Teil, wer zur Bundes-Regierung gehört.

Die Opposition

Die Parteien, die nicht zur Koalition gehören, nennt man: die Opposition.

„Opposition“ bedeutet: Eine andere Meinung haben.

Die Politiker von der Opposition vertreten also oft eine andere Meinung als die Politiker von der Koalition.

Über die verschiedenen Meinungen sprechen die Politiker dann. So wollen sie die beste Lösung finden.

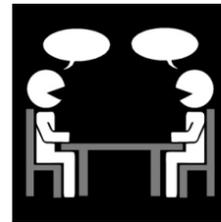


Die Politiker von der Opposition beobachten auch ganz genau die Arbeit von der Bundes-Regierung.

Und sie sagen, wenn sie etwas schlecht finden.

Das soll verhindern, dass die Bundes-Regierung schlechte Arbeit macht.

Wie entsteht eine Koalition?



Vor einer Koalition gibt es zuerst viele Gespräche.

Dabei versuchen die Parteien, folgende Fragen zu beantworten:

- Bei welchen Themen haben sie die gleiche Meinung?
- Bei welchen Themen haben sie unterschiedliche Meinungen?

Irgendwann beschließen mehrere Parteien: Sie wollen eine Koalition machen.

Sie sprechen dann über die Regeln für die Koalition.

Das nennt man auch: Koalitions-Verhandlungen.

Dabei müssen die Parteien ihre Ziele zusammenbringen.

Jede Partei möchte möglichst viele von ihren Zielen erreichen.

Aber manchmal passen die Ziele nicht zusammen.

Dann muss man einen Kompromiss finden.

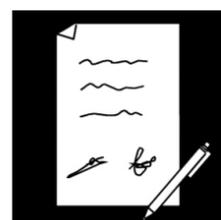
Bei sehr unterschiedlichen Parteien kann das schwierig sein. Bei sehr ähnlichen Parteien ist es leichter.

Irgendwann gibt es dann einen Koalitions-Vertrag.

Darin stehen die gemeinsamen Ziele von den Koalitions-Parteien.

Dann unterschreiben die Parteien den Vertrag.

So werden sie zu einer Koalition.



Bundestags-Wahl 2017

Der neue Bundes-Tag



Im neuen Bundes-Tag werden wohl 709 Abgeordnete sitzen.

Das bedeutet:

Mit 355 Abgeordneten kann man die meisten Abstimmungen gewinnen. Denn das sind mehr als die Hälfte von allen Abgeordneten.

Es hat aber keine Partei so viele Abgeordnete.

Die Partei mit den meisten Abgeordneten ist die CDU.

Sie wird 200 Abgeordnete haben. Also viel weniger als 355.

Die Parteien sprechen darum im Moment über Koalitionen.

Die CDU hat bei der Wahl die meisten Stimmen bekommen.

Die größte Partei im Bundes-Tag hat meistens die Aufgabe, die Regierung zusammenzustellen.

Die CDU ist darum jetzt auf der Suche nach Koalitions-Partnern.

Sie wird auf jeden Fall mit der CSU zusammenarbeiten.

Denn diese beiden Parteien arbeiten immer zusammen.

Die anderen Parteien im Bundes-Tag sind:

- die SPD
- die AfD
- die FDP
- die Linke
- die Grünen

Es gibt Parteien, mit denen die CDU nicht zusammenarbeiten möchte.

Und manche Parteien wollen auf keinen Fall mit der CDU zusammenarbeiten.

Darum gibt es eigentlich nur 3 mögliche Koalitionen.



Mögliche Koalitionen

1. Große Koalition

Eine Koalition von der CDU-CSU und der SPD nennt man: Große Koalition.

Denn die CDU und die SPD sind die beiden größten Parteien.

Seit dem Jahr 2013 regiert in Deutschland eine Große Koalition.

Und man könnte auch wieder eine machen.

Die CDU und die CSU haben zusammen 246 Abgeordnete im Bundes-Tag.

Die SPD hat 153 Abgeordnete.

Zusammen hätten die Parteien also 399 Abgeordnete.

Also viel mehr als 355.



Aber:

Der Chef von der SPD hat gleich nach der Wahl gesagt: Die SPD wird nicht wieder bei einer Großen Koalition mitmachen.

Sie will dann lieber zur Opposition gehören.

Eine Große Koalition wird es also vermutlich nicht geben.



2. CDU-CSU, FDP und Grüne

Eine mögliche Koalition wäre auch die aus CDU-CSU, FDP und Grünen.

Man hört dafür auch oft den Namen: Jamaika-Koalition.

Dieser Name kommt daher:

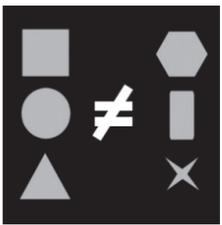
Zu jeder Partei gehört eine bestimmte Farbe.

Zur CDU-CSU gehört die Farbe Schwarz. Zur FDP die Farbe Gelb.

Zu den Grünen die Farbe Grün.

Die Farben Schwarz, Gelb und Grün sind auch die Farben in der Flagge vom Land Jamaika.





Eine Jamaika-Koalition hätte wohl 393 Abgeordnete.

Das Problem ist.

Diese Parteien haben bei einigen Themen sehr unterschiedliche Meinungen.

Wenn sie zusammenarbeiten wollen, müssen sie sich einigen. Sie müssen Kompromisse finden.

Viele Experten glauben darum: Es wird sehr schwierige Koalitions-Verhandlungen geben.

3. Regierung mit zu wenig Stimmen

Manchmal findet sich keine Koalition mit genug Stimmen.

Dann gibt es noch eine Möglichkeit.

Die CDU-CSU könnte auch eine Regierung ohne andere Parteien machen.

Sie hätte dann aber für Abstimmungen zu wenige Stimmen.

So eine Regierung nennt man: Minderheits-Regierung.

„Minderheit“ heißt: Die Regierung hat weniger als die Hälfte von allen Stimmen.

Das bedeutet: Für jede Abstimmung müsste sie sich Partner suchen, die zusammen mit ihr stimmen.

Das ist viel Arbeit. Darum hat es das im Bundes-Tag noch nie gegeben. Aber es würde gehen.

Die CDU-CSU könnte auch mit einer anderen Partei eine Minderheits-Regierung machen.

Zum Beispiel mit der FDP.

Dann hätte die Koalition schon mal mehr Stimmen.

Aber sie hätte noch immer nicht mehr als die Hälfte von allen Stimmen.



Keine Koalition

Wenn die Parteien sich nicht einigen, kann es auch Neuwahlen geben.

Das bedeutet:

Die Wähler wählen noch einmal.

Vielleicht haben die Parteien dann eine andere Anzahl an Abgeordneten.

Dann kann man ganz neu über Koalitionen nachdenken.

Im Moment will aber niemand Neuwahlen haben.

Was passiert jetzt?



Erst einmal gibt es jetzt Gespräche zwischen den Parteien.

Und dann wahrscheinlich Koalitions-Verhandlungen.

Das dauert normalerweise nicht länger als 2 Monate.

Dann wissen wir, ob es eine Koalition geben wird. Und welche Parteien dabei sind.

Dann wird ein neuer Bundes-Kanzler gewählt.

Und es gibt eine neue Regierung.

Und danach können die Regierung und der Bundes-Tag mit ihrer ganz normalen Arbeit anfangen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Wavebreak Media. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 40-41/2017
Die nächste Ausgabe erscheint am 16. Oktober 2017.